2,50 €

Nr. 18 Jul '05

incipito

Der vegane Ernährungskalender aus 29% Recyclingpapier



Inhalt

Inhalt

#18

Impressum

V.I.S.D.P.: H.Lauterbusch
ABO: incipito-abonnement@left-action.de
DRUCK: Eigendruck
AUFLAGE: 42
E-MAIL: incipito-kontakt@left-action.de
POST: Bornaische Straße 3d I 04277 Leipzig

Editorial

Ein neues Heft - und wieder ist Incipito um eine Ausgabe älter geworden. Der Sommer scheint langsam anzukommen und die feucht-kalten Regentage endgültig zu vertreiben.
Allerdings kann die Sonne auch nicht über die allgemeine Flaute hinwegtäuschen, die im Politischen wie in weiten Teilen der radikalen Linken herrscht. Die europäische Verfassung ist auf Eis gelegt, Berlusconi denkt laut über die Wiedereinführung der italienischen Lira nach und die rot-grüne Bundesregierung hat sich selbst überlebt. Die neue Chefin steht schon seit Wochen fest, in den Medien wird sie bereits hofiert. Unser aller Angela wird wohl als erste deutsche Kanzlerin in die Geschichtsbücher eingehen und mit eiserner Hand weitere tiefe Einschnitte in den vorhandenen Resten des Sozialstaats vornehmen und wieder Fahrtwind in die deutsche Atomenergie blasen.
Krisendämmerung macht sich über der Europäischen Union breit. Die linkspolitische Antwort darauf thronte in Chemnitz neben dem Kopf vom alten Kalle und kotzte Nazi-Vokabular vor den sich gegen Sozialabbau versammelten Demonstranten aus. Die „Fremdarbeiter" wären ein Problem - so der rot-braune Oskar. Die NPD freut sich und ihr sächsischer Apfel-Frontmann klatscht lauthals Beifall. Eine Schar linker Sozis und ostalgischer Linkspopulisten bringt ihr neues Projekt, „Demokratische Linke - PDS" auf den Weg und erzürnt sich über den „Ausfall" eines ihrer Spitzenkandidaten. Nein, das will man nicht sehen, sondern viel lieber zehn Prozent im deutschen Bundestag. Für einen Teil vom großen Kuchen würde man sich unter Umständen auch vom sozialistischen Ziel verabschieden können. Und, äh, Arbeitskritik... Was war das eigentlich nochmal?
Stichwort Linke: Irgendwie scheint ja vieles latent wichtig zu sein. Nur fehlt momentan der „Bringer" - ein Thema, was „In" ist, mehr als drei Leute begeistert und zu heftigen Diskussionen anregt. Das werdet Ihr auch in der vorliegenden Ausgabe bemerken. Aber ein Heft für „die Szene" kann auch nur so gut sein wie „die Szene" selbst. Und jene scheint gerade hier in Leipzig immer noch in ihrer Frühjahrsmüdigkeit aufzugehen und sehnlichst auf die Sommerferien zu warten. Einzig die Antifa scheint derzeit wieder am Zuge zu sein - Jena, Halbe... Von der Mobilisierung zum G8-Gipfel Anfang Juli in Schottland sowie dem dazu stattfindenden Global Action Day hört man in L.E. nahezu nichts.

Viel Aufmerksamkeit hat der Artikel von Laatsch aus der vorigen Ausgabe erhalten, zu dem drei kritische Artikel in den Redaktionsbriefkasten flatterten. Auch den Start eines Theorie-Zweiteilers „Zum Begriff der Vermittlung bei Adorno" einer wertkritischen Kommunistin können wir Euch in dieser Ausgabe anbieten. Stefan Grigat wird uns erst für die kommende Ausgabe Rede und Antwort stehen können. Aber immerhin haben wir eine gekürzte Version des Truman-Vortrags in der Doku-Rubrik. Das wunderschöne Heuschrecken-Cover habt Ihr ja vermutlich schon gesehen.
Wie Mahnen und Gedenken nicht aussehen sollte, zeigt das jüngst eröffnete und unter alle Kritik gehörende Beispiel des Berliner Holocaust-Mahnmals, dem wir fast ein Titelbild gewidmet hätten - aber zu dem es jedenfalls auch einen Artikel gibt. So sieht deutsche Vergangenheitsbewältigung aus... Danke dafür! Oder doch lieber „Bomber Harris, do it again"?
Was in diesem Heft aufgrund drastischem Zeitmangels unserer Redakteure nicht erscheinen konnte - aber als Ideen weiterhin vorliegt, kommt in unserer Sommerausgabe. Laßt Euch also überraschen!
Zum Schluß noch ein wichtiger Termin für alle eingefleischten Fans eines pubertierenden Zauberschülers mit tragischem Schicksal. Am 16. Juli ist es endlich soweit: Das Warten auf Band 6 hat ein Ende und die Zeit des Schmökerns in der englischsprachigen Ausgabe wird anbrechen!

In diesem Sinne und mit kommunistischen Grüßen,

Ares (incipito)





Empirischer Antisemitismus

„In Deutschland sind 42 Prozent der Bürger der Meinung, Juden würden die Erinnerung an den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzen. Das geht aus einer Umfrage des American Jewish Committee (AJC) in New York hervor, die in den USA und sechs europäischen Ländern durchgeführt wurde. Die Erhebung in Deutschland, von TNS Emnid im März und April unter 939 Personen vorgenommen, fördert nach Auffassung der Verfasser teils ernüchternde Ergebnisse zu Tage. Demnach ist es mit der Sympathie für Juden hierzulande nicht gut bestellt. Nur 22 Prozent der Deutschen sagen, sie fänden Juden sympathisch - weniger Sympathie bringen nur noch die Österreicher auf (18 Prozent). Zum Vergleich: In den USA, Großbritannien und Frankreich liegen die Sympathiewerte zwischen 45 und 55 Prozent. Ähnlich schlecht steht es mit der Einstellung gegenüber dem Staat Israel. Auch bei dieser Frage antworten nur 22 Prozent der Deutschen, sie würden Sympathien für Israel hegen. In den USA äußert sich jeder zweite, in Frankreich jeder dritte Befragte positiv. Und auch wenn Polen mit 56 Prozent und Österreicher (45 Prozent) die Spitze derer anführen, die den Juden weltweit einen zu großen Einfluß bescheinigen, folgen die Deutschen mit 36 Prozent bereits auf dem dritten Platz. In den anderen Ländern bleiben diese Werte unter 30 Prozent. Fest steht ebenfalls: Die Deutschen sind schlecht über die Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden informiert. So verbinden nur 77 Prozent die Namen Auschwitz, Dachau oder Treblinka mit Konzentrationslagern. In Schweden ordnen 91 Prozent, in Österreich 88 Prozent der Befragten die Namen den Vernichtungsfabriken zu. Darüber hinaus kann nur jeder zweite in Deutschland Befragte (49 Prozent) die Zahl von sechs Millionen in der Nazizeit ermordeten Juden in Europa nennen. 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges halten gar sieben Prozent der Deutschen es für „sehr" und 25 Prozent für „recht" wahrscheinlich, daß „Juden in den kommenden Jahren erneut irgendwo auf der Welt ausgerottet werden könnten"." (Berliner Morgenpost, 19.05.05)

Empirischer Multi-Kulti-Rassismus

„Zwei Drittel aller Deutschen sind der Meinung, daß in Deutschland zu viele Ausländer leben. Dies geht aus einer vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung hervor. Gleichzeitig ergab eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes, daß zwei Drittel der hier lebenden Ausländer die notwendige Aufenthaltsdauer erfüllen, um Deutsche werden zu können. Nach der Untersuchung des Bevölkerungsinstituts, an der 4000 Männer und Frauen teilnahmen, denken 62,5 Prozent aller Befragten und sogar 70,6 Prozent der Ostdeutschen, daß Deutschland zu viele Ausländer hat. Nur zwei Prozent sagen, daß es zu wenige gibt. 81,8 Prozent der Befragten sprechen sich für eine jährliche Höchstgrenze beim Zuzug aus. Die Sicht der Bevölkerung auf die Ausländer ist durchaus ambivalent. Während die Zahl der Zuwanderung begrenzt bleiben soll, sieht zugleich die Mehrheit (52,4 Prozent) in der Anwesenheit von Ausländern einen Vorteil, weil dies einen Austausch mit anderen Kulturen erlaube. Nur 14,4 Prozent stimmen der Aussage zu, „Deutschland gehört den Deutschen, für Ausländer ist kein Platz", 63,5 Prozent lehnen sie ab. Auch sind nur 33, 7 Prozent der Befragten der Meinung, Ausländer würden ihnen Arbeit wegnehmen. Allerdings wird von den Deutschen kaum unterstützt, daß Ausländer nach fünf Jahren ein kommunales Wahlrecht haben oder daß sie schnell die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können." (Berliner Morgenpost, 03.05.05)

Heuschrecken

„„Deine Auserlesenen sind wie die Heuschrecken, und deine Kriegsobersten wie Heuschreckenschwärme, die sich an den Zäunen lagern am Tage des Frostes: geht die Sonne auf, so entfliehen sie, und man weiß ihre Stätte nicht; wo sind sie?" (Bibel)

„Heuschrecken und Raupen sind diese Juden, sie fressen mein Frankreich auf!." (Napoleon)

„Die norwegische Presse, die bisher so gar kein Verständnis für die Judenfrage hatte, merkt plötzlich, was es heißt, wenn eines Tages die Kinder Israels wie die Heuschrecken in ein Land einfallen. Es wird eine ganz heilsame Lehre sein, die Norwegen hier erteilt wird." (Deutsches Auswärtiges Amt, 25. Januar 1939)

„Wie die Heuschrecken kommen sie über unser Land!" (aus Film Jud Süß)

„Wer ist Usama Bin Ladin aber wirklich? Ich möchte es anders formulieren: Was ist Usama Bin Ladin? Er ist das amerikanische Familiengeheimnis. Er ist der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten. Der brutale Zwilling alles angeblich Schönen und Zivilisierten. Er ist aus der Rippe einer Welt gemacht, die durch die amerikanische Außenpolitik verwüstet wurde, durch ihre Kanonenbootdiplomatie, ihr Atomwaffenarsenal, ihre unbekümmerte Politik der unumschränkten Vorherrschaft, ihre kühle Missachtung aller nichtamerikanischen Menschenleben, ihre barbarischen Militärinterventionen, ihre Unterstützung für despotische und diktatorische Regimes, ihre wirtschaftlichen Bestrebungen, die sich gnadenlos wie ein Heuschreckenschwarm durch die Wirtschaft armer Länder gefressen haben. Ihre marodierenden Multis, die sich die Luft aneignen, die wir einatmen, die Erde, auf der wir stehen, das Wasser, das wir trinken, unsere Gedanken." (Arundhati Roy)

„Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter." (Müntefering)"

(www.myblog.de/)

Opferfragen

„Die Debatte begann schon, bevor der Tagesordnungspunkt überhaupt aufgerufen wurde: Schon in der Fragestunde für Anwohner beschäftigte das Thema „Stolpersteine" den Haupt- und Finanzausschuss. Peter Grote, Blankensteiner Bürger, hatte bereits in der Vergangenheit öffentlich seine Bedenken gegen diese Art des Gedenkens für die vom NS-Regime verfolgten und ermordeten Hattinger geäußert. In der Fragestunde zu Beginn der Ausschusssitzung nutzte er jetzt erneut die Gelegenheit, um gegen die „Stolpersteine" zu argumentieren. „Damit würden alte Narben neu aufgerissen, es würde ein schlechtes Bild von den Deutschen gezeichnet - was letztlich nur dazu führt, dass sich noch weniger Menschen mit Deutschland identifizieren können", sagte Grote. Er könne es nicht ertragen, dass „schlecht über das deutsche Volk geredet wird, ein Volk, das gut ist, ein Volk, das immer gut war". Zudem verletzte ein vor seinem Haus in den Gehweg eingelassener Gedenkstein seine Privatsphäre, sei zudem mit der Unverletzlichkeit der Wohnung nicht vereinbar. (...) „Wichtiger denn je" nannte SPD-Chef Achim Paas die Aktion - gerade auch vor der aktuellen Entwicklung in Deutschland. Er kündiget an, sich nicht nur persönlich an der Aktion beteiligen zu wollen. „Auch die SPD wird eine Patenschaft übernehmen", versprach Paas. „Opfer des Nationalsozialismus waren wir doch alle", hielt CDU-Ausschussmitglied Manfred Heldmann entgegen." (Westfälische Rundschau vom 16.04.2005)

Deutsche Pflichten

„Mit der Benennung einer Straße wollen die Grünen im niedersächsischen Celle an ein Massaker erinnern, das Bürger der Stadt vor 60 Jahren an geflohenen KZ-Häftlingen verübt haben. „Straße des 8. April", so der Vorschlag von Kommunalpolitikerin Juliane Schrader. Doch ihre Idee, so eines der schwärzesten Kapitel in der Geschichte der Stadt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, stößt auf Widerstand bei Bürgern, Politik und Verwaltung. Am 8. April 1945, wenige Tage vor der Befreiung der Stadt durch die britische Armee, jagten Celler Bürger gemeinsam mit Wehrmacht, Polizei und SS etwa 300 KZ-Häftlinge durch die Straßen und ermordeten sie. Die Häftlinge waren durch einen Bombenangriff auf Celle aus einem Güterzug befreit worden, der sie von Lagern in Salzgitter ins KZ Bergen-Belsen bringen sollte. „In Celle haben sich Zivilisten, darunter viele Jugendliche, aus eigenen Stücken an der Tötung der KZ-Häftlinge beteiligt. Mir ist kein Fall bekannt, wo Ähnliches geschah", sagt die Historikerin Elke Zacharias. (...) Am Rande der Ortsratssitzung lieferten sich Bürger zum Teil heftige Diskussionen. „Die Leute haben nur ihre Pflicht getan", verteidigten ältere Celler das Massaker." (taz, 13.6.05)



Halle im Juni

Traditionspflege

„Der LTTC Rot-Weiß hat aus der Diskussion um das offizielle Programmheft zum Damen-Tennisturnier „QATAR TOTAL German Open" Konsequenzen gezogen. Das Heft, in dem unter der Überschrift „Ein Club mit großer Tradition" ein Foto von Hermann Göring auf der Ehrentribüne des Clubs gezeigt worden war, wurde aus dem Verkauf genommen, der Clubdirektor Lars Rehmann bis auf weiteres freigestellt. Rot-Weiß-Präsident Hans-Jürgen Jobski hatte sich über das Heft „entsetzt" gezeigt und sich entschuldigt. Für Empörung unter VIP-Gästen des Turniers hatte nicht nur das Göring-Foto gesorgt. Mit Kopfschütteln wurden Passagen des dazugehörigen Textes zitiert („Prominente Nazis - an ihrer Spitze Hermann Göring - standen fortan auf der Beitragsliste. Sportlich tat dieser Wandel dem Club wie auch dem deutschen Spitzentennis keinen Abbruch. Im Gegenteil: Es folgten goldene Zeiten...")." (Berliner Morgenpost, 7. Mai 2005)

Rechtspflege

„Das ARD-Magazin Monitor wirft der Bundesregierung vor, die Abschiebung mehrerer mutmaßlicher NS-Kriegsverbrecher aus den USA nach Deutschland zu blockieren. Wie der WDR berichtete, handelt es sich dabei um fünf bis zehn ehemalige SS-Mitglieder, die im Zweiten Weltkrieg Zivilisten in Osteuropa getötet haben sollen. (...) Der Leiter des Simon Wiesenthal Centers in Jerusalem, Efraim Zuroff, bestätigte den Bericht von Monitor im Wesentlichen. Es seien derzeit einige Fälle von KZ-Wachleuten in den USA anhängig, die ausgewiesen werden sollten, aber in den USA bleiben müssten, weil sich Deutschland weigere, sie aufzunehmen." (www.tagesschau.de)

Faschistisches Autofahren

„Das Landgericht Cottbus hat gestern einen 21 Jahre alten Angehörigen der rechten Szene zu dreieinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt, der mit seinem Auto drei junge Männer angefahren und schwer verletzt hatte. Dabei fuhr der Angeklagte zwei Mal auf Menschengruppen los. Eines der Opfer, ein 28jähriger, ist seitdem schwerbehindert. Eine Tötungsabsicht erkannte das Gericht nicht." (Berliner Morgenpost, 04.06.05)



Brandenburg von Rechts

„In Brandenburg hat die Bedrohung von Rechtsaußen weiter zugenommen: Im vergangenen Jahr wurden 105 rechtsextreme Gewalttaten verzeichnet - 20 Prozent mehr als 2003. Sie werden meist spontan verübt. „Mehr als 70 Prozent rechtsextremistischer Gewalttäter wissen morgens noch nicht, daß sie abends eine Straftat begehen", sagte Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) gestern bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2004 des Landes. Schönbohm mußte einräumen, daß allein Repressionen das Phänomen Rechtsextremismus nicht eindämmen können. „Es muß uns gelingen, von der Verfolgung an die Wurzeln heranzukommen." 85 Prozent seien Ersttäter im Alter zwischen 14 und 25 Jahren. Nur 17 Prozent der Täter seien arbeitslos, bei den meisten handle es sich um Schüler, Auszubildenden und Berufstätige. Auch die Zahl der sogenannten Propaganda-Delikte wie Hakenkreuz-Schmierereien hat sich erhöht, von 669 auf 722 Fälle. (...) Wie weit NPD und DVU sich bereits auf die vorgezogene Bundestagswahlen vorbereiten, sei noch nicht klar, sagte Schönbohm. Laut ihrem Wahlbündnis will allein die NPD antreten. Die rechtsextreme Partei baue derzeit ihre lokalen Strukturen aus. Nach ihrem Erfolg in Sachsen wolle die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" offenbar nach Brandenburg „zurückkehren". Die derzeit 180 Mitglieder zählende rechtsextreme NPD hat hier 2004 rund 28 Prozent ihrer Anhänger verloren. Die DVU liegt bei 230 Mitgliedern. „Die NPD überläßt Brandenburg keineswegs der DVU", sagte Schönbohm. Versuche der Integration von Neonazis in rechtsextreme Parteien würden sich „auf Dauer als Sprengstoff" herausstellen. „Ein richtiger Neonazi mag so eine Partei nicht", sagte auch die Verfassungsschutzchefin Schreiber." (Berliner Morgenpost, 01.06.05)

Sachsen-Anhalt von rechts

„Rechtsextremismus nimmt in Sachsen-Anhalt zu. Laut Verfassungsschutzbericht 2004 stiegen sowohl die Mitgliederzahlen als auch die Zahl der Straftaten. Der Innenminister Sachsen-Anhalts Klaus Jeziorsky begründete den Aufwind mit dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen. Dort ist die rechtsextreme Partei seit September 2004 im Landtag vertreten. Nach dem Bericht stieg die Mitgliederzahl in rechtsextremistischen Parteien und Vereinigungen von rund 260 im Jahr 2003 auf 370 im vergangenen Jahr. Wurden 2003 noch 571 rechtsextremistische Straftaten registriert, wuchs die Zahl 2004 auf 758. Die meisten davon sind Propagandadelikte. Antisemitische Straftaten wurden mit 51 mehr als doppelt so viele registriert wie 2003." (www.mdr.de)

Dessauer Polizisten

„Nach dem Tod eines Asylbewerbs in einem Polizeirevier in Dessau müssen sich jetzt zwei Polizisten vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft erhob nun Anklage wegen fahrlässiger Tötung beziehungsweise Körperverletzung mit Todesfolge. Gegen einen dritten Polizisten sei das Verfahren eingestellt worden, teilte Oberstaatsanwalt Folker Bittmann mit. Der 21-jährige Asylbewerber Oury Jallow war am 7. Januar von Beamten festgenommen worden. Ihm wurde vorgeworfen, Frauen belästigt zu haben. Weil der Mann aus Sierra Leone betrunken war und Widerstand leistete, wurde er gefesselt in eine Zelle gebracht. Als in der Zelle Feuer ausbrach, war Oury Jallow immer noch mit Händen und Füßen an die Beine seiner Pritsche gefesselt. Er starb an Hitzeschock. Nach Ansicht der Ermittler soll der Gefesselte selbst das Feuer gelegt haben, indem er mit einem Feuerzeug die Matratze seiner Pritsche anzündete. Der Polizeibeamte, der die Hose des Mannes durchsucht hatte, habe das Feuerzeug übersehen. Zudem sprechen die Untersuchungsergebnisse dafür, dass Oury Jallow hätte gerettet werden können, wenn der Dienstgruppenleiter dem ausgelösten Alarm schnellstmöglich nachgegangen wäre. Früheren Angaben zufolge wurde der Alarm einfach ausgeschaltet mit der Begründung, es habe schon eine Reihe von Fehlfunktionen gegeben." (www.mdr.de)

Polizeispezialisten

„Polizisten einer Brandenburger Spezialeinheit sind bei einer Geiselübung in Berlin gestern von einem Großaufgebot der Berliner Polizei überwältigt und entwaffnet worden. (...) Nach Informationen aus Sicherheitskreisen hatten etwa zehn mit Gewehren - aber ohne Munition - ausgerüstete Brandenburger SEK-Beamte, die äußerlich nicht als Polizisten erkennbar waren, gegen 10.30 Uhr mit der Übung einer Geiselnahme begonnen. Per Notruf alarmierte daraufhin ein misstrauischer Passant die Berliner Polizei. Um 11.15 Uhr wurden das Training jäh unterbrochen. „Halt, Polizei! Legen sie die Waffen nieder!" drohte es aus dem Megaphon. 130 Berliner Beamte, die vom Ernstfall ausgingen, entwaffneten in vier Minuten ihre Brandenburger Kollegen und nahmen sie kurzzeitig fest." (Märkische Allgemeine Zeitung, 04.05.05)

Premnitzer Nazis

„Die Polizei hatte in der Nacht zu Sonnabend (...) in der Nähe eines Jugendklubs 16 Neonazis zwischen 15 und 23 Jahren festgenommen und vorbereitete Brandsätze, einen Benzinkanister und einen Baseballschläger sichergestellt. Die Beamten gingen davon aus, daß die Beschuldigten den Klub, in dem sich etwa 20 Jugendliche und zwei Betreuer aufhielten, aus Rache für eine Schlägerei Ende Mai angreifen wollten." (Berliner Morgenpost, 07.06.05)

Demokratisch-sozialistische Ein-Euro-Jobs

„Entgegen dem Kurs ihrer Partei setzen führende PDS-Kommunalpolitiker auf Ein-Euro-Jobs. Nach einer Umfrage des Thüringen Journals beschäftigen alle hauptamtlichen PDS-Bürgermeister in Thüringen Ein-Euro-Jobber, obwohl ihre Partei das Hartz-IV-Programm ablehnt. Spitzenreiter ist Sömmerda mit 35 Ein-Euro-Jobbern. Aber auch die PDS-regierten Kommunen Neuhaus, Artern, Hildburghausen und Werther bei Nordhausen nutzen die mit Hartz-IV eingeführten Arbeitsmöglichkeiten. Die Bürgermeisterin von Neuhaus, Marianne Reichelt, bietet die Jobs, so wörtlich, „trotz politischer Bauchschmerzen" an. Die Menschen verlangten danach, weil sie nicht untätig zu Hause sitzen wollten, sagte sie dem MDR. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt würden sich dadurch nicht erhöhen. Steffen Harzer, PDS-Bürgermeister von Hildburghausen, sagte mit Blick auf die Kritik seiner Partei an Hartz-IV, seine politische Meinung habe mit der praktischen Arbeit nichts zu tun. Er müsse sicherstellen, „dass die Stadt ihre Aufgaben erfüllen kann". Klaus Hummitzsch, PDS-Bürgermeister von Werther bei Nordhausen, sagte dem MDR, er stelle immer wieder fest, „dass die reine Lehre in der Realität an ihre Grenzen stößt." Hummitzsch nannte Hartz-IV „großen Mist". Die Gemeinde habe aber Nutzen von den zusätzlichen Arbeitskräften. Werther setzt seine Ein-Euro-Jobber in der Jugend- und Seniorenbetreuung sowie in der Gestaltung von Grünanlagen ein." (www.mdr.de)

DNA-Tester

„Zur schnelleren Aufklärung von Straftaten soll der genetische Fingerabdruck künftig stärker genutzt werden dürfen. Eine entsprechende Gesetzesänderung beschloss das Bundeskabinett. Bislang waren an Einsatz und Speicherung der DNA-Analysen hohe Auflagen geknüpft. So durften bislang nur Sexualstraftäter und Täter, die schwere Verbrechen begangen hatten, in der Datei erfasst werden. Künftig soll die Speicherung des genetischen Fingerabdrucks in der DNA-Datei der Polizei auch bei Wiederholungstätern nicht erheblicher Straftaten, etwa Sachbeschädigung oder Hausfriedensbruch, möglich sein. Außerdem dürfen dem Entwurf zufolge auch Staatsanwaltschaft und Polizei eine Erbgutuntersuchung von Spuren am Tatort anordnen. Bisher war dies Richtern vorbehalten. (...) Unsicher ist allerdings, ob die DNA-Analyse bisherigen Ermittlungsmethoden immer überlegen ist. Zumindest im „Fall Moshammer", der in diesem Zusammenhang als Präzedenzfall angeführt wird, hätte vielleicht auch der herkömmliche Fingerabdruck den Täter überführen können. Die Ermittler hatten die Fingerabdrücke am Tatort jedoch erst gar nicht ausgewertet." (www.tagesschau.de)

Protestwähler

„Eine Nichtwahl bewirkt nichts, bringt nichts. Eine sture Protestwahl auch nicht. Wie wäre es mit Protest/ Ungültigwählen und begründen? Wer von einer bestimmten Partei überzeugt ist, soll diese Partei wählen. Das ist sein gutes Recht und damit nimmt er an der Politik teil! Aber: Zuviele Leute wählen schon zu lange immer nur das „geringste Übel und meinen, mehr könne man nicht tun. Die Homepage www.nur1kreuz.de ruft alle Politikverdrossenen auf, mehr zu tun als nur ein Kreuz zu malen. Die Seite diskutiert insbesondere die Variante, bewußt ungültig zu wählen und diesen Entschluß schriftlich zu begründen. Wer ständig nur über die Politik meckert, muß auch endlich mal was tun ... hierzu gibt die Homepage einige Anregungen." (de.indymedia.org)

Gottes(Ex-Stellvertreter)lästerung

„Der Privatsekretär des gestorbenen Papstes Johannes Paul II., der polnische Erzbischof Stanislaw Dziwisz, hat die persönlichen Aufzeichnungen des Kirchenoberhauptes entgegen dessen Willen nicht verbrannt. Die Schriftstücke seien ein großer Schatz, der für die Nachwelt erhalten bleiben müsse, sagte Dziwisz, der engste Vertraute und Testamentsvollstrecker des Papstes, im polnischen Rundfunk. Alles werde gründlich untersucht und geordnet werden. „Nichts davon eignet sich zum Verbrennen." Es handele sich um „ein großartiges Erbe" und um „große Texte", die den vielfältigen Charakter des Papstes widerspiegelten. Die Schriftstücke könnten auch bei der Seligsprechung von Johannes Paul II. nützlich sein." (www.tagesschau.de)

Leipzigs Anti-Übervater

„Stellvertretend für die Stadt Leipzig hat das Wirtschaftsmagazin Foreign Direkt Investment" (fDi) OBM Wolfgang Tiefensee (SPD) gestern in London zu Europas „Personality of the Year 2005" gekürt. (...) Foreign Direkt Investment begründete seine Entscheidung mit Leipzigs besonderer „Auffälligkeit" - durch kluge städtische Wirtschaftspolitik, attestierte Unternehmerfreundlichkeit und erfolgreiche Ansiedlung von Firmen wie BMW und Porsche. Die Initiatoren des Preises sehen darin ein „Modell für Deutschland". Ebenso sei es gelungen, das Image der Stadt - etwa während der Bewerbungsphase für Olympia 2012 oder als Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 - international erheblich zu steigern. (...) „Herr Tiefensee freut sich sehr über die Auszeichnung, sieht sie als Anerkennung für alle Leipziger und will nicht als der Übervater dastehen", sagte Rathaus-Sprecherin Kerstin Kirmes auf LVZ-Anfrage." (LVZ, 10.06.05)

Anarchistische Freiheiten

„Papst Benedikt XVI. hat sich erneut in deutlichen Worten gegen homosexuelle Partnerschaften ausgesprochen. Gleichgeschlechtliche Beziehungen seien „Pseudo-Ehen" und Ausdruck einer anarchistischen Freiheit, sagte der frühere Joseph Kardinal Ratzinger auf einer Konferenz über die Rolle der Familie in Rom. Bei der Ehe zwischen Mann und Frau handele es sich nicht lediglich um eine „zwanglose soziologische Einrichtung", sondern eine Institution, die tief im menschlichen Wesen verwurzelt sei, betonte der Papst. Als damaliger Präfekt der Glaubenskongregation hatte sich Ratzinger 2003 vehement gegen homosexuelle Verbindungen und ihre rechtliche Anerkennung eingesetzt. Benedikt XVI. bekräftigte außerdem die Ablehnung von Abtreibung. Kinder seien die Frucht einer Ehe und spiegelten die Liebe Gottes wider. Mann und Frau sollten ihre Beziehung nicht „dem Geschenk des Lebens" verschließen, forderte der Papst." (www.tagesschau.de)

Vorbemerkung

Im letzten Heft hat incipito-Redakteur laatsch mit dem Text „fighting reality" (http://left-action.de/incipito/rechts.php?artikel=344) die „bürgerliche Gesellschaft auf der Achtung der Rechte des Individuums" gegen Konzepte verteidigt, „die in letzter Konsequenz nichts anderes ... [beinhalten, als] ... die Werdung des Individuums rückgängig zu machen, um eben jenes wieder dem Zugriff des Kollektivs auszusetzen." AntifaschistInnen, die den positiven Bezug auf die Staatsgewalt ablehnen, propagierten laatsch zufolge den Zugriff des Rackets auf den Einzelnen. Antinationale würden die Projektion des unspezifisch spezifischen Denkens, das sich unspezifisch gegen alle bösen Staaten und spezifisch gegen Israel und die USA richtet, betreiben. Sich selbst antisexistisch nennende Szenestrukturen würden als „autoritäre Familienstruktur" funktionieren, die „sich Gesellschaft als permanente Verlängerung der Gespräche am WG-Küchentisch vorstellt, die also das Küchengespräch in ein Instrument der sozialen Kontrolle und privaten Überwachung ... umwandeln" will. Dagegen enthebe „das Leiden an und in der bürgerlichen Gesellschaft ..., nicht von der Verpflichtung sich selbst als Subjekt in Beziehung zu ihr zu setzen, um auf diesem Weg zu ergründen, was die objektiven Unzulänglichkeiten sein könnten, die der Menschwerdung im Wege stehen."

Der Text von laatsch hat viele kontroverse Reaktionen (nicht nur innerhalb der Redaktion) bewirkt. Im Folgenden werden vier Texte veröffentlicht, die als Kritik an oder Ergänzung der Position von laatsch verstanden werden wollen.

Die incipito-Redaktion

clov

Verantwortung oder Exil?

Vom Ausgang aus der pessimistischen und pubertierenden Kritik

Ich will nicht verhehlen, daß der folgenden Artikel sich wesentlich an den Markierungen orientiert, die laatsch in der letzten Ausgabe der incipito in dem Artikel „fighting reality" setzt. Dennoch bitte ich den/die geneigte Leser/in darum, die folgenden Überlegungen nicht als Angriff auf die dort vorgetragende Position zu verstehen, sondern in erster Linie als Gesprächsbeitrag zu werten, der auf Aufklärung und Verständnis abzielt. Schließlich ist doch auch das eines der größten Übel der vergangenen Diskussionen, daß die jeweils differierenden Positionen der verschiedensten AutorInnen immer in einem letztlich bloß abstrakten Subjekt verallgemeinert wurden. DIE AntiFas, DIE Anarchisten, DIE Antideutschen, DIE vom CI, DIE aus der Libelle, DIE Connewitzer oder gar DIE (linke) Szene. Aber wegen dem allgemeinen Mangel im Wissen um die Positionen konkreter Individuen und einem doch sehr dünnen Band der Solidarität, welches die verschiedenen Projekte verknüpft, wird eine solche Herangehensweise, von welcher Seite auch immer, den Geruch verschwörungstheoretischer Implikationen nie ganz los, selbst wenn im einzelnen wesentliche Punkte durchaus getroffen werden. Und sitzt nicht hinter jedem Text ein Mensch? Letztlich ist Denken ja niemals mit dem direkten Griff zur Wahrheit gleichzusetzen, sondern bleibt immer ein Auf-dem-Weg-Sein, mit all den Irrtümern und Abwegen, die eine solche bedeutungsvolle Reise mit sich bringt. Daran hat weder der naive noch der dialektische Materialismus rütteln können. Ich appelliere also an alle Schreiberlinge, sich das Prinzip der Billigkeit zuzueignen[1], theoretische Differenzen nicht mit persönlichen zu verwechseln und dem jeweiligen Gegenüber zuzugestehen, was mensch selbst für sich in Anspruch nehmen möchte: Vorurteile und Ressentiments nicht zur Konfrontation zu nutzen, sondern solche solidarisch und kritisch im Gespräch aufzudecken.

Das Kreuz mit der bürgerlichen Gesellschaft

Die Kategorie von der „bürgerlichen Gesellschaft" ist zweifelsohne eine der höchsten und abstraktesten Begriffe, die im Kontext von Gesellschaftskritik und Politik aufgeworfen werden. Sie wagt sich viel weiter hinaus aufs Feld der Ungewissheiten, als etwa der Kapitalbegriff in seiner analytischen Verwendung. Oft wird bei der Rede vom „Kapitalismus" dieser mit jener in Eins gesetzt, und der Kapitalismus-Begriff dem Begriff von

[1] Aktuelles Beispiel für die Verletztung dieses einfachen Lektüreprinzips ist für mich das Referat „Die Antideutschen und die Radikale Linke" von Mark Schneider (bgr), das in der incipito #17 abgedruckt wurde. Zwar nimmt er für sich die besseren Mittel der Polemik in Anspruch, sein Referat bleibt dennoch weit dahinter zurück. Letztlich ist die Phrase: „Wir sind nicht der Auffassung, daß alle Linken per se antisemitisch und damit Teil der von einigen Anitdeutschen postulierten 'antisemitischen Internationale' sind." hohl, wenn danach eine Kette von aus dem Zusammenhang gerissenen und ungenügend beleuchteten Bemerkungen aus den verschiedensten Projekten, Gruppen und Initiativen aufgereiht wird, die von Robert Kurz bis zur „gesamten (wahrnehmbaren) anarchistischen Szene in Leipzig" reicht. ...

der bürgerlichen Gesellschaft vorgezogen, um die Bedeutung der ökonomischen Sphäre vor allen anderen zu betonen. Letztlich sind beide, „Kapitalismus" und „bürgerliche Gesellschaft" historisch-synthetische Kategorien[2], die immer ideal bleiben, weil ihr empirischer Gehalt nicht zufriedenstellend geklärt werden kann. Das heißt aber keineswegs, daß sie nicht nötig und sinnvoll wären. Zumal, wenn es gilt, das Ganze im Auge zu behalten und sich nicht getreu des modernen Wissenschaftsbetriebes von jeder aussagekräftigen Kategorisierung fernzuhalten.

Da das nun zugegebenermaßen ein Denkspagat ist, den die Aufklärung so euphorisch der Moderne in die Wiege legte, ist jede/r Einzelne in der Verantwortung, seine je individuelle Suche nach der Wahrheit stets selbstkritisch und im Bewußtsein der Widersprüchlichkeit zwischen abstrakter Kategorie und konkreter Erfahrung zu prüfen. Fällt diese selbstkritische Reflektion weg, gelangt mensch schnell zu einem „antibürgerlichen Gestus", an jedem und allem wäre der böse Kapitalismus Schuld. Sicher, unter der Perspektive einer sich global vollziehenden Vergesellschaftung, ist daran auch ein Funke Wahrheit. Aber um konkrete Handlungsspielräume und Gestaltungsmacht jenseits eines bloß kritischen Zugangs zu gewinnen, muß der harte und oft beschwerliche Weg auch wieder vom hohen Begriff zurück zur konkreten Alltagswirklichkeit der lebenden Individuen angetreten werden. Und dies ist eben der weitaus schwierigere Pfad der Dialektik, der gerade deshalb so schwer ist, weil er das denkende Individuum betrifft und nicht Halt macht vor dem trügerisch scheinenden Selbstbewußtsein desselben. Denn ist nicht das viel eher der tiefste antibürgerliche Reflex, der bürgerlichen Gesellschaft ein unbenennbares, weil unspezifizierbares Glücksverlangen entgegenzuhalten und dabei den naiven Trotz der Pubertät nicht abzulegen, zwischen Verlangen und Erfüllung läge ein unüberbrückbarer Graben? Ohne Reflektion auf dieses Glück (als je eigenes und gemeinsames) und ohne die Entschlossenheit, es auch ins Werk zu setzen, bleibt solche Kritik doch in den Kinderschuhen stecken.

Wenn ich nun also die bürgerliche Gesellschaft näher bestimme, dann deshalb, weil ich wider alle Zurichtung und Repression des festen Glaubens bin, bessere Verhältnisse wären möglich, und das nicht nur dem Gedanken nach, sondern auch als Folge von Praktiken, die wenn auch nicht dicht gestreut, so doch im einzelnen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft greifbar sind und schon über sie hinausweisen. Den adornesken Pessimismus mahnend im Hinterkopf, ist dem entgegen dennoch zu betonen, daß die (rechts)staatliche (sic!) Verwaltung der Welt eben nur der (geschichtlichen) Tendenz nach total ist, ebenso wie die kapitalistischen Vergesellschaftungsformen eben nur der Tendenz nach in allen Winkeln der Welt mit derselben Intensität wirksam werden.

Daß die Suche nach solchen alternativen Momenten derzeit sehr unbefriedigend ausfällt, sollte aber nicht zu der Ansicht verführen, solche progressiven Praktiken wären völlig obsolet oder gar im ganz Anderen der bürgerlichen Gesellschaft zu suchen[3]. Gerade darin steckt doch ein erhebliches Ressentiment gegenüber den bürgerlichen Vergesellschaftungsformen. Aber wie Marx schon wußte, kann eine neue und letztlich bessere Vergesellschaftungsform nur in und aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst heraus wirklich werden. Dieser einfache Fakt, der jedem und jeder klar sein müßte, und von dem Einblick in die Einzigartigkeit menschlicher Geschichtsentfaltung gestützt wird, sollte jedoch nicht im Umkehrschluß zu der Haltung führen, angesichts der Abwesenheit konkreter Utopien, könne mensch sich nur darauf beschränken, den Status quo gegen jegliche Anfechtung desselben zu verteidigen. Das ist dann doch zu konservativ. Auch wenn sich in dem Gedanken, in dem Gefühl im Bürgerlichen aufzugehen, das moderne Individuum befriedigen kann, bleibt ein schaler Beigeschmack zurück, der umso heftiger verstimmt, je stärker das Individuum von Unterprivilegierung, Zurichtung und Repression betroffen ist. Dieser Rest an Widerstandspotential, der sich aus der hinreichend notwendigen Entfremdung ergibt, von daher auch von keiner noch so bürgerlichen Lebensform abzulösen ist, und die Einsicht der modernen Geistesgeschichte, daß einem überhöhten Glücksversprechen letztlich nur ein Quantum individuelles Glück gegenübersteht, geben genügend Anlaß zu Diskussion, Kritik und politischem Handeln, in welchem beschränkten Maße es auch immer je individuell möglich, handgreiflich gar, erscheint. Der Gestus der Verzweiflung dagegen, den Adorno geschickt gegen die Tradition einzusetzen weiß, entfernt von jeder noch so kleinen Hoffnung auf Verbesserung, ist so jenseits jeder Anschlußmöglichkeit lediglich ein weiteres Produkt auf der Liste der allgemeinen Konsumgüter.

Liberalismus, Menschenbilder, Haltungen

Damit wären Gegenstand und Stoßrichtung herausgestellt. Es geht um die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft im Sinne eines optimistischen Gestaltungswillens. Und zwar um eine

.... Damit wird wiederum nur suggeriert, mensch hätte es hier mit einem einheitlichen Subjekt zu tun, dem mensch alle die zitierten Aussagen zuschreiben könnte. Zwar keine Internationale aber doch eine Nationale, nämlich deutsche Front. Das Referat sieht zwar nach ordentlicher Recherche aus, vor der ich ehrlich den Hut ziehe, aber im Ergebnis wird doch die Eingangs-These zumindest im nationalen Rahmen widerlegt. Ob kalkulierter Rethorik-Trick, Selbstvergewisserung oder ausgehaltener Widerspruch, die Entscheidung darüber lasse ich hier mal offen.

[2] Die Kategorie ist deshalb synthetisch, weil sie weder durch eine formale Analyse entstanden ist, noch durch eine solche restlos logisch zerlegt werden kann. Dieser unbeugsame Rest allerdings, ist das, was auch aus Adornos Perspektive, gerade in dieser Unauflösbarkeit seine Wahrheit hat. Unter diesem Verständnis von Begriff zerfällt letztlich der formalistische Logizismus in der Tradition des Aristoteles, man könne vom Besonderen auf Allgemeines und vom Allgemeinen aufs Besondere einfach bzw. eindeutig schließen.







historisch praktische. Historisch, weil die bürgerliche Gesellschaft selbst nur in ihrer geschichtlich-konkreten Form erscheint, praktisch, weil sie progressives, letztlich richtigeres Handeln begründbar machen und auch Vorschub für Handlungsanleitungen geben will. Diese Signatur von Gesellschaftskritik ähnelt der Marxens mehr, als der der Frankfurter Schule. D.h. aber nicht, daß die ungeheure gesellschaftliche Katastrophe, die von der Kulturindustrie mit Holocaust chiffriert und mit Auschwitz bezeichnet wird, und in der die Kritische Theorie ihren Pessimismus begründet, nicht Ernst zu nehmen wäre. Im Gegenteil muß sich jede progressive, also auf Veränderung zielende, Praxis schlußendlich auch an den Erkenntnissen und Lehren aus diesen schrecklichen Ereignissen prüfen lassen. Insofern ist dem kritischen Kern der antideutschen Theoreme unbedingt Recht zu geben. Doch ist ein solcher Prüfstein nicht gleichzusetzen mit einem immanenten Widerspruch, der zum Scheitern an sich selbst vorverurteilt ist. Und in dieser Härte bloß negativer Dialektik, in dieser Abstraktheit und Entfernung von jeder Ideologie, wußte auch nur Adorno solche Gedanken weise zu führen. Alles, was sich seitdem auf Kritische Theorie rückbezieht, fällt hinter diese adorneske Selbstbeschränkung weit zurück[4]. Doch Geschichte hält nicht inne, weder individuell noch kollektiv, sie fordert ständig Stellungnahme, Position, Haltung und auch Handeln ab. Es war und ist gefährlich, den Verwaltungstendenzen der modernen Welt die Reste an Individualität und Widerstand aufzuopfern, die in ihr noch schlummern, und vor eben jener verwalteten Welt, die die bürgerliche Gesellschaft nur präziser erfaßt, ohnmächtig zu resignieren, ihre Ungeheuerlichkeit gar bloß zu konstatieren. Solch optimistische Haltung im Angesicht der großen modernen Katastrophen ist allerdings erst im zweiten Schritt eine Frage der richtigen Theorie oder Praxis, in erster Linie ist sie eine Frage individuellen Glückverlangens und persönlicher Verantwortungsbereitschaft. Insoweit ist der Optimismus Marxens unbedingt zu dämpfen. Angesichts der blutigen Durchsetzungsgeschichte der bürgerlichen Lebensform ist es schlechterdings niemandem zu verdenken, daß mensch sich ins bloß Private zurückzieht, wenn er/sie sich an diesem rechtlich eingehegten Ort befriedet und befriedigt fühlt, auch wenn er/sie sich gerade dadurch in seinen/ihren Gestaltungsmöglichkeiten beschneidet. Aber diese bürgerliche Autonomie, die das liberalistische Privatrecht abstrakt beschreibt, ist nur scheinbar stabil. Sie bleibt an den Einkommens- und Rechtsstatus der hauswirtschaftlichen Mikrozellen gebunden. Prekarisierung und Kriminalisierung bilden daher eine permanente Bedrohung für das „bloß" Private jeder und jedes Einzelnen. Das ist der Preis der liberalen Idee von der privaten Freiheit im modernen Staat. Diese Kosten lassen sich selbstverständlich am leichtesten verschmerzen, wenn mensch über genügend Kapital, Privilegien und Partizipationsspielräume verfügt. Und von hier ist nicht nur eine vehemente Verteidigung des status quo zu erwarten, sie ist bittere Wirklichkeit. Jenseits bloßer Wohlfahrt kennt diese konservative Haltung keine sozialpolitische Dimension.

> Wie Marx schon wußte, kann eine neue und letztlich bessere Vergesellschaftungsform nur in und aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst heraus wirklich werden. Dieser einfache Fakt sollte jedoch nicht im Umkehrschluß zu der Haltung führen, angesichts der Abwesenheit konkreter Utopien, könne mensch sich nur darauf beschränken, den Status quo gegen jegliche Anfechtung desselben zu verteidigen.

Liberales Menschenbild und dementsprechende Haltungen sind ein wichtiges und altes Zahnrad der bürgerlichen Gesellschaft und bilden ihr ideologisches Fundament, das heute zu einem neuen Ursprungsmythos geronnen ist. Der Liberalismus hat mehrere Jahrhunderte unter dem Banner des Nationalbürgers die enormen sozialen Widersprüche und Brüche, die Herrschaftsstrukturen und Restrukturierungen kaschiert; in den härtesten Anfechtungen dem Subjekt noch Individualität vorgegaukelt. Das waren seine besten Stunden, als der Mensch nichts war als ein Tier. Noch in den entferntesten Auswürfen der Kulturindustrie findet sich in degenerierter Form jenes Pathos vom Ich-komm-alleine-klar wieder, das seine Kraft einstmals aus dem Aufbruch der Großfamilien bezog. Jenes vereinzelte, männliche Individuum, das sich heroisch dem (unabwendbaren) Schicksal (Katastrophe) entgegenstellt und das Patriarchat nochmals rechtfertigt.

Dieses Menschbild, dieses liberale Selbstbewußtsein hat das 19. Jahrhundert mindestens genauso geprägt, wie das der Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, deren Bewußtsein keineswegs das ganz andere des Liberalismus war. Der liberale Freiheitsbegriff aber war von je her a-sozial, zielte auf „absolute Freiheit" und begründete gerade so das Gewaltmonopol im Staate, ohne kritisch nach dessen Herkunft und nach dessen Folgen zu fragen. Die libertäre Freiheitsvorstellung hat dagegen die Sozietät (Geselligkeit) des Menschen ins Zentrum gerückt und gerade darin das menschliche Freiheitsgefühl begründet gesehen: Die Angst und Ohnmacht der Isolation finden ihr Ende im gegenseitigen Miteinander. Insofern auch ein viel ehrlicherer Humanismus. Dieser ist aber gerade nicht der Nährboden für die zunehmende Nationalisierung der bürgerli-

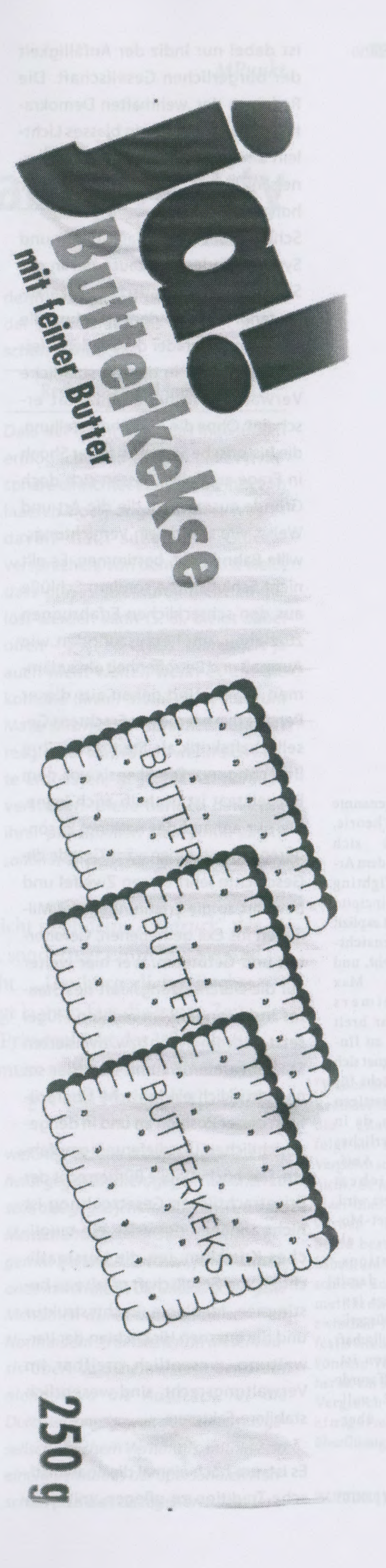
[3] Wie man bspw. bei Herbert Marcuses Überlegungen den Verdacht nicht los wird, er knüpfe seine Hoffnungen angesichts einer omnipräsenten „technologischen Rationalität" lediglich noch an die prämodernen Aspekte der Peripherie-Staaten.

[4] vgl. hier auch Feierabend!, Heft Nr. 16„ Februar/März 2005, www.feierabend.net.tc

chen Gesellschaft. Neben dem Rechtspositivismus, Wissenschaftspositivismus und dem grassierenden Fortschrittsglauben konnte der moderne Nationalismus am Ausgang des 19. Jahrhunderts insbesondere an den Bruchstellen der liberalen Staatstheorien leichten Fußes anknüpfen.

Nationalismus und Staat

Anschließend an und auch jenseits der liberalistischen Freiheitsidee und der Theorie vom Staate läßt sich nun im Zuge der Verwirklichung bürgerlicher Lebensverhältnisse, eine weitere Präzisierung der „bürgerlichen Gesellschaft“ als historisch-synthetischer Kategorie anstellen, ohne auf eine rein ökonomische Analytik abzuheben. Gerade die Gleichförmigkeit, mit der in den untergehenden Industrieländern der moderne Verwaltungsapparat aufschießt, rechtfertigt die idealistischen Kategorien vor der historischen Spezifik und ist gerade darin eine Besonderheit der modernen Entwicklung. Diese Verwaltungstendenz, die von beiden Lagern im späten 19. Jahrhundert, dem liberalen wie dem sozialistischen bzw. sozialdemokratischen getragen wird, ist in gewisser Weise das Ergebnis des Versuchs, die Zyklen der ökonomischen Krisen, von denen die Industrie- und Kolonialländer geprägt sind, zu durchbrechen, ohne die Integrität der frühen nationalen bzw. nationalistischen Monarchien und Oligarchien zu gefährden. Ein Schlüsselmoment ist dabei das Erstarken des bis dahin marginalisierten Parlaments. Mit der einsetzenden und stetig zunehmenden Verwaltung des öffentlichen und privaten Lebens ist der frühmoderne Staat noch Ausdruck der Kontrollphantasien einiger weniger, das ist seine unverdauliche Altlast. Im Reich der drei Gewalten, das die liberale Staatstheorie von ihrem Ursprung kolportiert, ist es dabei vor allen Dingen der Bereich der exekutiven Gewalt und Verwaltung, der unter modernen Vorzeichen den Staat ausprägt und sich vor die Abschreckung der Rechtssetzung und die Repräsentation der Gesetzgebung schiebt. Die zunehmende staatliche Verwaltung der bürgerlichen Gesellschaft ist deshalb ein wesentliches Moment dieses neuen disziplinargesellschaftlichen Typus. Sanktion nur ein kaltes Wort für die Gewalt und Repression, die sich wie eine zähflüssige Blutspur breiterwerdend in Richtung Eingang des 20. Jahrhunderts zieht, um dann in Sturzbächen den Horizont des 20. Jahrhunderts zu verdunkeln, die Hoffnung in den Menschen vollends zu erschüttern. Auf der ideologischen Kehrseite ist es nun gerade der Nationalismus, der dies überhaupt ermöglicht. Er integriert den gemeinen (willkürlichen) Beamten zur loyalen Beamtenschaft, den einfachen Parlamentarier zum Staatseiferer, den gebildeten Richter zum hohen Würdenträger der Nation und den einfachen Bürger zum glühenden Patrioten. Nur in und durch diese ideologische Unterfütterung ist es überhaupt vorstellbar, daß die gesellschaftlichen Gefüge in der Zeit nicht vollends aufbersten. Ohne zu ahnen, was da kommen würde, wurden die Apologeten des Parlamentarismus nicht müde, die Einheit von Mandat und Volkswillen zu behaupten. Fußend auf den identitätsrepräsentativen Vorstellungen des mittelalterlichen Korporatismus, wurde die Einheit von Staat und Volk in der Nation immer wieder neu begründet. Die nationalistischen Putsche letztlich, die sich in Europa in verschiedener Geschwindigkeit durchsetzten, waren ja gerade das Gegenteil von Widerstand gegen die zunehmende Verstaatlichung des gesellschaftlichen Lebens. Die Plötzlichkeit, mit der die Nationalisten und Rechtskonservativen gesellschaftliche Gestaltungsmacht errangen, weit weg von einer breiten eigenständigen Bewegung, weil sie ja auf die bereits etablierten Institutionen zielten,



ist dabei nur Indiz der Anfälligkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Die Rede von der „wehrhaften Demokratie" ist dagegen nur ein blasses Lichtlein am Ende eines tiefdunklen Tunnels, nichts als der Fadenschein einer hohlen Phrase.

Schlußendlich sind das Grauen und Systematik des Holocaust, der in der Shoah seine dramatischste Eskalation fand, nicht zu denken, ohne die eiskalten Zahnräder der modernisierten Bürokratie, in der die staatliche Verwaltung in neuer Qualität erscheint. Ohne die Ausnahmestellung, die historische Singularität der Shoah in Frage zu stellen, lassen sich doch Gründe ausmachen, die die Art und Weise, wie sich da ein Vernichtungswille Bahn bricht, bestimmen. Es gilt nicht Schlußstriche sondern Schlüße aus den schrecklichen Erfahrungen zu ziehen, um herauszufinden wie Ausmaß und Betroffenheit einzudämmen wären. Und genau aus dieser Perspektive hat meines Erachtens Gesellschaftskritik als Staatskritik ihre Berechtigung. Die Skepsis vor dem Bürgerstaat ist deshalb auch keine, die nur anhand des national Besonderen zu bestimmen wäre. Gerade die Geschichte lehrt diesen Zweifel und bewahrt so die Erfahrungen der Millionen ins Exil getriebenen, Gefolterten und Getöteten. Wer hier weiter auf die Durchsetzungskraft des Staates insbesondere am rechten Flügel setzt, gar vom zivilen bzw. zivilisierten Staatsbeamten träumt, dem/der sei nachdrücklich ein kritische Überprüfung dieser Position an und in der geschichtlichen Überlieferung empfohlen. Das höchst labile Bürgerrecht der privatrechtlichen Gesetzgebung ist nicht annäherungsweise ein taugliches Kriterium, um die Verstaatlichung von Gesellschaft präzise zu bestimmen. Ideologie, Rechtsstruktur und die internen Hierarchien der Verwaltung, wesentlich greifbar im Verwaltungsrecht, sind wesentlich stabilere Faktoren.

Es ist, um noch einmal die anarchistische Tradition zu pflegen, mit dem Staate wie mit der Kirche, die Päpste und Parteifunktionäre kommen und gehen, die Verwaltung bleibt.

Organisierung oder Apologie

Für manche/n klingt es vielleicht etwas anachronistisch, aber auf diesem gesellschaftskritischen als herrschafts- bzw. staatskritischen Hintergrund stellt sich Organisierungsfrage nach wie vor als aktuelle dar. Die bürgerliche Gesellschaft ist dabei keineswegs mit den in ihr und durch sie vorhandenen Organisationen und Organisationsformen zu verwechseln. Ginge sie darin vollends auf, wäre sie nicht nur ahistorisch sondern gänzlich vereinfacht beschrieben. Sie ist mehr als die abstrakte (rechtliche) Einheit des nationalen Vereins- und Verbandswesens. Deshalb kann sie als solche auch nicht einem spezifischen Organisationstyp gegenübergestellt werden[5]. Sie bleibt eine idealistische Kategorie, die historisch und praktisch bestimmt ist, und damit nur bedingt für einen analytischen Vergleich taugt. Identifizierbar jedenfalls ist die bürgerliche Gesellschaft in der Art und Weise ihrer Verwaltung, und hierin ist auch ihre Herrschaftsform erkenntlich, die der rationalisierten, abstrakten Bürokratie. Sie ist das Kontinuum, in dem die ewige Wiederkehr des Gleichen in Szene gesetzt wird, Signum der verwalteten Welt. In ihrem bloß Öffentlichen stellt sie sich dem bloß Privaten entgegen und beschreibt damit praktisch die Grenze der bürgerlichen Individuationsmöglichkeiten. Ihr Gewaltpotential ist realiter Ausdruck des Falschen an der Einrichtung der Welt.

Eine selbstkritisch gezügelte, optimistische Haltung, die auf eine Veränderung des Status quo und zwar zum Besseren hin zielt, eine solche emanzipatorische Haltung, kann sich deshalb keineswegs einer grundsätzlichen Herrschaftskritik enthalten. Vielmehr muß sie der jeweils prägnanten historischen Form von Herrschaft, die in der Gegenwart durch den modernen Nationalstaat gegeben ist, kritisch gegenüberstehen. D.h. nicht gleich die blinde Offensive ohne Blick auf die Folgen, aber Organisation des Widerstandes, um Erreichtes auch zu halten und noch auszubauen. Wäre das aus der Isolation des Bürgers einfach zu erreichen, wäre die Verwaltung nie so ausgewachsen. Deshalb ist die Selbstorganisation so wichtig, nicht weil sie das Individuum beschränken, willkürlicher Kontrolle aussetzen will, sondern um ihm einen Schutzraum vor systematischer Ausgrenzung, Zurichtung und Repression zu geben und zu bewahren. Durch die Solidarität, durch die gegenseitige Auf- und Übernahme als gemeinsam entdeckter Interessen, Wünsche und Bedürfnisse letztlich, wird das Individuum nicht beschränkt sondern erreicht quantitativ wie qualitativ völlig neue Gestaltungsspielräume. Darin war die libertäre Freiheitsidee der liberalen stets voraus. Sicher, im sozialen Miteinander gibt es keine Erfolgsgarantien und der Teufel steckt im Detail oder konkreter im Vertrauen und der gegenseitigen Verantwortungsbereitschaft. Nicht alles ist gleich möglich, wenn mensch sich selbst organisiert. Deshalb gehört eine selbstkritische Reflektion dazu. Aber in der spätmodernen Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft, als umspannende Verwaltung mittels rationalisierter, abstrakter Bürokratie, gegen ihren herrschaftlichen Gestus, kann der Frage nach dem subjektiven Hintergrund dieser Selbstorganisation, was nichts anderes als die Frage nach dem „revolutionären Subjekt" der bürgerlichen Gesellschaft ist, nur eine dem modernen Denken ungenügende Antwort gegeben werden. Eine Antwort, die sich auf nichts weiter als auf die Verantwortlichkeit konkreter Individuen, ihrer ethischen Überzeugungen und ihrer sozialen Kultur zu stützen weiß. Und das ist vielleicht auch eines der größten Stärken der Idee von Selbstorganisierung, daß sie sich um diese argumentative Enthaltsamkeit nur wenig schert, um der letzten Hoffnung wegen.

[5] Die sogenannte Racket-Theorie, auf die sich laatsch in dem Artikel „fighting reality" (incipito #17) nicht explizit aber offensichtlich bezieht, und die in Max Horkheimers Werk sehr breit verstreut zu finden ist, eignet sich gerade nicht für einen derartigen Vergleich, da in ihr Bürgerliches mit Antibürgerlichem identifiziert wird, das Racket-Modell als Organisationsform damit keineswegs jenseits der bürgerlichen Gesellschaft zu verorten ist. Der Begriff wurde hier m.E. vollkommen überdehnt.

MPunkt

affirmating reality

Vergleicherei und interessiertes Denken

In dem Artikel fighting reality in der Incipito #17 führte laatsch eine Denkfigur aus, wie sie typisch für die antideutsche Szene ist. Fast schon trotzig wird festgehalten, dass man entgegen aller Kritik am Rechtsstaat (oder auch an der Demokratie, am Kapitalismus etc.) diesen gut zu finden hat. Immerhin wäre er doch, im Vergleich zum Nationalsozialismus, zum Islamismus oder bei laatsch auch zur Herrschaft von linken „Rackets" das geringere Übel. Womit da der Vergleich aufgemacht wird, ist aber letztlich auch egal, geht es bei ihm doch ohnehin gar nicht um die Bestimmung der Gegenstände und wie man darin vorkommt, sondern um die Legitimation der eigenen affirmativen Stellung zum Rechtsstaat. Das merkt man schon daran, dass sich eben nicht mit der Feststellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen z.B. Rechtsstaat und „Racket"[1] – bei laatsch werden sogar nur die Unterschiede gesucht und die Gemeinsamkeiten völlig vernachlässigt – begnügt wird, sondern sich aus den Unterschieden eine Parteinahme ergeben soll. Diese kann aber weder aus den Unterschieden selbst folgen, noch aus einer Analyse, wie man im Rechtsstaat und im Racket materiell wegkommt. Denn wenn man feststellt – und wenn ich ihn richtig verstanden habe, bestreitet laatsch das auch nicht – dass man in beiden notwendig Schädigungen erfährt, dann folgt daraus logisch doch eine Ablehnung beider und nicht die Verteidigung des einen gegen das andere.

Um zu einer solchen Parteinahme zu gelangen, bedarf es daher auch einer Schummelei, nämlich schon vorab das als gut oder mindestens besser zu setzen, was man legitimieren möchte. Dann kommen eben auch genau die vorher als positiv gesetzten Dinge als das bessere heraus, was verteidigt werden muss. Deutlich wird dies u.a. an folgendem Zitat von laatsch: *„Dass sie mit dieser Propagierung der direkten Aktion und der allgemein akzeptierten Ablehnung der Staatsgewalt als Durchsetzungsinstrument bürgerlicher Versprechungen mal eben die Vermittlung des Individuums über das Recht und somit überhaupt die Möglichkeit Individuum zu sein, welches auch im begrenzten Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung immer noch heißt, vor dem willkürlichen Zugriff durch den ‚Stärkeren' geschützt zu sein, über Bord wirft, fällt zwar auf, wird aber schon aufgrund der Ablehnung bürgerlicher Verfahrenswege positiv besetzt."* (S. 9) Also: das was den bürgerlichen Staat vom Faustrecht unterscheidet, soll gleichzeitig schon das verteidigenswerte an ihm sein. Vermittlung über das Recht und *„überhaupt die Möglichkeit Individuum zu sein"* sind für laatsch a priori die zu verteidigende Qualität des Rechtsstaats gegenüber dem unvermittelten Zugriff des Stärkeren im Faustrecht. Was diesen vermittelten Zugriff überhaupt ausmacht, wird dabei gar nicht erst ausgeführt, geschweige denn, was daran positiv sein soll – der Verweis auf das Faustrecht soll schon genügen.

> Der bürgerliche Staat ist nicht irgendein „*Ausdruck*" der kapitalistischen Verhältnisse, sondern er einrichtet sie und erhält sie überhaupt erst aufrecht. ... Der bürgerliche (Rechts-)Staat – und das vernachlässigt laatsch fast die ganze Zeit – bringt eben nicht nur das Privatsubjekt des Wirtschaftsbürgers hervor, sondern dieser muss zugleich auch Staatsbürger und NationalistIn sein.

Rechtsstaat und Individuum

Dass der Rechtsstaat das Individuum ermöglicht und diesem eine Privatsphäre einrichtet (S. 13), wird ihm von laatsch hoch angerechnet. Was er davon hat, außer ein Glücksversprechen, von dem er selbst weiß, dass dieses strukturell nicht eingelöst werden kann (S. 8), bleibt dabei offen – aber so etwas interessiert ja auch nicht weiter, wenn es um die korrekte (linke) Moral geht, statt um Materialismus. Entsprechend empört reagiert er dann auch, wenn sich Leute erdreisten, gegen seine Moral zu verstoßen. Diese hängen dann mit ihrer prinzipiellen Staatskritik einem *„antinationalen Wahngebilde"* (S. 10) an, welches sich so darstellen soll: *„Links heißt gegen Staaten, gegen Nationen zu sein, also gegen jene Institutionen, die die Menschen angeblich daran hindern, gegen ihr Elend aufzustehen, jene Institutionen mithin die für die Unterdrückung der Menschen durch den kapitalistischen Normalbetrieb einstehen. In diesem Basis-Überbau-Schema steht der Staat nicht etwa als Ausdruck für die Durchsetzungsgewalt des Kapitals als gesellschaftlichem Verhältnis, mithin also einem Verhältnis der apersonalen Herrschaft plus den dazugehörenden, sinn-*

[1] Wissen über den Rechtsstaat und die „Rackets" folgt aus einem Vergleich sowieso nicht. Ist ja auch klar: man muss vorher schon beide bestimmt haben, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen beiden feststellen zu können. Von daher ist ein solcher Vergleich auch einigermaßen überflüssig.

stiftenden Ideologien, wie dem von der sozialen Absicherung, sondern der Staat steht hier als verantwortlicher Akteur, der daran Schuld ist, dass die Welt schlecht sei und der Mensch von seiner Wesensart des gut seins abgehalten wird." (S. 10 f.)

Es stimmt zwar, dass AnarchistInnen oft den Fehler machen, den Anarchismus im Menschen verankert zu sehen und den Staat dafür zu kritisieren, dass er die Menschen von dieser ihrer Bestimmung abhält (für den Text von Paolo Fox müsste man das trotzdem nachweisen, statt es einfach nur zu behaupten), sonst aber rein gar nichts. Das fängt schon damit an, dass der bürgerliche Staat[2] nicht irgendein *„Ausdruck"* der kapitalistischen Verhältnisse ist, sondern er diese überhaupt erst einrichtet[3] und aufrechterhält. Schließlich setzt er das Privateigentum, an dem sich – als freie und gleiche Privatsubjekte (das sind sie nämlich von Natur aus genauso wenig wie AnarchistInnen oder Racketfans) – alle gleichermaßen betätigen können, sollen und müssen. So werden von ihm lauter elementare ökonomische Gegensätze ins Werk gesetzt, die er dann mit dem von ihm gesetzten Recht und dessen Durchsetzung mit seinem Gewaltmonopol so einschränkt, dass diese nicht in Raub und Mord enden, sondern ökonomisch produktiv werden – schließlich finanziert er sich aus der Besteuerung dieser Ökonomie und hat schon daher ein Interesse, diese am Laufen zu halten. Durch den Ausschluss, sowohl von den Mitteln der Bedürfnisbefriedigung, als auch von den Produkten, mit denen diese sich befriedigen ließen, der durch die Setzung des Privateigentums entsteht, sind viele Menschen darauf angewiesen, jemanden zu finden, der ihre Arbeitskraft kauft, um an Geld als allgemeines Äquivalent zu kommen, mit dem sie dann das für ihr Überleben notwendige Zeug kaufen können. Vom Rechtsstaat geschütztes Individuum und Privatsubjekt zu sein, heißt also für die meisten Leute entweder Ausbeutung im Produktionsprozess oder Verhungern (bzw. sozialstaatlich alimentiert als industrielle Reservearmee für den Arbeitsmarkt zur Verfügung gehalten zu werden).

Den Antinationalen ist daher darin zuzustimmen, den Staat als *„verantwortlichen Akteur"* für die kapitalistischen Verhältnisse zu betrachten. Ob sie ihn dabei korrekt bestimmen, müsste jeweils am Einzelfall geprüft werden. Und ja: der bürgerliche Staat ist auch die Instanz, welche mit ihrem Gewaltmonopol versucht, Aufstände gegen die Ökonomie niederzumachen.

Den Antinationalen ist daher darin zuzustimmen, den Staat als *„verantwortlichen Akteur"* für die kapitalistischen Verhältnisse zu betrachten. Ob sie ihn dabei korrekt bestimmen, müsste jeweils am Einzelfall geprüft werden. Und ja: der bürgerliche Staat ist auch die Instanz, welche mit ihrem Gewaltmonopol versucht, Aufstände gegen die Ökonomie niederzumachen. Wenn sich die ArbeiterInnen gar nicht erst gegen die für sie schädlichen Verhältnisse zu erheben versuchen, dann liegt das freilich nicht am Staat, sondern an den verkehrten Vorstellungen, die sie sich von ihnen machen. Dass die Aufstände, wenn es zu ihnen kommt, aber niedergeschlagen und die Menschen in ihren Elend gehalten werden, dann aber schon.

Israel und antideutsche Wahngebilde

Aber nicht nur, dass sie das Los des auf den Verkauf der eigenen Arbeitskraft Angewiesenen nicht wegen eines ohnehin unerfüllbaren Glücksversprechens freudestrahlend akzeptieren und dem bürgerlichen Staat dafür danken, stößt laatsch an den Antinationalen übel auf. Mindestens genauso schlimm ist es für ihn, dass ihre allgemeine Staatskritik auch eine Kritik an Israel bedeutet, ja dass dieses genauso abgeschafft werden solle, wie alle anderen Staaten auch. Was für ein Verstoß gegen die antideutsche Moral, da muss man doch empört sein: *„Die richtige Kritik des Staates als notwendige Institution, um die bürgerliche Gesellschaft als kapitalistische zusammenzuhalten und um den alltäglichen Prozess der Verwertung des Werts zu sichern, schlägt dann in ihr Gegenteil um, wenn behauptet wird, alle Staaten seien sich gleich (böse) und es gäbe keine Unterschiede."* (S. 11) Böse ist eine untaugliche moralisierende Kategorie (offenbar kann laatsch nur in solchen denken) und selbstverständlich gibt es Unterschiede zwischen den Staaten, z.B. in der konkreten Ausgestaltung ihrer Herrschaft, in der Ausstattung mit Gewaltmitteln, im Erfolg der Standortpolitik, im Staatsbürgerschaftsrecht, in ihren Staatsideologien etc. Das ändert doch aber nichts an ihrer Gemeinsamkeit, die laatsch mit dem Aufrechterhalten der kapitalistischen Gesellschaft hier sogar mal richtig bestimmt. Diese ist für israelische ArbeiterInnen aber genauso ungemütlich, wie für die Arbeiter im Rest der Welt – worin soll dann also der Grund liegen, Israel nicht mit in die allgemeine Staatskritik einzubeziehen? Für laatsch darin, *„dass es nur einen Staat gibt in dem ‚wir alle' der Staat sind, nämlich Israel und auch dies ‚nur', weil sich der Staat als antifaschistisches Staatskollektiv gegen die Vernichtung der jüdischen Subjekte konstituierte."* (S. 11) Wenn aber Israel nichts als die bewaffnete kollektive antifaschistische Selbstverteidigung der jüdischen Subjekte ist, wieso bedarf es dann seiner staatlichen Herrschaft <u>über</u> die jüdischen Subjekte? Doch nicht etwa aus den gleichen Gründen, wie bei allen anderen bürgerlichen Staaten auch?

[2] Dieser kann hier selbstverständlich nur andeutungsweise abgerissen werden. Bei Interesse am Thema empfehle ich die Lektüre von: Karl Held (Hg.): ‚Der bürgerliche Staat'. Der Text ist auch online unter http://www.gegenstandpunkt.com/vlg/staat/staat_i.htm verfügbar.

[3] Hier geht es um eine logische Argumentation und nicht darum, wie die Einrichtung des Kapitalismus jeweils historisch verlief.

Ziemlich böswillig ist es übrigens, Antinationalen zu unterstellen, dass, weil ihre allgemeine Staatskritik auch Israel trifft, es ihnen mit ihr eigentlich allein oder mindestens hauptsächlich darum ginge, Israel zu beseitigen: *„den AntinationalistInnen ist der Staat als solcher jene Instanz, die es abzuschaffen gilt, um mit ihm und über ihn die bürgerliche Gesellschaft - sprich, unspezifisch spezifisch Israel - zu beseitigen."* (S. 11) Als würde aus einer allgemeinen Staatskritik die Abschaffung (ausschließlich) eines speziellen Staats folgen – und das Geraune von *„unspezifisch spezifisch"* erklärt da auch nichts.



Rechtsstaat und Racket

Wie bereits gesagt, unterschlägt laatsch bei seinem interessierten Vergleich (der schon deshalb auch kein wirklicher ist) die Gemeinsamkeiten zwischen dem Rechtsstaat und dem, was er als „Racket" verabscheut – auch diese seien daher zum Abschluss kurz nachgetragen. Am „Racket" hat er dabei auszusetzen, dass dieses *„die Identität des Individuums als Spiegelbild der Gruppe beschreibt, welches also beschreibt, wie Menschen das Gegenteil von der Subjektbildung betreiben, nämlich das Aufgehen in der Identität des entprivatisierten und entsinnlichten Kollektivs"* (S.14). Dass das Individuum als *„Spiegelbild der Gruppe"* gilt, scheint das Racket jedenfalls mit dem Nationalismus zu teilen, wo ja auch fein säuberlich in ‚wir' und ‚die anderen mit ihren spezifischen Nationaleigenschaften' unterschieden wird. Dies reflektiert jedoch auf das vom Rechtsstaat erlassene Staatsbürgerschaftsrecht, was diese Unterteilung ja erst vornimmt – reelle Abweichungen in den Vorstellungen, wer denn eigentlich dazu gehört und wer nicht, sind dadurch selbstverständlich nicht ausgeschlossen. Der bürgerliche (Rechts-)Staat – und das vernachlässigt laatsch fast die ganze Zeit – bringt eben nicht nur das Privatsubjekt des Wirtschaftsbürgers hervor, sondern dieser muss zugleich auch Staatsbürger und NationalistIn sein. Schließlich ist er als Konkurrenzsubjekt auf den Staat, den er real vorfindet verwiesen, weil dieser ihm erst sein Dasein als Konkurrenzsubjekt ermöglicht und identifiziert sich daher mit ihm und seinem Erfolg – was dann auch entsprechend bebildert wird. Insofern hat die Ideologie, *„der Staat seien ‚wir alle'"* (S. 11) durchaus ihre reale materielle Grundlage.

Diese gälte es dann auch zu kritisieren, statt sie gegen das „Racket" zu verteidigen – freilich nicht, wie dies bei laatsch immer durchklingt - unter dem Aspekt Individuum vs. Kollektiv. Dass diese zusammenfallen können, hat sich ja schon am Wirtschafts- und Staatsbürger gezeigt. Es ist aber auch ein anderes Zusammenfallen ihrer möglich, nämlich im bewussten Zusammenschluss jener, welche auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, das aber nicht mehr sein wollen. Und ihr Zusammenschluss ist auch nötig, wenn sie dieses Interesse an einem schönen Leben gegen den bürgerlichen Staat durchsetzen wollen. Die ArbeiterInnen dafür zu agitieren, ist wie eh und je die Aufgabe, seit es den Kapitalismus gibt.

P.S.: Da ich einmal am Verfassen eines Leserbriefs bin, möchte ich noch kurz meine Verwunderung darüber ausdrücken, wie unbenommen ihr die unbewiesenen Behauptungen von Mark Schneider (bgr) über die FAU-Leipzig (S. 44) in euer Heft übernehmt. Warum G. Hanloser eingeladen wurde, hat diese doch auf ihrer Veranstaltung erklärt: weil sie die Abkehr der Szene von sozialen Kämpfen (wie etwa den Montagsdemos) für verkehrt hält und in den Theorien der Antideutschen einen Grund für diese Abkehr sieht. Dass sie damit eigentlich das Eichmannzitat von v.sc.d im Feierabend legitimieren wollte, ist da schon eine recht dreiste Unterstellung. Und gerade die Oberpolitgruppe bgr (die ja auch schon selbst Erfahrungen darin hat) sollte doch wissen, warum man ReferentInnen einlädt: zum einen um sich ihre Kompetenz verfügbar zu machen – schließlich können sich ja nicht alle intensiv mit jedem Thema beschäftigen – und zum anderen, um mit ihren Namen Publikum zu ziehen. So what?



Sabrina und Lilian

Für die Denunziation des Privaten

Nun ist also der Wahnsinn auch in die Incipito-Redaktion eingezogen. Man blättert das neue Heft durch und stößt auf einen Abschnitt, der mit „Pornographie" überschrieben ist, in Laatschs Artikel „fighting reality". Man ist nun schon viel von der Leipziger Linken gewöhnt, gerade was den Umgang mit Sexismus angeht. Aber Laatsch hat es doch noch mal geschafft, einen zum Kotzen zu bringen.

In einem Artikel, in dem uns der Autor auf altbekannte antideutsche Weise das bürgerliche Subjekt verteidigt, ist nun auch der Konsum von pornographischem, heterosexistischem Dreckszeug ein Ausdruck individueller Entfaltung. Zeug, das tabubrecherisch gegen jede Kritik und Repression seitens einiger, scheinbar rar gewordener, Linker mit antisexistischem Anspruch zu verteidigen wäre.[1]

Laatsch will beschreiben, „wie sich politische Praxis viel zu oft die falsche Überwindung der bürgerlichen Welt auf die Fahnen schreibt". Der verzweifelte Kampf, „das *Ich* vor den Anmaßungen des *Wir* zu schützen", der mit allen Waffen geführt wird, welche die bürgerliche Gesellschaft zu bieten hat, muss dem falschen Schein unterliegen, dass das Ich und die Privatheit „sich dem Zugriff der Rationalität der Warenwelt" entziehen. Es ist nicht nur dumm, sondern auch ignorant und menschenfeindlich, auszublenden welch patriarchale Gewalt sich täglich in den Ehebetten vollzieht. Sexualität von Frauen ist eben oft das „Sich-zur-Verfügung-stellen für die Onanie des Mannes"[2]: Gerade der Ort der Privatheit ist für Frauen so ungeschützt, weil seltenst etwas an die Öffentlichkeit dringt. Nicht anders in der Linken, wie könnte es auch anders sein? Eine Frau aus der 68´er-Bewegung beschrieb dieses Problem, welchem man sich heute in einer sich fortgeschrittener dünkenden Szene kein Stück weit angenähert hat: „Die zerbrechen sich den Kopf über Vietnam, Chile und das Proletariat, wie aber ihre eigenen Beziehungen aussehen - danach wird nicht gefragt."[3] Die Gefahr ist wohl zu groß, dass die Kritik einen selber treffen könnte. Es ist zumindest oberflächlich leichter, sich vor antisemitischen Äußerungen zu bewahren, als sein Privatleben zu reflektieren. Antisemitisch sind die anderen. Das hier könnte mich selbst betreffen. Laatsch muss ausblenden, dass die „Sexualität zugleich Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frauen in allen Lebensbereichen"[4] ist, wenn er den Ort der Liebe als „nicht gesellschaftlich vermittelte Beziehung zu retten" versucht. Damit entzieht sich der „heilige Intimbereich" jeglicher gesellschaftskritischen Reflexion. Dieser „einzig denkbare (...) Ort, an dem sich das Versprechen erhält (...) es möge mehr geben, als die Befriedigung von Bedürfnissen in Waren-

[1] Es geht es nicht darum, die von laatsch zitierte Stellungnahme der AAM zu rechtfertigen, die mit ihrem KP Sprech von „Vorbildfunktion" wohl in eine andere Richtung regredieren.

[2] Schwarzer: Der kleine Unterschied, 69.

[3] ebd.: 202.

[4] ebd.: 17.

form" bekommt damit ein unschuldiges Antlitz.

Ok, die Privatheit enthält Momente, die es ermöglichen, sich zu einem Teil vor den gesellschaftlichen Zurichtungen zurückzuziehen. Liebe kann man nicht kaufen. Doch wo die Panik vor einem Zugriff durch ein „Kollektiv" so groß ist, dass herausposaunt werden muss, dass Lust ausschließlich „eine private oder im Fall der Fälle eine des Strafgesetzbuches, aber keine der öffentlichen Debatte ist", wollen wir uns nicht weiter über die vorhandenen und zu verteidigenden Rückzugsmomente, die der private Bereich bietet, auslassen. Es ist eine ignorante, androzentristische Denkweise, beispielsweise vergewaltigte Frauen sich selbst und dem ach so vertrauenswürdigen Gesetzbuch zu überlassen. Und der Autor, der in jedem Einmischen in die Privatheit eine Gefahr für das Individuum herbei halluziniert, sollte spätestens an dieser Stelle sich bei den Opfern sexueller Gewalt entschuldigen und danach einfach die Fresse halten. Denen überlässt er nämlich nur die - ganz individuelle - Selbstverteidigung gegen die, jetzt wirklich kollektiven, Angriffe. Und welche sich nicht behaupten kann im allgemeinen patriarchalen Hauen und Stechen, die hat eben Pech gehabt und muss sich an den Beschützer aller wenden - Vater Staat. Schade, schade, aber so sind eben die Verhältnisse. - Bitte wie?! Es ist zum Schreien: verpackt in ein Gemaule über jede Form von Gewalt, völlig gleich ob die von Neonazis oder die antifaschistischer Verteidigung, zieht sich Laatsch auf die klassische Aufgabe des Staates zurück, seine Bürger zu schützen und hält sie auch noch gegen antifaschistische Banden hoch! Trotz aller Relativierungen - wer meint, der Staat sei „der beste Schutz" vor unmittelbarer Gewalt, verhöhnt zum einen die Opfer aller staatlichen Gewalt und vergisst zudem, dass der Staat für die Organisation des Privaten verantwortlich ist (von dem krisenhaften Rückzug desselben aus dieser Funktion und den Folgen für die vereinzelten Individuen erst mal abgesehen). Seine Bürger verhalten sich entsprechend, so kann es ihnen nicht vorgeworfen werden, dass sie sich verteidigen, wie es Antifas tun. Wer Gewaltkult kritisieren will, sollte beim Staat und bei der Konstitution des Subjekts beginnen und nicht bei dem Versuch von - im Fall von „fighting reality" - Frauen, sich gegen diesen Gewaltkult, dargestellt in Pornos, zu organisieren.

Laatschs Anspruch, den Gewaltkult zu kritisieren, ist ein richtiger, der aber verfehlt werden musste. Individualisierung ist gegen Bandenbildung kein zu verteidigendes Phänomen.

Nun ist der Konsum von Pornographie für Laatsch unantastbarer, weil privater Ausdruck der Individualisierung. Und jede Kritik daran wäre Gleichmacherei und ein über das andere, private Leben übergestülpter Gruppenkonsens. Nur nebenbei bemerkt, wenn ich mich in einer politischen oder sonst was für einer Gruppe befinde, teile ich natürlich deren Inhalte und Kritik und werde versuchen auch mein Privatleben dahingehend zu reflektieren. Aber ein *moralischer Kompass* grenzt ja an Dogmatismus, und geht so gar nicht klar, oder was? Verdammt Laatsch, entweder du vertrittst, was du denkst in deiner Gruppe und verteidigst das auch am „WG-Küchentisch", oder man kann dich nicht ernst nehmen!

Noch mal: Pornographie ist ein Ausdruck von falschen, patriarchalen Verhältnissen, deren entsprechende Zuspitzung, und hat damit gar nichts mit freier Entfaltung zu tun. Pornographie ist eben nicht ein „äußerst unbefriedigender (nicht etwa ein kritikwürdiger! d.A.) Inhalt von Lust und Sexualität" und „Ausdruck der Unerfüllbarkeit der Sehnsüchte in der Sexualität". Pornographie tröste uns über unsere unerfüllten Sexphantasien hinweg, lehrt uns Laatsch. Wie mögen diese aber aussehen? Wohl kaum anders, als folgendermaßen: „Schade, dass ich meine Freundin nicht so durchficken kann, wie der Typ da gerade die Pussy gefickt hat." Etwas anderes als die Lust an Erniedrigung und Gewalt können Pornos nicht hervorrufen. Sie sind Ausdruck von verkümmerter, heterosexistischer Subjektivität und gehörten ebenso der Kritik unterzogen, wie das bürgerliche Subjekt selbst. Um dies alles schert Laatsch sich einen Dreck. Er hat wichtigeres zu tun, er muss das Individuum und die Träume der Popkultur retten! Dabei kommt es wohl auf patriarchale Herrschaftsformen, welche das so „heilige" bürgerliche Subjekt erst hervorbringt und von selbigem immer wieder aufs Neue reproduziert werden, nicht an.

Etwas anderes als die Lust an Erniedrigung und Gewalt können Pornos nicht hervorrufen. Sie sind Ausdruck von verkümmerter, heterosexistischer Subjektivität und gehörten ebenso der Kritik unterzogen, wie das bürgerliche Subjekt selbst.

Dieses Stammtisch-Niveau und die immer gleichen Phrasen von Kontrolle und Lustfeindlichkeit sind bekannt aus dem unsäglichen Artikel „Infantile Inquisition" vor Jahren in der „Bahamas". Menschen, die Kritik an Pornographie üben, sowie sich bei sexistischen Vorfällen einmischen, sind natürlich sofort prüde, lustfeindlich, können keinen Spaß am Sex haben... Mal sehen, was auch Laatsch einfällt, Kritik an Privatheit zu denunzieren.

PS: Erst kürzlich war eine Party, deren Veranstalter meinten, so zur Deko, nebenbei Pornos laufen lassen zu müssen. Es wurde erklärt, dass das so ähnlich sei, wie computeranimierte Muster zu zeigen. Vielleicht hätte sich Laatsch dort besser amüsiert.

Mira Blau

Gesellschaftliche Vermittlung über den Tausch?

Dies ist der erste Teil von zweien über den Begriff der Gesellschaft Th. W. Adornos.

Inhaltlicher Überblick über gesamten Text

1. Einleitung – Entfaltung des dialektischen Gesellschaftsbegriffs[1]

Die moderne Gesellschaft ist der Prozeß der Vermittlung zwischen den Individuen zur Gesellschaft, d. h. beide, Individuum und Gesellschaft, sind Momente einer dialektischen Bewegung. Wobei die Vermittlung nicht zwischen, sondern in den Momenten stattfindet: *„Diese Vermittlung [darf] keine Brücke zwischen den Momenten sein ..., sondern [sie muß] eine Vermittlung in den Momenten selbst sein."* (Th. W. Adorno: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit, S. 187) Das Individuum ist nicht identisch mit Gesellschaft, ist nicht von ihr determiniert. Aber es wird von ihr konstituiert. In der Vermittlung mit der Gesellschaft formt sich das Individuum. Selbst dort, wo es sich der Gesellschaft entzieht, ist es durchdrungen von ihr.[2] Der moderne Mensch wird überhaupt erst als Einzelner konstituiert: *„... nicht nur das Individuum, sondern schon die Kategorie der Individualität [ist] ein Produkt der Gesellschaft ... Anstatt erst das Individuum aus den gesellschaftlichen Prozessen herauszuschneiden, um dann deren formenden Einfluß zu beschreiben, hätte eine analytische Sozialpsychologie in den innersten Mechanismen des Einzelnen bestimmende gesellschaftliche Kräfte aufzudecken. Überhaupt von gesellschaftlichen Einflüssen zu reden, ist fragwürdig ..."* (Th. W. Adorno: Die revidierte Psychoanalyse, in: Soziologische Schriften 1/GS 8, S. 27)

Die Gesellschaft, die die Individuen miteinander vermittelt, kann nicht bloß die Summe aller in ihr Lebenden sein. Ebensowenig ist sie den Individuen bloß äußerlich. Zwar entzieht ihre vermittelnde Dynamik sich dem direkten Zugriff durch die Gesellschaftsmitglieder, dennoch wird sie durch die von ihr Konstituierten fortwährend reproduziert und in diesem Prozeß auch modifiziert.

Das heißt also: Sowohl Gesellschaft ist der Gegensatz von Individuum und Gesellschaft als auch das Individuum ist der Gegensatz zwischen Gesellschaft und Individuum. Einerseits individuiert die Gesellschaft ihre Mitglieder, zum anderen stellt sie sich genau über diese Vereinzelung her; Marx, auf den sich Adorno bei der Entfaltung seines Gesellschaftsbegriffs bezieht, beschreibt die Gesellschaft als eine von vereinzelten Einzelnen: *„Die Arbeit, die sich im Tauschwert darstellt, ist vorausgesetzt als Arbeit des vereinzelten Einzelnen."* (K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, S. 24) Das Individuum ist das Resultat des gesellschaftlichen Prozesses der Individuierung. Gesellschaft ist eine Dynamik, mit dem Zwang, zu expandieren, eine Dynamik, die sich immer wieder selbst herstellt, die aber nur scheinbar ohne Anfang und Ende ist. Gesellschaft ist also ein Prozeß, dessen Resultat zugleich auch sein Anfang ist.[3]

Auf den folgenden Seiten möchte ich aufzeigen, daß Vermittlung ein Prozeß ist, der Gesellschaft konstituiert. In der Vermittlung über den Tausch stellen die Gesellschaftsmitglieder, die Individuen als „vereinzelte Einzelne" (Marx), Gesellschaft her. Dieser Vorgang ist ihnen nicht direkt zugänglich, sie beherrschen und steuern ihn nicht; er ist ihnen verschleiert. Diese Verschleierung ist Moment des Wesens der Gesellschaft, welches vermittelt erscheinen muß.

2. Der Begriff der Vermittlung

„Vermittlung gibt es nur als Relation zwischen vermittelten Dingen. Sie ist stets die Vermittlung von etwas – für sich genommen ist sie überhaupt nichts." (Ch.Türcke: Vermittlung als Gott, S. 15) Der Begriff der Vermittlung wurde in der Philosophie breit diskutiert, diese Diskussion vollzieht Türcke in seinem Buch „Vermittlung als Gott" in groben Zügen nach. Die Diskussion drehte sich um die Frage, ob Vermittlung ein etwas den Dingen Äußerliches ist, wie bei Platon, wo sie Relation zwischen der Idee eines Dings und seiner jeweiligen Erscheinung ist. Vermittlung bestimmt Platon als etwas, was sich nicht positiv *„als ein eigenes*

[1] Ein Begriff ist nicht gleich einem Wort, er bildet einen Zusammenhang von Urteilen, im Begriff ist „im Grunde ein bereits übergreifender theoretischer Zusammenhang mitgesetzt und eigentlich gemeint" (Th. W. Adorno: Einleitung zur Soziologie S. 48). Im Begriff wird der Gegenstand mit der Bezeichnung vermittelt, bei dieser Vermittlung bleibt etwas übrig, was nicht mit gefaßt wird. Somit ist der Begriff die Vermittlung von Identischem und Nicht-Identischem. Das Nicht-Identische bestimmt sich in Abgrenzung zum Identischen, beide verweisen aufeinander und sind dennoch nicht gleich. In diesem Zusammenhang formuliert Adorno das erkenntnistheoretische Postulat vom Vorrang des Objekts: „Dabei ist die Sache selbst keineswegs Denkprodukt; vielmehr das Nichtidentische durch die Identität hindurch." (Th. W. Adorno: Negative Dialektik, S.189)

Sein neben den Vermittelten, sondern nur negativ als etwas, was sich von sich weg auf die unverkürzte Integrität des Vermittelten verweist ..." (ebd., S. 40). Die Gegenposition zu Platon markierte sein Schüler Aristoteles, der davon ausging, daß die Vermittlung den Dingen innewohnt: in seiner Lehre darf *„die Vermittlung von Ideellem und Materiellem nicht in ein Drittes fallen ... [denn] eines der beiden Vermittelten muß sich selbst mit dem anderen vermitteln"* (ebd. S.41).

Auch G. W. F. Hegel begreift Vermittlung als etwas, was den Dingen selbst innewohnt. Deutlich wird dies am Werden als vermittelnde dialektische Bewegung zwischen den beiden Gegensätzen des Seins und des Nichts hin zum Dasein. *„Das Nichts ist dieses unmittelbare, sich selbst gleiche, ebenso umgekehrt dasselbe, was das Seyn ist. Die Wahrheit des Seyns, sowie das Nichts ist daher die Einheit beyder; diese Einheit ist das Werden."* (G. W. F. Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, § 41) *„Etwas wird ein Anderes, aber das Andere ist selbst ein Etwas, also wird es gleichfalls ein Anderes, und so fort ins Unendliche."* (ebd., § 46) Adorno führt beide Diskussionsstränge zusammen, bei ihm ist – rekurrierend auf Marx – Vermittlung sowohl etwas den Menschen Äußerliches, sich Verselbständigendes, als auch etwas in ihnen selbst Liegendes.

Sein Gesellschaftsbegriff ist *„als ein vermitteltes und vermittelndes Verhältnis zwischen den einzelnen Individuen, nicht als ein bloßes Agglomerat von Individuen"* zu verstehen. *„Auf der anderen Seite [sei] Gesellschaft aber auch genausowenig ein Begriff jenseits der Individuen ... Er ist tatsächlich weder bloß die Summe oder die Agglomeration ... zwischen Individuen, noch ist er [der Gesellschaftsbegriff] ein den Individuen gegenüber absolut Selbständiges, sondern er hat in sich selber immer gleichzeitig diese beiden Momente; er verwirklicht sich nur durch die Individuen hindurch, ist aber auf sie, eben als ihre Relation, nicht zu reduzieren und ist auf der anderen Seite auch nicht als ein an sich seiender reiner Oberbegriff zu fassen. ... Es gibt genausowenig im gesellschaftlichen Sinne Individuen, nämlich Menschen, die als Personen mit eigenem Anspruch und vor allem als Arbeit verrichtende existieren können und existieren, es sei denn mit Rücksicht auf die Gesellschaft, in der sie leben und die sie bis ins Innerste hinein formt, wie es auf der anderen Seite auch nicht Gesellschaft gibt, ohne daß ihr eigener Begriff vermittelt wäre durch die Individuen; denn der Prozeß, durch den sie sich erhält, ist ja schließlich der Lebensprozeß, der Arbeitsprozeß, der Produktions- und Reproduktionsprozeß, der durch die einzelnen, in der Gesellschaft vergesellschafteten Individuen in Gang gehalten wird."* (Th. W. Adorno: Einleitung in die Soziologie, S. 68/69)

Gesellschaftliche Vermittlung ist hier nicht ein „absoluter Begriff jenseits der Individuen", sie realisiert sich nur durch sie, die Individuen, hindurch, die sich miteinander vermitteln müssen; und die Individuen sind nicht absolut gesellschaftlich determiniert, denn das hieße, sie wären identisch mit Gesellschaft. Die zu Vermittelnden sind nicht identisch mit dem sie miteinander Vermittelnden. Bei Adorno ist letzthin das Vermittelnde der Tausch. In ihrem Vollzug vereinzelt die Gesellschaft ihre Mitglieder, sie handeln als Privatproduzenten und Rechtssubjekte, die, ihrem privaten Interesse folgend, über den Austausch von Waren sich miteinander zur Gesellschaft vermitteln. D. h., die Individuen sind als Vereinzelte schon konstituiert; sie handeln als autonome, monadenhafte Wesen. *„... es ist so, daß gerade dadurch, daß die Menschen ihre eigenen, ihre je eigenen individuellen Interessen verfolgen, sie zu Exponenten, zu Vollstreckern eben jener geschichtlichen Objektivität werden, die, indem sie dann in jedem Augenblick bereit ist, auch gegen ihre Interessen sich zu wenden, dann gerade auch zu dem über sie hinweg sich Durchsetzenden wird. Das ist ein Widerspruch: daß das, was über die Menschen hinweg sich durchsetzt, sich durchsetzt vermöge ihrer selbst, vermöge ihrer eigenen Interessen. ... [Dieser Widerspruch] besagt nichts anderes, als daß ... die Beschränktheit, zu der der Weltlauf die Menschen zwingt, ihre eigenen Interessen und nichts anderes als ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, eben dieselbe Kraft ist, die sich gegen die Menschen kehrt und dadurch eben als das über ihren Köpfen, als das ihnen gegenüber blinde und fast unausweichliche Verhängnis sich durchsetzt."* (Th. W. Adorno: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit, S. 41 f.) Gesellschaft entfaltet sich derart nur mittelbar. Es braucht eine vermittelnde Bewegung, um den Verbund zwischen den Individuen zu schaffen. Im Falle der bürgerlichen Gesellschaft ist die Vermittlung mehr als die Relation zwischen den Gesellschaftsmitgliedern, sie verselbständigt sich ihnen gegenüber, sie ist nicht direkt ersichtlich und wird so zu ihrem Schicksal.

Jeder handelt nach seinem individuellen Interesse, die Reproduktion der Gesellschaft erfolgt privat. Die Vermittelten müssen selbst konstituiert wer-

> Der Schein der Gesellschaft kann nicht als eine pure Einbildung der Individuen abgetan werden, nicht als etwas, worüber sie aufgeklärt werden können, nicht als etwas, was sie sich bei ausreichend hoher Bildung aus dem Kopf schlagen könnten. Da der Schein Moment des Wesens der Gesellschaft ist, ist er dem einzelnen Individuum vorausgesetzt. Marx spricht diesbezüglich in seiner Behandlung des den Waren anklebenden Fetischismus von einem wahren Schein falscher Verhältnisse.

[2] Sigmund Freud weist dies beispielsweise für die vom Individuum unbeeinflußbaren Träume oder dessen unbewußte Triebe auf. Daß es ein Unbewußtes gibt, ist selbst schon gesellschaftlich konstituiert. „Die Freudsche Theorie ... ist ganz kapitalistisch gedacht. Das Verdrängte, die sündige Vorstellung ist aus tiefster, noch zu durchleuchtender Analogie das Kapital, welches die Hölle des Unbewußten verzinst." (Walter Benjamin, Kapitalismus als Religion)

[3] Das historische Gewordensein ist, sobald die moderne Gesellschaft einmal etabliert ist, nicht mehr ohne weiteres durch Denken nachvollziehbar. Identitätslogisch verlängert sie ihre ihr eigenen Merkmale, Kategorien, Strukturen in längst vergangene Zeiten. Auch, um sich Prozesse in der Natur zu erklären, wird in der modernen Gesellschaft identitätslogisch verfahren.

den, und sie werden eben konstituiert als Einzelne, die sich vermitteln müssen. Vermittelt sind die Individuen in ihrer Funktion als Produzenten, die immer Privatproduzenten sind, als Tauschkontrahenten, Verkäufer von Ware Arbeitskraft und als Rechtssubjekte.

> Adorno spricht von der Warengesellschaft als von einer realen Abstraktion: es handelt sich beim Tausch, der nach Adorno die Gesellschaft hervorbringt, nicht um eine reine Denkabstraktion in den Köpfen der Individuen, sondern um eine allem Denken und Handeln sämtlicher Menschen in der Warengesellschaft vorausgesetzte Real-Abstraktion, die sich laut Adorno im Tausch vollzieht.

3. Wesen und Erscheinung

Das, was von den Menschen konstituiert ist, die Gesellschaft, die sich ihrem Handeln gegenüber aber verselbständigt, unterliegt einer Dialektik von Wesen und Erscheinung.

Die Gesellschaft ist eines bestimmten Wesens. Adornos Begriff vom Wesen ist jedoch kein statischer, sondern ein dynamischer. Im Wechselspiel mit seinen jeweiligen Erscheinungen modifiziert sich dieses Wesen fortlaufend. So bittet Adorno seine Hörer in den Vorlesungen zur „Einleitung in die Soziologie", „ ... *nun diesen Begriff des Wesens nicht so aufzufassen, wie man ihn in dem engeren erkenntnistheoretischen Sinn versteht, nämlich als ein Ansichseiendes, rein Begriffliches, das gewissermaßen der Faktizität vorgängig [ist] und das in seiner Reinheit zu erkennen sein soll. Das Meiste dessen, was ich ihnen hier als wesentlich bezeichnet habe ... wäre logisch gesprochen nicht Wesen im Sinn einzelner Begriffe, sondern vielmehr Wesen im Sinn einzelner Gesetzlichkeiten, die sich geltend machen und die für die Gesamtgesellschaft und für das Schicksal der Individuen in ihr relevant sind."* (ebd., S. 47) Dabei kann sich das Wesen der Gesellschaft nur ausdrücken, indem es erscheint. Es findet seine Wirklichkeit nur in seinen Erscheinungen. Es muß erscheinen, um überhaupt sein zu können. In diesen Erscheinungen drückt es sich stets aber nur vermittelt aus, es erscheint nicht unmittelbar, sondern nur vermittelt oder auch: verschleiert. Dennoch treibt es ständig dazu, zu erscheinen. Wesen und Erscheinung bilden eine dialektische Einheit – sie zerfällt in zwei sich gegenseitig bedingende, wechselseitig sich ausschließende und ineinander enthaltene Momente. Wesen und Erscheinung gibt es überhaupt nur in ihrem Auseinanderfallen, welches zugleich ihre dialektische Einheit bildet.

Das Wesentliche an der Gesellschaft begreift Adorno als die objektiven Bewegungsgesetze. Objektiv sind sie insofern, als sie ähnlich einem Schicksal über die Köpfe der Individuen hinwegrollen. So referierte Adorno in den oben genannten Vorlesungen zur „Einleitung in die Soziologie": *„... wesentlich sind die objektiven Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die über das Schicksal der Menschen entscheiden, die ihr Verhängnis sind ..."* (ebd., S. 42).

Dabei sind sie dennoch von den Menschen selbst hervorgebracht, ohne daß diese das wissen. *„Sie wissen es nicht, aber sie tun es"*, schreibt Marx im „Kapital" Bd. 1 (MEW Bd. 23, S. 88). Oder, so Adorno, eine andere Stelle bei Marx zitierend, in der „Negativen Dialektik": *„Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; aber nicht aus freien Stücken."*

Die Individuen selbst vollziehen die sie zur Gesellschaft vermittelnde Bewegung. Aber diese Bewegung verselbständigt sich, tritt ihnen als etwas ihnen Fremdes gegenüber und erscheint dann als etwas Ansichseiendes, Unwandelbares, Natürliches, Ewiges. Die Gesellschaft als von den Menschen selbst zustande gebrachte erscheint ihnen damit nicht als Eigenschöpfung und fällt so in Wesen und Erscheinung auseinander. Gesellschaft erscheint, und zwar wesensgemäß, anders, als sie in Wirklichkeit ist. Und dieser von ihrem Wesen abweichende Schein gehört zu ihrem Wesen; d. h., er ist ihr wesentlich: weil sich die von den Menschen selbst hervorgebrachte Vermittlung ihnen gegenüber verselbständigt, erscheint sie ihnen als etwas ontologisch Vorausgesetztes. So schreibt Adorno, daß *„... auch diese Abweichungen zwischen Wesen und Erscheinung ihrerseits aus dem Wesen zu begreifen ..."* sind (Einleitung in die Soziologie, S. 46), bzw., bezüglich der „objektiven Bewegungsgesetze" der Gesellschaft, daß diese nur so weit gültig sind, *„... wie sie tatsächlich in sozialen Phänomenen sich ausdrücken, und nicht, wenn sie im Sinn einer bloß deduktiven Ableitung aus reinen Begriffen ... sich erschöpfen"* (ebd., S. 42).

Dieser Schein kann also nicht als eine pure Einbildung der Individuen abgetan werden, nicht als etwas, worüber sie aufgeklärt werden können, nicht als etwas, was sie sich bei ausreichend hoher Bildung aus dem Kopf schlagen könnten. Da der Schein Moment des Wesens der Gesellschaft ist, ist er dem einzelnen Individuum vorausgesetzt. Marx spricht diesbezüglich in seiner Behandlung des den Waren anklebenden Fetischismus von einem wahren Schein falscher Verhältnisse. *„Den letzteren [den Produzenten] erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen als das, was sie sind, d. h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen."* (Karl Marx: Kapital 1, MEW Bd. 23, S. 87) Zwar verschleiert sich das Wesen den Betrachtenden; aber in dieser Verschleierung drückt sich gerade das Wesen aus. Die Verschleierung ist nicht etwas, was man einfach

wegwischen könnte. Adorno spricht von der Warengesellschaft als von einer realen Abstraktion: es handelt sich beim Tausch, der nach Adorno die Gesellschaft hervorbringt, nicht um eine reine Denkabstraktion in den Köpfen der Individuen, sondern um eine allem Denken und Handeln sämtlicher Menschen in der Warengesellschaft vorausgesetzte Real-Abstraktion, die sich laut Adorno im Tausch vollzieht. Es seien die alltäglichen Tauschhandlungen, die ebenjene dem Denken und Handeln der Menschen vorausgesetzte objektive Struktur konstituieren.

Je umfassender sich diese Gesellschaft entfaltet, je mehr sie tatsächlich alle Bereiche des Lebens, alle Individuen und alle Gegenden der Welt durchdringt, desto geringer wird die Möglichkeit, sie als ein Entstandenes und Gewordenes zu durchschauen, desto mehr erscheint sie einfach natürlich vorgegeben. Immer mehr gewinnt die laut Adorno über den Tausch sich vollziehende Vermittlung unmittelbare substanzielle Realität, indem sie direkt und existenziell in den Lebensvollzug einzelner Menschen eingreift. Sie sind völlig von diesem Prozeß abhängig und müssen im Extremfall, wie etwa der letzten Finanzkrise in Argentinien, vor prall gefüllten Läden darben. Selbst eine derartige gesellschaftliche Katastrophe bricht über die Menschen ähnlich wie ein Erdbeben, also wie eine Naturkatastrophe, herein. Die Wirtschafts- und Finanzkrise erscheint als etwas nicht Verhinderbares, ähnlich einer Naturkatastrophe, als etwas, was unabhängig vom eigenen Handeln die Menschen überflutet. In Wirklichkeit ist freilich eine Wirtschaftskrise Produkt menschlichen Handelns. Aber daß sie als Naturkatastrophe wahrgenommen wird, ist ihr nicht äußerlich bzw. ist nicht der Unwissenheit der Menschen über ökonomische Gesetze geschuldet. Sondern diese Katastrophen vollziehen sich, obwohl sie von Menschen hervorgebracht wurden, tatsächlich über ihre Köpfe hinweg. Sie scheinen zu Recht unbeeinflußbar. Es handelt sich gewissermaßen um gesellschaftliche Naturkatastrophen.

7. Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W.: Einleitung in die Soziologie (1968), Frankfurt a. M. 1993

Adorno, Theodor W.: Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit (1964/65), Frankfurt a. M. 2001

Adorno, Theodor W.: Die revidierte Psychoanalyse, in: Soziologische Schriften 1/GS 8

Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, in: GS 6

Adorno, Theodor W./ Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung, Philosophische Fragmente, GS 3

Benjamin, Walter: Kapitalismus als Religion, in: derselbe, Gesammelte Schriften, hrsg. v. Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Band VI, Frankkfurt a. M. 1985

Haug, Frigga: Knabenspiele und Menschheitsarbeit, Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse, in: dieselbe: Frauen-Politiken, Berlin 1996, S.125 ff.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, Stuttgart 1927

Kurz, Robert: Abstrakte Arbeit und Sozialismus, Zur marxschen Werttheorie und ihrer Geschichte, in: Marxistische Kritik 4, Dezember 1987

Marx, Karl: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals, MEW Bd.23

Marx, Karl: Das Kapital (Urfassung von 1867), Hildesheim 1984

Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13

Samuelson, Paul A./Nordhaus, William D.: Volkswirtschaftslehre, Wien/Frankfurt a. M.1998

Sohn-Rethel, Alfred: Das Geld, die bare Münze des Apriori, Berlin 1990

Türcke, Christoph: Vermittlung als Gott, Kritik des Didaktik-Kults, Lüneburg 1994










Text: Alexandra Klei; Bilder: Nine Jane

Gern besuchte Orte

Ein Denkmal zur Erinnerung an sechs Millionen ermordete Juden als Inszenierung des öffentlichen Raumes

Mit der Eröffnung des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas" am 10. Mai 2005 endete die Geschichte einer seit 17 Jahren andauernden Diskussion, die sich immer auch mit der Frage beschäftigte, wie und in welcher Form der Vernichtung von 6 Millionen Menschen zu gedenken sei. Verdrängt wurden alle Auseinandersetzungen, politischen oder gesellschaftlichen Diskussionen seit diesem Tag von der Frage, ob und inwieweit es möglich, schön, angebracht oder zu verhindern sei, dass sich das Stelenfeld des amerikanischen Architekten Peter Eisenman in einen innerstädtischen Spielplatz verwandelt. Diese Form der Aneignung eines öffentlichen Raumes scheint seiner eigentlichen Funktion als Denkmal diametral entgegen zu stehen. Damit wirft sie die Frage auf, inwieweit der derzeitige Gebrauch des Ortes in seiner Konzeption, Rezeption oder Gestaltung bereits angelegt ist.

Das Denkmal und der Platz

Das neue Denkmal befindet sich in Berlins neuer Mitte, zwischen dem Potsdamer Platz als Inszenierung eines urbanen Raumes, dem Tiergarten als innerstädtischer Parkanlage und dem Pariser Platz mit dem Brandenburger Tor. Diese zentrale Lage ist bereits ein Symbol für seine Bedeutung innerhalb der deutschen Erinnerungskultur. Die 2711 Betonstelen des Denkmales – mit Höhen zwischen 0,2 bis 4,7 Metern – auf einem unregelmäßig abgesenkten Gelände definieren einen städtischen Raum von ca. 19.000 qm. Der Ort ist von allen Seiten begehbar, besitzt keinen definierten Ein- oder Ausgang.

Der Platz lädt – gerade jetzt in den Sommermonaten – zum Verweilen ein. Er ist die in Beton gegossene Übersetzung und Weiterführung der Natur des angrenzenden Parks. Die Bäume zwischen den Stelen an der Ebertstraße schaffen darüber hinaus einen sanften Übergang, eine Verbindung beider Orte. Die drei verbleibenden Seiten des Denkmals sind dagegen klarer formuliert. Hier treffen sie auf Stadt in unterschiedlichen Funktionen: Wohnen, Arbeiten, Gastronomie, Verkehr. Die Häuser und Straßen schaffen eindeutige Kanten, der Platz wird so definiert und begrenzt. Auch dadurch erscheint er kompakt, als eine in sich geschlossene Einheit. Dabei ist er gleichzeitig in seiner Ausdehnung und Struktur überschaubar und bietet in seiner Größe trotzdem die Möglichkeit der eigenen Annäherung, welche die Chance in sich birgt, neues, unverhofftes zu entdecken und zu erleben. Dem Architekten, der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas" und der rot-grünen Bundesregierung, die 1999 mit einer Entscheidung für den Entwurf

Eisenmans die Umsetzung ermöglichte, ist es gelungen, einen Platz zu schaffen, der angenommen, besucht, genutzt und mit Leben erfüllt wird. Er fordert und fördert das Interesse und die Kreativität der Besuchenden. Dass dies im öffentlichen Raum keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt ein kurzer Vergleich mit dem nahen Pariser Platz: außer den zahlreichen Touristen, die das Brandenburger Tor fotografieren, lassen sich kaum andere Aktivitäten beobachten. Der Ort ist, ohne Frage, ein städtebaulicher Erfolg.

Es ist nicht nur möglich, die Stelen als Rastplatz, zur Entspannung oder zum schlichten Verweilen zwischen dem Besuch touristischer Attraktionen zu nutzen. Die 0,95 Meter schmalen Gänge laden ein, den Ort zu betreten, zu durchschreiten. Wie in einem Labyrinth kann man sich von der Gruppe zu trennen um sie an einem entfernten Punkt wieder zu treffen. Wer es etwas heiterer oder ausgelassener mag, kann das Innere des Ortes auch für Versteck- oder Fangspiele nutzen. Für Menschen mit sportlichem Ehrgeiz ist es möglich, zu klettern, zu springen, den höchsten Punkt für eine Aussicht zu nutzen. KünstlerInnen können hier unterschiedliche Licht- und Raumsituationen mit dem Stift oder der Kamera einfangen und festhalten. Eisverkäufer fügen dem Platz eine weitere wichtige städtische Funktion hinzu: Handel mit der Chance auf Genuss und Konsum.

Die jahrelangen Diskussionen haben außerdem das Interesse der Öffentlichkeit an dem Ort geweckt. Der Platz ist ein Ereignis. Als solches wird er wahrgenommen, besucht und diskutiert.

Der Platz und das Denkmal

Der Platz ist ein Denkmal. Jeder der ihn besucht, weiß, dass er der Erinnerung an sechs Millionen Juden in Europa dient, die von den Deutschen vernichtet wurden. Seine Funktion als Erinnerungsstätte für Tote steht so in einem offensichtlichen Widerspruch zu seiner Aneignung und Nutzung.[1] Damit werden wesentliche Fragen deutlich: Wieviel und welche Informationen sind nötig, um einen Ort – im besonderen einen der gestalteten Erinnerung – in seiner Funktion zu bestimmen und auf diese Weise Reaktionen zu produzieren, die dem Gegenstand in seiner Bedeutung verbunden sind? Derzeitige Rezeption und Nutzung lassen einige wesentliche Aspekte und Probleme deutscher Erinnerungs- oder Gedenkkultur erkennen.

Das Denkmal – das zeigt schon sein Titel - konzentriert sich auf die Opfer, ihnen und ihrem Schicksal soll an diesem Ort erinnert werden. Vor dem Hintergrund, dass die Shoa von den Deutschen geplant, organisiert und durchgeführt wurde, ist mit Salomon Korn von einer „geteilten Erinnerung" zu sprechen: Während die Juden um den Verlust ihnen nah stehender Personen, der Vernichtung ihrer Angehörigen, Gemeinschaften, Kulturen etc. trauern, muss „ein Gedenken der 'Täter-Nachfahren' an die Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes immer auch die Erinnerung an Verbrechen des eigenen Volkes sowie Fragen nach deren Ursachen und Folgen einschließen".[2] Dies bedeutet für eine gestaltete Erinnerung in Deutschland, dass sie nicht losgelöst nur den Opfern erinnern kann. Sie muss sich mit der Tat als Bestandteil der eigenen Geschichte auseinandersetzen, mit ihren Ursachen, Verantwortlichkeiten, Handlungen, Kontinuitäten. Ein Ausblenden der Täter verschleiert oder verleugnet die Hintergründe, die Täter und Taten der Vernichtung. Die Distanz der Täter-Nachkommen an diesem Ort, die Unfähigkeit der Annäherung einer Erinnerung an sechs Millionen ermordete Juden wird so auch in seiner derzeitigen Nutzung verdeutlicht. Der Ort zwingt nicht zu einer Auseinandersetzung mit deutscher Tat und Verantwortung, er legt sie nicht einmal als Möglichkeit nah.

Statt dessen wird sich allein auf eine „Opferperspektive" konzentriert. Um dies zu erreichen und sich dabei nicht nur auf die Aussage des Titels oder des Stelenfeldes zu verlassen, wurde zusätzlich ein unterirdischer „Ort der Information" gebaut. Statt Zahlen oder Fakten werden Einzelschicksale in Form von Namen, Briefen, Bildern, Andenken präsentiert. Die Erinnerung an sechs Millionen ermordete Männer, Frauen und Kinder wird auf wenige einzelne Schicksale reduziert. Die fabrikmäßig durchgeführte Vernichtung wird mit Hilfe weniger Beispiele individualisiert. Darüber hinaus wird suggeriert, eine Annäherung , eine Kenntnis der Gefühle und Ängste der Opfer wäre nicht nur möglich, sondern würde darüber hinaus einen Zugang zu den Ausmaßen, Bedeutung und der Wirklichkeit der Vernichtung schaffen. Gleichzeitig wird



[1] Der Architekt Peter Eisenman hat bereits lange vor der Eröffnung immer wieder darauf hingewiesen, dass es seiner Meinung nach möglich, offen und wünschenswert ist, den Ort auf unterschiedliche Weise zu nutzen und zu gebrauchen. Leider kann ich an dieser Stelle nicht auf jede Äußerung des Architekten zu seinem Entwurf eingehen, auch wenn sich meiner Meinung nach bereits daraus die Anknüpfungspunkte für seine heutige Rezeption und Funktion ergeben würden.

[2] Salomon Korn, Geteilte Erinnerung, zweite, erweitere und aktualisierte Auflage, Berlin 2001, S.106.

die Einheit aus „Ort der Information" und Denkmal gleichberechtigt und einer scheinbar identischen Aussage neben die israelische Gedenkstätte Yad Vashem und das United States Holocaust Museum in Washington gestellt. Die unterschiedlichen Funktionen und Erinnerungskontexte der jeweiligen Gesellschaften – in Deutschland und Israel sollten sich diese diametral entgegen stehen – werden ausgeblendet und so geleugnet.

Die abstrakte Gestaltung des Denkmalentwurfes von Peter Eisenman produzierte von Beginn an unterschiedliche Bilder und Assoziationen: Gräber, Grabsteine, wogendes Getreidefeld, steinernes Meer, Labyrinth rechter Winkel. Die Versuche einer Deutung stellten darüber hinaus immer auch das eigene Erleben des Besuchers in den Mittelpunkt. Die gestalterische Idee, eine Vereinzelung zu fördern, die dem Durchschreitenden eine Vorstellung von den Gedanken, Gefühlen oder Ängsten der Gefangenen in den Konzentrations- oder Vernichtungslagern geben[3] könnte, führt dabei zunächst in aller erster Linie zu einer Verkitschung der Erinnerung an die ermordeten Juden. Die Vorstellung, irgendeine Erfahrung, ein Gedanke der Ermordeten oder Überlebenden sei als körperliches Erlebnis auf nachfolgende Generationen übertragbar, trägt zu einer Verharmlosung der deutschen Verbrechen bei. Ihr als Emotion und Erlebnis verkaufter Informationsgehalt – so „fühlten" sich die Ermordeten – verwandelt die nicht-darstellbare Erfahrung der Vernichtung in ein jederzeit beliebig produzierbares Event.

Diese bereits im Vorfeld thematisierte eigene – körperliche und emotionale – mögliche Erfahrung provoziert das Interesse des Besuchers, es selbst ausprobieren zu wollen, es selbst „erfahren" zu können. Sich in den Raum zu begeben, um zu herauszufinden, ob sich das versprochene „Gefühl" einstellt, wird ein Happening. Es steht über dem Gedenken als Gegenstand des Ortes. Die eigene Erfahrung ist wesentlicher. Sie hat nichts mehr mit einer möglichen Intention oder Bedeutung des Ortes zu tun und ist gleichzeitig Spiegel des Zustandes deutscher Erinnerungskultur.

So ist festzustellen, dass die Deutschen ihr Denkmal gefunden, an welches sie gern gehen (Gerhard Schröder) und verdeutlichen, dass die Vernichtung der europäischen Juden immer noch für eine erfolgreiche Inszenierung des öffentlichen Raumes gut ist. Es ist anzunehmen, dass ein Denkmal, welches die deutsche Täterschaft mitgedacht und gestaltet hätte, andere Reaktionen produzieren würde.



[3] An dieser Stelle nur ein Beitrag beispielhaft für diese Argumentation angeführt werden: „Eisenman möchte, dass man sich hier daran erinnert, wie es ist, alleine zu sein in der Zeit und im Raum.‚Ich habe mit Menschen gesprochen, die in Auschwitz waren und dort gesehen haben, wie ihre Eltern weggebracht wurden. Sie fühlten sich verlassen und ausgestoßen aus der Welt, jenseits jeder Art von Erklärbarkeit. Wenn Sie hier zwischen den Stelen gehen, soll das so ein Gefühl hervorrufen.'", Vgl. Nikolaus Bernau, Die Sprache nach dem Holocaust, in: Berliner Zeitung, 18.8.2003.

Mark Schneider

Wo Praxisfetischisten die Szene dirigieren

Eine Kritik an der Broschüre „Wo Multikultis das Land regieren"

Die im April 2005 durch das *Bahamas*-Umfeld herausgegebene Broschüre „Wo Multikultus das Land regieren"[1] ist in der Leipzig Szene ein Verkaufsschlager. Keine andere Broschüre hat sich in den letzten Jahren in so großer Anzahl verkauft. Die meisten KäuferInnen mögen bei 2,50 Euro das Preis-Leistungsverhältnis ganz in Ordnung gefunden haben – ich mag jedoch nicht mal mein kostenloses Rezensionsexemplar behalten.

Die Broschüre taugt nur für einen Zweck: Wer eine schlagkräftige antideutsche Bewegung aus dem Boden stampfen will, die sich nicht zu lange mit der Theorie abplagen, sondern gleich zur Praxis übergehen soll, mag diese Sammlung altbackener Texte für propagandistisch wertvoll halten; wer eine Herde parolengestählter Schafe heranzüchten will, wird diese Broschüre wie eine Hormonspritze zu schätzen wissen; wer eine Bürgerinitiative, wahlweise Bürgerwehr, gründen will, die sich gegen die Vertreibungen deutscher Linker aus den „billigen Wohnungen in Neukölln" durch die islamistische Gefahr (S. 4) und für den ungehinderten Blick von Migrantenkids in deutsche V-Ausschnitte (S. 5) engagiert, mag einige Zitate der Broschüre gern in die eigene Vereinssatzung übernehmen.

Nicht, dass ich gegen einen solchen Verwendungszweck abgeneigt sei. Ganz im Gegenteil! Es ist außerordentlich verdienstvoll, was die *Bahamas* zur Zertrümmerung linker Gewissheiten und zur Aufklärung über den Islam geleistet hat – und das ist nicht ironisch gemeint. Eine antideutsche Bewegung, die dumme Parolen drischt, ist mir tausend Mal lieber, als der große Rest der anti-antideutschen Bewegung.[2] Die Demonstration „Gegen den antizionistischen Konsens – Schluss mit der antisemitischen Gewalt in Kreuzberg und Neukölln" am 10. Juli 2004[3] war eine richtige Intervention. Insofern ist diese Broschüre ein Beitrag dazu. Soweit so gut. Die Frage ist nun: Ist sie ein notwendiger und sinnvoller Beitrag für eine antideutsche Bewegung?

Notwendig ist der Broschüre – außer für den oben genannten Grund – nicht. Die meisten Texte wurden schon anderweitig (z. B. in der *Bahamas*) veröffentlicht. Aber auch die exklusiv für die Broschüre verfassten Texte bieten nichts Neues. Sie sind vielmehr ein billiger und schlechter Abklatsch bestehender Texte. Mag man einige der Originale dank ihrer ausführlichen Begründungen und erfrischenden Polemik noch mit Gewinn lesen, stellt sich beim Durchblättern der Broschüre nur gähnende Langweile und Genervtheit aufgrund der selbstverliebten Besserwisserei ein. Wer sich wirklich informieren will, erfährt in der *Bahamas*[4] und *iz3w*[5], bei *Memri*[6] oder Matthias Küntzel[7], aber selbst bei bürgerlichen und staatstragenden Organisationen wie *terre des femmes*[8] oder dem *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland*[9] nicht nur dummdreiste Parolen, sondern sachkundige Hintergründe und spannende Analysen.

Sinnvoll ist die Broschüre ebenfalls nicht, weil sie das Ziel einer Broschüre – verstreute Texte zu sammeln, verschiedene Diskussionsstränge gegenüberzustellen, Analysen zu vertiefen oder einen Überblick über den Stand der Debatte zu liefern – völlig verfehlt. Im Gegenteil: Ohne Konzept wurden ein paar vorhandene Texte, die alle die verbohrte *Bahamas*-Strömung repräsentieren, auf den primitivsten gemeinsamen Nenner gekürzt, anschließend angereichert mit einer Sendung vom *Deutschlandfunk*, gewürzt mit den altbekannten Pöbeleien gegen AntirassistInnen und sonstige Linke und halbgar serviert. Wer sich also im Uniseminar oder am Stammtisch nicht völlig blamieren will, plappere nicht einfach nach, was in der Broschüre ohne weitere Begründung geschrieben steht; z.B. Michel Foucault sei der „Theoretiker der [islamistischen] Regression" (S. 33), sondern lese lieber gleich die Original-Artikel, die dankenswerter Weise in den Quellenangaben genannt werden.[10]

Dass die Broschüre ein gedankenloser Schnellschuss ist, enthüllt schon die äußere Form. Ich habe noch nie zuvor eine Broschüre in der Hand gehalten, deren ErstellerInnen – aus Faulheit und Schludrigkeit – gegen so viele Regeln von Typographie, Orthographie und Layout verstoßen haben, wie bei dieser; obwohl doch gerade die MacherInnen beständig die Fortschritte der westlichen Zivilisation (zu der nun einmal die Buchkunst gehört) anpreisen. Da ist wahrlich jedes Punker-Fanzine fehlerfreier und mit mehr Liebe gestaltet.

Der Ärger fängt schon mit der Einleitung an. Ein Frauenanteil von knapp über 50% bei den AutorInnen der Broschüre wird penetrant herausgestellt – um im Anschluss gleich zu betonen, dass man sich aber partout nicht als feministisch (und schon gar nicht als links) versteht. Den Feministinnen in ihrer Mehrheit wird vorgeworfen, „vor patriarchaler Gewalt in der Familie" statt islamischen Ehrvorstellungen zu warnen und „den spezifisch islamischen Terror gegen Frauen in einem allgemeinen patriarchalen Nebel verschwinden zu lassen" (S. 4).

Das Gegenteil ist richtig: Die Feministinnen waren vor 2001 die einzige gesellschaftlich wahrnehmbare Kraft, die sich überhaupt mit den spezifischen Gefahren des Islamismus für Frauen auseinandergesetzt haben – von bürgerlichen Frauenzeitschriften wie *Brigitte* und *Emma*[11] über Frauenhäuser und deutsch-migrantische Frauengruppen bis hin zu linken Zeit-

[1] Hrsg. von: Antideutsche Autorengruppe, 42 Seiten, Bestellung: islambroschuere@web.de, Beiträge von: Irene Lehmann, Natascha Wilting, Claudia Dreier, Sören Pünjer, Philipp Lenhard, Berliner Bündnis gegen IG Farben/ gruppe offene rechnungen, Horst van Houweninge, Esther Marian

[2] Vgl.: Mark Schneider: Die Antideutschen und die Radikale Linke, in: incipito 17/2005, S. 42-48

[3] www.redaktion-bahamas.org/aktuell/10-7-04-Beitraege.htm

[4] www.redaktion-bahamas.org

[5] www.iz3w.org

[6] www.memri.de

[7] www.matthiaskuentzel.de

[8] www.terre-des-femmes.de (z.B. terre des femmes: Zwangsheirat. Lebenslänglich für die Ehre, 2002)

[9] www.lsvd.de (z.B. LSVD: Muslime unter dem Regenbogen. Homosexualität, Migration und Islam, Querverlag: 2004)

[10] Tjark Kunstreich: Lust an der Unfreiheit. Über Foucaults Flirt mit dem Islam, in: Konkret 08/2004. (Schon die jeweilige Überschrift – „Theoretiker der Regression" hier, „Flirt" da – legt den Unterschied nahe, der in den Texten dann weiter entfaltet wird.)

[11] Am bekanntesten dürfte das umstrittene Emma-Dossier vom Juli/August 1993 sein, in dem schon damals Alice Schwarzer den Islamismus als eine Form des Faschismus geißelte. Vgl.: Sven Hansen: Schwesternstreit um Emmas anti-islamischen Kreuzzug, in: iz3w 196/1994

schriften wie *beiträge zur feministischen theorie und praxis*[12] oder sogar der *radikal*[13]. Sie tun es bis heute. Und sie taten dies schon zu einem Zeitpunkt, als man auf der *Bahamas* noch der Meinung war, das Patriarchat wäre ein Auslaufmodell – und der Umgang der linken Szene mit Vergewaltigungsvorwürfen gleiche dem Verfahren der lustfeindlichen kirchlichen Inquisition im Mittelalter.[14] Die feministischen Warnungen vor den Gefahren des Islam wurden damals von antideutschen Linken (z.B. in der *Bahamas*) als rassistisch und kolonialistisch gebrandmarkt.[15] Und plötzlich soll es diese feministische Kritik am Islam nicht mehr gegeben haben? Nur weil es einige Frauen gewagt haben, nach dem „Ehren"mord an Hatun Sürücü in Berlin *auch* gegen „patriarchale Gewalt in der Familie" auf die Straße zu gehen...[16]

Da die AutorInnen aber keine Stellvertreterbewegung für Frauen und Homosexuelle initiieren wollen – denn dies ist als linkes Prinzip absolut verpönt – und wissen, dass die anvisierten MitläuferInnen dann doch größtenteils männlich und nicht schwul sind, frönt man in der Einleitung dem autonomen Credo von der Politik der ersten Person auf eine sehr eigensinnige Weise. Denn man selbst sei höchstpersönlich von „zunächst nur Belästigung[en betroffen], Belästigung aber immerhin schon insoweit, dass vor allem unsere Freundinnen und zunehmend auch unsere Freunde die billige Wohnung in Neukölln verlassen, weil die Sonnenallee nicht unbedingt das Pflaster ist, auf dem man sich täglich bewegen will. ... Sage also keiner, unsere Kritik am Islam sei nicht auch aus höchst eigennützigen Motiven geschrieben worden." Tja, Deutschland könnte wirklich so schön sein, gäbe es da nicht die No-go-areas in Berlin für Deutsche. Ein Umstand, den auch der Antideutschen-Hasser Wolfgang Pohrt und die NPD bekämpfen.

Die Broschüre krankt auf weiten Strecken daran, dass das, was sie beschreibt und analysiert, zwar nicht unbedingt falsch ist, es aber zu oberflächlich oder gar nicht begründet wird. Außerdem begehen die AutorInnen – bewusst oder unbewusst? – den Fehler, bei ihrer Fokusierung auf den Islamismus alle anderen Erklärungsmodelle für barbarische Verhältnisse in den migrantischen Communities zu ignorieren oder gar zu leugnen. Sie fallen damit weit hinter die Erkenntnisse des deutschen Mainstreams zurück. Während inzwischen sogar die ARD über den ideologischen Anteil der Deutschen am weltweiten Djihad berichtet[17] und die linke Publizistik viel lesenswertes zu diesem Thema zu bieten hat[18], erfährt man in der Broschüre der Hardcore-Antideutschen nichts böses über die Deutschen (maximal über deutsche AntirassistInnen), dafür umso mehr über das Stillverhalten von Säuglingen im arabischen Raum und andere psychoanalytischen Horrorgeschichten über anale, orale und genitale Phasen (S. 9-13) im Stile der deutschen Kolonialliteratur aus dem 19. Jahrhundert. Und das zu allem Überdruss noch von einer Autorin, die auf der oben schon erwähnten Demonstration in Berlin ihre geistige Nähe zur Homophobie und dem Geschlechterdualismus der Islamisten verriet: „Das leichte Spiel der Körper, dessen Reiz gerade darin liegt, sich als Verschiedene, als Mann und Frau gegenüberzutreten und eben auch mittels der Kleidung die Unterschiede zum anderen Geschlecht spielerisch zu betonen, ist eins, an dem sich nur wenige beteiligen mögen."[19] – z.B. eben die Homosexuellen nicht, die sonst immer als Argument herhalten müssen.

Die alte antideutsche Erkenntnis, dass Antisemitismus, Rassismus und die patriarchale Sexualmoral wenig mit ihren religiösen Wurzeln zu tun hat, dafür um so mehr mit der Entfaltung der kapitalistischen Moderne, von der der „zivilisierte Westen" und der arabischer Raum gleichermaßen, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten und unter verschiedenen Umständen betroffen waren, scheint den AutorInnen der Broschüre nicht mehr geläufig zu sein. Die Tatsache, dass meine Oma die gleiche Erziehung genossen hat[20], wie heute die Kids, die in einem islamistischen Milieu aufwachsen, entschuldigt weder die damaligen noch die heutigen Verhältnisse, schärft aber vielleicht den Blick für die Ursachen und hilft, den arroganten Ton – unsere deutschen Mütter haben den Minirock erfunden und unsere deutschen Väter eine säkulare FDGO geschaffen – etwas abzumildern. Ergänzend zur richtigen Kritik am islamistischen Frauenbild, welches so gern von der *Bahamas* angeführt wird, ist doch zu erwähnen, dass erstens sich dies vom deutschen Frauenbild vor 100 Jahren kaum unterscheidet (was die Broschüre verschweigt), zweitens Kids, die hier aufwachsen, auch maßgeblich vom deutschen Frauenbild geprägt sind und deswegen von einer produktiven Synthese von deutschem und arabischem Patriarchat auszugehen ist (die Broschüre redet an dieser Stelle nur von der linken Schützenhilfe qua Multi-Kulti-Ideologie), und drittens die gesellschaftliche und ökonomische Marginalisierung von MigrantInnen regressive Erscheinungen befördert (laut Broschüre sind die islamistischen Parallelgesellschaften selbstverschuldet und würden höchstens durch die antirassistischen „professionellen Unmenschen" (S. 4) befördert – während der Staat wohlwollende Integrationsangebote mache und die deutsche Gesellschaft weder rassistisch noch islamophob sei).

Dabei verhält es sich doch so, dass das, was ein Broschürenautor als legitime „staatliche Regulierung von Zuwanderung" durch den deutschen Staat kennzeichnete, die nicht rassistisch sei[21], sich als die „Kollaboration" (S. 4) mit dem Islamismus entpuppt, die den Antiras von *Bahamas*-Seite permanent unterstellt wird, die aber die einzigen sind, die genau diese „Kumpanei" (S. 4) seit Jahren anprangern. Ich zitiere aus einem Asylbescheid aus dem Jahr 1998, wie er ähnlich lautend fast täglich erlassen wird: „Die Taliban haben für ihren Machtbereich die Rückkehr zur muslimischen Kultur und damit eine

[12] z.B. Themenheft Fundamentalismus, 32/1992

[13] z.B. Frauen in Kurdistan – Rote Zora (ein Beitrag von Frauen), in: radikal 154/1996, S. 42-49

[14] Vgl.: Justus Wertmüller, Uli Krug: Infantile Inquisition, in: Bahamas 32/2000, S. 27-32

[15] z.B.: Gabriele Becker: Satire oder Zeitgeistaufmacher?, in: Bahamas 8/1992, S. 39-40; Anja Krüger: „Bäuerinnenfängerei", in: konkret 3/1999, S. 18-21. Beide Artikel beziehen sich auf die Berichterstattung der EMMA

[16] Die in Fussnote 7 erwähnte Broschüre „Zwangsheirat" von terre des femmes zeichnet ein differenziertes Bild über den Anteil von Patriarchat und Islam, das es plausibel macht, Patriarchat und Islam für frauenfeindliche Ehrvorstellungen verantwortlich zu machen

[17] Panorama am 12.05.05

[18] Wolfgang G. Schwanitz: Djihad „Made in Germany", in: Sozial.Geschichte 02/2003; ders.: Max von Oppenheim und der Heilige Krieg, in: Sozial.-Geschichte 03/2004; Matthias Küntzel: Bündnis des Grauens, in: Jungle World 49/2002; ders.: Djihad und Judenhaß, ca ira: 2002; ders.: Von Zeesen bis Beirut, in: Doron Rabinovici u.a. (Hrsg.): Neuer Antisemitismus?, Suhrkamp: 2004; ders.: Islamismus, Faschismus und NS, in: Phase 2, 15/2005

[19] Natascha Wilting: Kleiderordnung im Kiez, www.redaktion-bahamas.org/aktuell/10-7-04-Beitraege.htm#r6

Abkehr vom westlichen Verhaltensmuster beschlossen. Ein solches Vorgehen kann naturgemäß nicht ohne Unterdrückung und Gewaltanwendung gelingen. Daraus jedoch eine Verfolgung [...] abzuleiten, wäre verfehlt, da all diese Maßnahmen [...] die Allgemeinheit betreffen. Mag es auch zu Härtefällen kommen, so darf doch nicht übersehen werden, dass ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung nach diesen Verhaltensmustern lebt. [...] Die Taliban achten darauf, dass Frauen sich gemäß der Normen der traditionellen islamischen Gesellschaft verhalten und kleiden und im öffentlichen Leben äußerste Zurückhaltung üben. Halten sich Frauen an diese Vorgaben, sind sie jedenfalls keinen Gefahren ausgesetzt, die über das Maß der Gefährung hinausgehen, denen Frauen in Afghanistan allgemein ausgesetzt sind."[22] Für Homosexuelle, die vor Verfolgung im Herkunftsland in der BRD Asyl beantragen, gilt, dass ihr Antrag nur anerkannt wird, wenn eine Haftstrafe über 14 Jahre droht und die „Veranlagung" irreversibel ist – dies muss mit einem medizinischem Gutachten belegt werden![23] Auch eine Zwangsehe, die per Entführung der Frau durchgesetzt wird, gilt nicht als asylrelevant, da dies „ein von allen Religionsgruppen der Türkei geübter Brauch"[24] sei. In einem Punkt ist hier das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge aber sogar den AutorInnen der Broschüre voraus. Während sich letztere auf den Islam eingeschossen haben und alle eifrig den Koran studieren, hat das Bundesamt richtigerweise erkannt, dass die patriarchalen Sitten in der Türkei religionsübergreifend funktionieren, d.h. Christen und Moslems sich in nichts nachstehen. Auch die Lektüre von Rafik Schami[25] könnte den neuen IslamexpertInnen auf die Sprünge helfen. Der Roman beschreibt das Leben im christlichen Milieu Syriens und macht deutlich, dass die Moraleiferer sich zwar gern auf die Religion berufen, aber mit der Religion – so wie sie schriftlich in den Büchern der Propheten fixiert ist – nicht viel zu tun haben. Die arabischen Jugendlichen, die den antideutschen BilligwohnerInnen in Kreuzberg und Neukölln so unangenehm aufgefallen sind, stammen womöglich gar nicht aus einem islamischen, sondern einem stinknormalen christlichem Elternhaus.[26] Wer aber diese simple Wahrheit ausspricht, paktiert schon mit den „islamischen Faschismus" (S. 4).

Es ist ärgerlich, wenn behauptet wird, Michel Foucault, Frantz Fanon und Edward Said, deutsche AntirassistInnen und Feministinnen sowie die Suren 4 und 23 seien Schuld am Vormarsch des Islamismus (was ja auch eingeschränkt stimmen mag), um im gleichen Atemzug die deutschen Nahostpolitiker im Ersten Weltkrieg als Erfinder des Djihad, die Nazis als Exporteure des Antisemitismus in den arabischen Raum[27] und die Briten als die Lehrmeister in Sachen Homophobie[28], die europäische Kolonialpolitik oder die westliche Unterstützung des islamistischen Terrorismus im Kalten Krieg, die deutsche Asylpolitik und die deutsche Bevölkerung (die in ihrem sexistischen und rassistischen Weltbild mehr mit den Islamisten gemein hat als die Antira-Szene) von jeder Schuld implizit (durch Nichterwähnen) oder explizit freizusprechen. Die AutorInnen der Broschüre begehen den gleichen Fehler wie die Ex-Straßenkämpfer in Regierungsverantwortung, die glauben, heute mit Grass erstmals den deutschen Vertreibungs-„opfern" gedenken zu können. Richard Gebhardt schrieb in der *Jungle World* über diese: „Bezeichnend an dieser Einschätzung [es habe eine Überidentifikation und Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus gegeben] ist die darin manifest werdende Omnipotenzphantasie jenes Teils der Generation der 68er, der seine eigene Akademiker-Befindlichkeit mit der gesamtgesellschaftlichen Realität verwechselt. Schließlich war die philosemitische Emphase in der Bevölkerung so verbreitet wie antiautoritäre Kinderbetreuung in den Opelwerken oder Klezmermusik auf deutschen Schützenfesten."[29] Die Behauptung, Deutschland wäre das Multi-Kulti-Wunderland, welches durch zu viel Toleranz, statt zu viel Abschottung, antiwestliche Parallelgesellschaften produziere, ist kein Tabubruch, sondern deutscher Konsens. Der oft propagierte Abschied von der Linken hat bei den AutorInnen leider nicht dazu geführt, endlich mal damit aufzuhören, den eigenen linken Sumpf von früher für die gesamtgesellschaftliche Realität zu halten. Dies gilt hinsichtlich der Behauptung der Islamliebe der Deutschen sowie der Dichotomie zwischen deutschem und islamischen Frauenbild. Den Metropolenlinken sei für den Sommer ein kurzer Ausflug in ein Dorf in Sachsen vergönnt, wo sie erfahren könnten, dass die „modellhaft europäisch geprägte Familie", die der „modellhaft islamischen" gegenübergestellt wird (S. 5), dort so mustertypisch nicht existiert.



[20] So war es ihr (vor gerade mal 70 Jahren) z.B. strengstens verboten, Jungs beim Fußball zuzusehen – geschweige denn mitzuspielen, obwohl sie es beides liebend gern getan hätte. 30 Jahre später bestand die Sexualaufklärung meiner Oma gegenüber meiner Mutter darin, ihr zu suggerieren, vom Küssen könne man schwanger werden – weswegen dies gefälligst zu unterbleiben habe. Den Kopftuchzwang, den meine Oma noch unterlag, vererbte sie dankenswerter Weise nicht mehr an meine Mutter. Eine Beschneidung meiner Oma erübrigte sich, da ihre Erziehung ausreichend dafür sorgte, dass sie Zeit ihres Lebens nie sexuelle Lust empfand. Klitorisbeschneidungen waren aber auch in der westlichen Welt bis ins 20. Jahrhundert eine gängige Methode, weibliche Sexualität abzutöten. (Vgl.: Lizzie Pricken: Hottentottenschürzen und Tribadinnen, in: Gigi 30/2004, S. 16-19)

[21] Interview, in: T-34, Januar 2004, http://www.antifa-duisburg.de/s%F6ren.htm

[22] terre des femmes: Frauen in Afghanistan, 02, S. 81

[23] Sabine Herold: Wenn Frauen flüchten, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 63/2003, S. 132

[24] ebd., S. 133

[25] Rafik Schami: Die dunkle Seite der Liebe, Hanser: 2004

[26] Darauf weist auch Götz Nordbruch (Teuflische Feinde, in: Jungle World 49/2001, S. 15-18) hin, der deswegen vorschlägt, die antisemitischen Terrororganisationen nicht als islamisch, sondern als völkisch zu bezeichnen.

[27] Siehe Fußnote 17

[28] Georg Klauda: Globalizing Homophobia, in: Phase 2, 10/2003, S. 41-44

[29] Feiern wie die Sieger, 18/2005, S. 5

Marianne

Volksverhetzung auf Bewährung

Wegen Volksverhetzung, Verbreitung verfassungswidriger Propaganda, Verunglimpfung der BRD und Aufforderung zu Straftaten mussten sich Ende Mai/ Anfang Juni drei Männer vor dem Landgericht Dresden verantworten. Sie wurden beschuldigt, Produktion und Vertrieb der im Jahr 2000 erschienen Landser-CD „Ran an den Feind“ organisiert zu haben. An rund 190 Prozesstagen sollten u.a. Mitglieder der Neonazi-Band Landser, der Brandenburgische Spitzen-V-Mann Toni Stadler und der V-Mann des Bundesverfassungsschutzes Mirko Hesse aussagen. Nach nur 5 Prozesstagen erfolgte allerdings schon am 3. Juni die Verkündung des Urteils: Distanzierung von der Neonazi-Szene und ermittlungsbedingte Einschnitte ins Arbeitsleben reüssierten in Bewährungsstrafen zwischen 1 und knapp 2 Jahren.

Ausgeschieden

Nach den Landserprozessen 2003 in Berlin, dem Prozess gegen Mirko Hesse 2001 und gegen Jan Werner im April 2004 wurde nun ein weiteres Mal um die Strafbarkeit der Herstellung und Verbreitung von Neonazi-Musik gestritten. Die Anklage der Staatsanwaltschaft war umfassend: Die Musik von Landser knüpfe an Inhalte und Sprachgebrauch der NSDAP an. Damit mussten sich der Hauptangeklagte Jan W(erner)(30), Michael H(äse)(26) und Sebastian A(ndrä) (26) u.a. wegen der gemeinschaftlichen Herstellung und Vertrieb von Propagandamitteln, die das Gedenken an die NSDAP aufleben lassen und aufrechterhalten, verantworten. Zudem forderten die Liedtexten zur Schädigung von Personen auf, konkret wird zur Gewalt gegen die Macher der Wehrmachtsausstellung Hannes Heer und Jan Philip Reemtsma und den TV-Moderatoren Friedman aufgerufen. Denn gerade ihr grenzenloser Rassismus und Antisemitismus ließen die „Terroristen mit Gitarre“ (so das Selbstverständnis der Landser) zu Ikonen der rechten Szene werden.

Zwei weitere Beschuldigte wurden in den ersten Tagen schon vorzeitig vom Verfahren abgetrennt. Thomas S(tarke) (37), seit 1990 mehrmals vorbestraft wegen Brandstiftung im Alternativen Jugendzentrum Chemnitz, Körperverletzung und Landfriedensbruch, darf demnächst allein vor dem Richter erscheinen. Gegen Ralf M(arschner) (33) wurde das Verfahren vorläufig eingestellt, da er als Zwischenhändler nicht in die Produktion eingebunden war. Damit trägt auch seine Strategie, zu behaupten, die erhaltenen 200 CDs hätte er gar nicht bestellt und das geforderte Geld nicht übergeben, temporäre Früchte.

Schweinespur

Nachdem am Mittwoch, 1. Juni, der Landser-Sänger „Lunikoff“ Regener und der Bassist Möhricke ihre Zusammenarbeit mit Werner beschrieben, entschieden sich die 3 Angeklagten nach langem Schweigen zu einem umfangreichen Geständnis. Dabei gaben sie an, nach der Produktion der Landser-CD weder weitere Musikprojekte unterstützt zu haben noch Kontakte in die Neonazi-Szene zu pflegen. Sie vermittelten das Bild geläuterter jugendlicher Hitzköpfe, die auch keinen Wert darauf legen, beschlagnahmte Gegenstände oder 1800 DM zurückzufordern. Diese Kooperation gefiel Richter- wie Staatsanwaltschaft. Zudem hatte Werner durch mehrwöchige U-Haft schon Probleme mit seiner Arbeitsstelle bekommen. Und selbst wenn zumindest die Staatsanwältin vermehrt darauf gedrungen hatte, den Beschuldigten und Zeugen der Neonaziszene Bekenntnisse zum neonazistischen Inhalt ihrer Produktion zu entlocken, so lächelte sie während der Urteilsverkündung zufrieden. So wurde in einer Absprache aller Verfahrensbeteiligten für Werner eine Bewährungsstrafe von 1 Jahr und 8 Monaten, für die anderen jeweils 1 Jahr festgelegt. Damit verzichteten die VerteidigerInnen, unter ihnen erfahrene AnwältInnen aus den SSS-Verfahren, auch auf die Möglichkeit des Widerspruchs.

Produktionsbedingungen

Eine erste Schilderung der „Produktionsbedingungen“ hatte der vorzeitig ausgegliederte Beschuldigte S. geliefert. Im September 2000 übergab der Angeklagte Werner Starke ein Demotape von „Ran an den Feind“. Werner und Starke waren befreundet und hatten sogar die Idee, zusammen ein Ladengeschäft zu eröffnen. Starke wusste, dass Werner unter dem Label Movement Records von Chemnitz aus CDs produzierte und verkaufte, hatte selbst schon bestellt. Die beiden beauftragten den späteren V-Mann des Bundesverfassungsschutzes Mirko Hesse, 5000 Stück produzieren zu lassen. Im Oktober klärten Werner, Starke und Häse, dass sie sich um den konspirativen Vertrieb kümmern. Starke soll die Bestellungsaufnahme koordinieren, Häse und Andrä sind für Abholung, Verschicken und Geldeintreiben zuständig. S. bekam eine Liste mit 15-20 Telefonnummern ohne Namen; die meisten waren nicht erreichbar, einige wussten nicht, was er wollte, ein paar bestellten. An den Telefonnummern erkannte er verschiedene einschlägige Szene-Leute: Sven Schneider vom Label Hatesounds Borkwalde bestellte, Gunther Lotze vom Apache/Sachsen auch. An insgesamt 19 Interessenten ging ein Brief mit den Bestellbedingungen, unterzeichnet mit „Alles für Deutschland, Heil Hitler!“. S. selbst hätte aber

erst bei einer Vernehmung Einblick in den Brief bekommen. Die Lieferung sollte dann per Post erfolgen, die Bezahlung direkt.

Ende Oktober nimmt sich Mirko Hesse 250 CDs, der Rest geht an Starke. Markus Thielke (New Dawn/Anklam), Ingo Grönwald (Phoenix/Weimar), Stephan Neumann (Ravenstone/ Endzeitklänge) bestellen, auch Gunther Lotze (Apache/Sachsen) bestellt 1000, 200 gehen an Marschner, den 5. Angeklagten und Besitzer des Last Ressort Shop Zwickau.

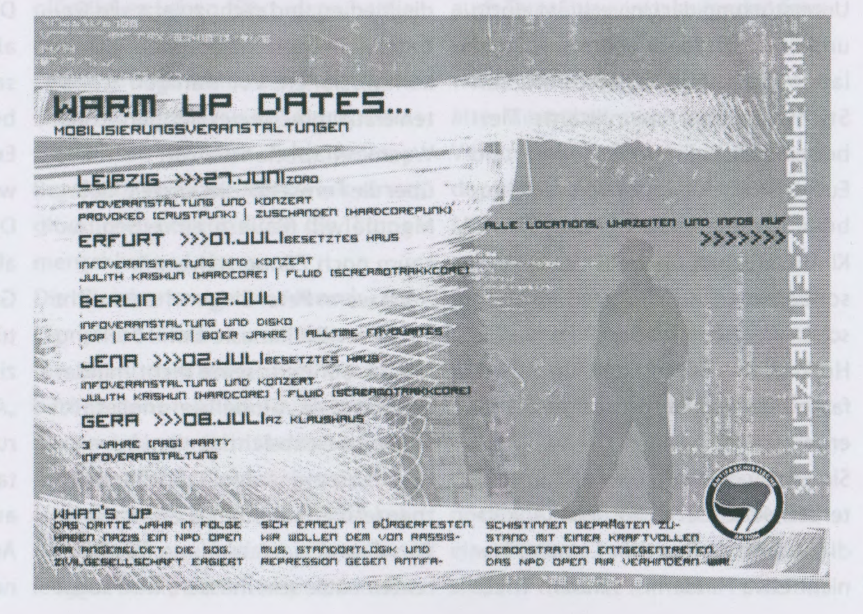
Die Geldübergabe erfolgt im November 2000 am Hermsdorfer Kreuz (Raststelle), um 9 früh kommen Sven Schneider und Thielke, eine Woche später Marschner, 17:30 auf der A7 Neumann. Eine umfangreiche Lieferung geht an einen tschechischen Großabnehmer. Mit der Bezahlung scheint es jedoch Probleme zu geben, einzelne wollen nur Teilbeträge zahlen, andere brauchen 15 Stunden um die 50 km zum vereinbarten Autobahntreffpunkt zurückzulegen. Außerdem kommt bei einigen EndverbraucherInnen die CD nicht im Ganzen an, das Booklet fehlt. So banal dieser Fakt ist, er bestätigt zumindest die Glaubwürdigkeit der Zeugenaussage, die dem unbekümmert drauflosplappernden Angeklagten S. auch kaum abzusprechen war. Der Bundesstaatsanwaltschaft ist genau solch eine Mangel-CD in die Hände geraten als sie im Begriff war ihre Strategie für die Landser-Ermittlungen festzuklopfen. Der damals involvierte Bundesstaatsanwalt Sigmund schilderte als erster Zeuge des Dresdner Verfahrens die Schwierigkeiten, den Landser-Prozess für ihren Sachbereich der Verfolgung von Propagandadelikten zurechtzuformen. Musikalische Gruppen wären normalerweise unter §130 StGB verfolgt, für diesen Landser-Prozess mit §129 „hätte man erstmal Neuland betreten müssen". Das war sicherlich für die derzeitigen Angeklagten ein zynischer Seitenhieb, den Sigmund engagiert so nicht abgezielt hatte.

Am Dienstag, 31. Mai, widmete man sich der schon im Landserprozess hinlänglich aufgetischten neonazistische Inhalte, dem corpus delicti „Ran an den Feind". Im kaum gebrochenen Schweigen saßen steif und starr die Verfahrensbeteiligten. Die Richterschaft blätterte synchron die Textmappe um, diverse VerteidigerInnen klemmten scheinbar bestürzt die Hand unters Kinn. Das verwundert, da einzelne in den letzten Jahren schon mit Mitgliedern der SSS vor demselben Richter saßen. Insofern bleibt auch ungeklärt, weshalb der Richter Wert darauf legte, die gesamte CD im glücklicherweise schlecht besuchten Gerichtssaal abzuspielen. Die Inhalte durften ihm bekannt gewesen sein. Er widmet sich ihnen auch nicht, viel mehr interessieren ihn die „Schweinespur" und andere Details der Aufnahmetechnik. Die Angeklagten wirkten während der gesamten Verhandlung meist unbeteiligt, außer H. und A., die sich ab und zu ermutigend zulächelten, war kein Blickkontakt wahrzunehmen.

Am Mittwoch, 1. Juni, erscheinen erstaunlich unscheinbar der Landser-Sänger „Lunikoff" Regener und der Bassist Möhricke. Beide im alten Vandalen-Stil immer noch rockig, obwohl sie nichts mehr mit der Szene zu tun haben wollen. Bei Möhricke liegt das an seiner selbstständigen Tischlerarbeit, die ihn wohl auch dazu zwingt, im Verlassen des Saals kumpelhaft ermutigend neben Werner auf die Verteidigerbank zu klopfen. Und Regeners Handschellen sprächen von allein, würde er nicht selbstbewusst Scherze in das faszinierte Publikum mehrerer Schulklassen und einer Hand voll Neonazihools aus der Sächsischen Schweiz werfen. Auch hier stiehlt ihm der Richter nicht die Show: Den obligatorischen Suff der Proben sähe man ihm gar nicht an, darauf R, die JVA böte ihm ja genug Zeit zur Entwöhnung. Ein Schmunzeln greift um sich. Erst als R , abwehrend, er hätte bei den Proben etwas anderes als Kauderwelsch gesungen, beispielsweise „Sieg Heil", frotzelt, da wäre ihm schon was besseres eingefallen, Shalom nämlich, wiehert das ganze Publikum. Der einzige Moment an diesem Tag.

Ende gut, alles gut?

Die Aussagen belasteten sowohl W., wie auch H. und A. immens, hinzu kamen Telefonüberwachung und Observation der Geldübergaben und Proben durch den Verfassungsschutz. Nach den Geständnissen genügten diese Fakten für eine juristische Verurteilung. Als eine kritische und klare Absage an rassistische und antisemitische Hetze von Neonazis taugt jedoch weder die mildtätig ausgesetzte Freiheitsstrafe, noch eine Verhandlungsführung, in der es interessanter ist, wie „Schweinespuren" hergestellt werden als ihre Spuren zu verfolgen.



Das folgende Flugblatt wurde auf einer Veranstaltung mit dem Euthanasiebefürworter Peter Singer verteilt. Er wurde am 29.Mai 2005 zum „Sonntagsgespräch" in die Universität Leipzig eingeladen, um über seine „Globalisierungsethik" zu referieren.

Initiative „Ivri Lider statt Peter Singer"

Ethik als Lizenz zum Töten

Schöner sterben mit Peter Singer

Das Leben eines Schimpansen habe „einen höheren Stellenwert" als das eines geistig behinderten Menschen. Schließlich kämen auch Hunden, Schweinen und Hühnern „höhere Fähigkeiten" als ihm zu. Daher seien bestimmte Tiere Personen, bestimmte behinderte Menschen aber nicht. Da nur Personen ein Recht auf Leben hätten, müsse man das Leben gewisser Tiere schützen, das behinderter Menschen aber bisweilen nicht. Man täte also behinderten Menschen keinen Harm, wenn man sie töten würde.

Diese Philosophie hat sich nicht ein Marquis de Sade erdacht, sondern sie stammt aus der Feder von Peter Singer. Er wurde von Georg Meggle zum „Sonntagsgespräch" – einem philosophischen Kaffeeklatsch mit Unterstützung der Universität Leipzig und ihres StudentInnenrats - eingeladen. Er ist gleichermaßen Stichwortgeber für militante Tierbefreier, Globalisierungsgegner und Euthanasiebefürworter. Mit verschrobenen Traktaten wie „Muss dieses Kind am Leben bleiben?" und „Menschenrechte für die großen Menschenaffen" hat er aber nicht nur die Herzen von Esoterikern und Ökofaschisten wie „Earth First!" im Sturm erobert.

Singers zweifelhafter Ruf als „umstrittenster, lebender Philosoph" (Ankündigung der Universität Leipzig) war nicht etwa Hindernis, sondern Triebfeder für seine Einladung. Auch wenn seine Schriften Anfang der 90er Jahre noch Widerstand hervorriefen, hat sein prominentestes Machwerk „Praktische Ethik" und damit auch seine Euthanasiebefürwortung längst Einzug in die Hörsäle und Bibliotheken des akademischen Betriebs gehalten. Obgleich der frühere Proteststurm gegen Singers Schriften zur milden Brise abgeflaut ist, gefällt sich Georg Meggle mit der Einladung Singers in der Rolle des Tabubrechers und edlen Streiters für die „Meinungsfreiheit". Aber von „Redeverboten" kann nicht die Rede sein: „Aktive Sterbehilfe" wird bereits in den USA im Bundesstaat Oregon, in den Niederlanden und im Nordterritorium Australiens praktiziert. In Belgien und der Schweiz bleibt die „Beihilfe zum Suizid" straffrei, in Frankreich und Deutschland beherrschte das Thema die Medien und nicht zuletzt die Debatten in den nationalen Ethikkommissionen. Vor wenigen Monaten erst flimmerte der Hungertod der Wachkomapatientin Terry Shiawo über die Fernseher dieser Welt. Georg Meggle will Mauern einreißen, wo kaum noch Zäune stehen.

Auch wenn Peter Singers heute nicht zu seiner Euthanasie-Ethik Stellung nimmt, sondern seine nicht minder beschränkte „Globalisierungsethik" vorträgt, beabsichtigt die Universität Leipzig den Euthanasietheoretiker salonfähig zu machen. Was Grund zur Ausladung des Referenten hätte sein müssen, wird sogar noch als Argument für seine Einladung herangezogen, wenn in der Ankündigung sensationslüstern der „militante Widerstand" gegen Singers Bioethik angeführt wird.

Das an einer deutschen Universität jemandem das Wort geredet wird, der keine Scheu vor einer Befürwortung von Euthanasie zeigt, ist die fatale Konsequenz einer nie stattgefunden Auseinandersetzung um die Rolle der Wissenschaft im Nationalsozialismus. Sie hat maßgeblich an den Ergebnissen der grausamen Experimente an Behinderten im Rahmen der „Aktion T4" profitiert, der über 70 000 Menschen zum Opfer fielen. Bis heute spielt es wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle, dass der viel gerühmte wissenschaftliche Fortschritt (gerade im Bereich der Humanmedizin) auch auf den Leichenbergen des Nationalsozialismus fußt. In Deutschland nahm das nationalsozialistische Vernichtungsprogramm seinen Ausgang und kann deshalb bei einer Auseinandersetzung mit Euthanasie nicht außen vor gelassen werden.

Die Bioethik Singers kleidet sich allerdings in ein anderes Gewand. Gründete die Sterilisierung und Tötung von Behinderten durch die Nazis noch auf einer Rassentheorie zur „Aufartung des Volkskörpers", so beruht Singers Bioethik auf einer utilitaristischen Ideologie. Daher liegen auch viele Singer-Gegner mit der Annahme falsch,, dass es sich bei seinen Thesen um ein Plädoyer für eine

Euthanasie nach nationalsozialistischem Vorbild handele. Sein Ansatz ist ein anderer. Nach Singer können Lebewesen nur als „Personen" gelten, wenn bestimmte empirische Eigenschaften erfüllt sind. Diese liegen laut seinem Buch „Praktische Ethik" in dem „Interesse an der Vermeidung von Schmerz, an der Entfaltung von Fähigkeiten, an der Befriedigung elementarer Bedürfnisse wie Nahrung und Behausung, am Genuss von Freundschaft und Liebe in der Beziehung mit anderen und an der Freiheit, eigene Pläne zu verfolgen, ohne dass man von anderen gestört wird." Weiterhin heißt es „Eine Person ist vernunftbegabt, rational und hat Zeitgefühl. Demzufolge (sind) manche Angehörige anderer Gattungen Personen, manche Angehörige unserer eigenen Gattung nicht." Singers utilitaristische Ideologie presst den Menschen in das Begriffskelett von der „Person", welches nur empirisch erfahrbaren Kriterien genügen darf. Alle Momente menschlichen Lebens, welche nicht den Gesetzen des Empirismus gehorchen, werden von der utilitaristischen Ratio ausgelöscht. Gilt in der Warengesellschaft der Mensch auch nur solange als Subjekt, wie es ihm gelingt, seine Arbeitskraft in der kapitalistischen Warenproduktion zu veräußern, so tut die utilitaristische Ideologie nichts anderes, indem sie den Menschen auf ein Ding mit empirisch erfahrbaren Eigenschaften zusammenstreicht. Subjekt ist nach Singer, wer „Zeitgefühl" besitzt, sich also schon in den kapitalistischen Takt von Stunde, Minute und Sekunde zu fügen weiß. Dass diese abstrakte Zeit aber erst zum Takt der Gesellschaft und damit des Menschen wurde, ist eine Erfindung des Kapitalismus. In vorkapitalistischen Gesellschaften war der Tag keineswegs in gleich große Zeitquanta aufgeteilt, nach denen sich das Leben gerichtet hätte. Dass bisher auch kein Tier gesehen ward, welches seinen Alltag in abstrakte Zeiteinheiten eingeteilt, sei als „Schönheitsfehler" der singerschen Gleichmachung von Mensch und Tier nur angemerkt. Singer kann keinen Begriff von Gesellschaft vorweisen, weil der Begriff „Person" abgelöst von Geschichte und Vergesellschaftung des Menschen steht. Die gesellschaftlichen Verhältnisse unter denen Menschen leben und die sie selbst hervorbringen, vermag dieser Begriff nicht zu fassen.

Daher gibt es für Peter Singer auch keine Trennung von Tier und Mensch. So schreckt er nicht davor zurück, selbst Tieren die Fähigkeit zur Selbstreflexion zuzuschreiben: „Wenn man etwa ein schwerstbehindertes menschliches Kind mit einem nichtmenschlichen Tier, zum Beispiel einem Hund oder Schwein vergleicht, so findet man häufig heraus, dass die Tiere höhere Fähigkeiten in Hinblick auf Verstand, Selbstbewusstsein, Kommunikation und viele andere Dingen aufweisen." Da er Metaphysik in seiner Philosophie durchstreicht, muss sein Denken den Menschen auf empirisch erfahrbares reduzieren und ihm im Zweifelsfall dem Tod überantworten: „Ist ein Wesen nicht leidensfähig oder nicht fähig, Freude oder Glück zu erfahren, dann gibt es nichts zu berücksichtigen." Die zur utilitaristischen Ideologie geronnene Aufklärungsvernunft gebiert ihr barbarisches Moment: „Sofern der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt, dann ist die Gesamtsumme auf ein glückliches Leben größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird." Das größte Glück der größten Zahl (Jeremy Bentham) erreicht den Zweck eines glücklichen Lebens durch die Tötung menschlichen Lebens.

Die Gleichsetzung von Mensch und Tier geht bei ihm so weit, dass er Tieren „ein noch größeres (Recht auf Leben) als den erwähnten zurückgebliebenen oder senilen Menschen" zurechnet. Weil er nicht mehr zwischen Mensch und Tier scheidet und keinen Begriff vom Antisemitismus hat, leugnet er wie seine Kumpels von der Tierrechtsorganisation PeTA die Singularität der Shoa: Dem Schriftsteller Isaak Singer beipflichtend behauptet Peter Singer in einem Interview mit dem Fernsehsender Arte „Für Tiere ist jeden Tag Treblinka. Unser Verhältnis zu Tieren ist gewissermaßen ähnlich dem, das man zu den Juden hatte."

Der Euthanasiefan Peter Singer repräsentiert aber nur die gegenwärtige gesellschaftliche Verfasstheit. Einer Gesellschaft, welcher der Mensch nur als „Arbeitskraftbehälter" für den Selbstzweck der abstrakten Verwertung des Werts gilt, muss eben jede Existenz nivellieren, welche diesen Kriterien nicht genügen kann. In diesem Sinne sondert die Bioethik die „Personen" von den „Nichtpersonen", wobei die Einen die Früchte der bürgerlichen Freiheit kosten dürfen und die Anderen auf ihre nackte physische Existenz reduziert werden und im Zweifel auch diese noch verlieren.

Der Siegeszug der Bioethik kommt dabei nicht von ungefähr in einer Zeit, in der die Gesundheitssysteme, wo sie überhaupt jemals Bestand hatten, abgebaut werden. Erst wird die Gesundheitsversorgung gestrichen, um jene, die deshalb ohne Medikamente und Behandlung dahin siechen, voll gepumpt mit Mitgefühl von ihren Schmerzen zu erlösen und ihnen einen herzlich-warmen Gnadenschuss zu schenken. Voller Mitgefühl und Betroffenheit hat man auch Terry Shiawo vor laufenden Fernsehern verhungern lassen und immer wieder überlegt man laut, ab wann alte Menschen noch medizinische Versorgung erhalten sollten. Eine doppelzüngige Moral ist es, die aus Mitleid Tieren das Leben retten und aus Mitleid Menschen dasselbe nehmen will. Aber die Peter Singers dieser Gesellschaft werden auch für die grausamste Tat noch eine moralische Begründung zu liefern wissen.

Peter Singer würde nicht Peter Singer heißen, wenn es ihm nicht gelänge, noch aus seiner eigenen Borniertheit eine Ethik zu formen. So verhält es sich auch mit seiner

Globalisierungsethik. Sie geht von einem so genannten „Machtdreieck" von IFW, Weltbank und WTO aus, was „den Weltmarkt herstellen" würde. Was für Singer eigentlich „Macht" bedeutet, verbleibt im Dunkeln. Damit wird der Begriff zur unhinterfragten Vorraussetzung einer Kritik, die diesen Namen nicht verdient. Der Weltmarkt wird aber nicht durch eine nebulös bleibende Macht hergestellt, sondern durch die kapitalistische Konkurrenz und den diesen Verhältnissen zugrunde liegenden Selbstzweck der Kapitalakkumulation. Dieser fetischistische Prozess ist in seiner Dynamik immer schon auf die Akkumulation von neuem Kapital und damit auf Expansion angewiesen. Der Weltmarkt wird also nicht – wie Singer meint – allein unter Federführung einzelner Interessengruppen wie IWF, Weltbank, oder WTO hergestellt, sondern sie handeln in diesem Sinne nur im Dienste der Kapitalakkumulation. Die wirkliche Steuerungsfunktion der Ökonomie obliegt aber den globalen Kapitalmärkten. Allerdings nicht im Sinne einer Steuerung durch eine bestimmte Personengruppe, sondern als Struktur, die über Bewertung von Aktien, Krediten und die Höhe der Zinssätze die Kapitalakkumulation steuert. Es handelt sich hier nicht um einen bewusst vollzogenen, sondern fetischistischen Prozess. Indem die Beteiligten ihren Privatinteresse folgen und auf fiktive Gewinne in der Zukunft spekulieren, sind sie selbst Teil des Prozesses und bringen durch ihr Handeln die Krisen hervor, die sich wiederum gegen ihre Existenz wenden. Andererseits könnte sich die kapitalistische Produktion inzwischen nicht mehr ohne die Akkumulation von fiktivem Kapital über die Finanzmärkten aufrechterhalten.

Diese Entwicklung ist aber keinesfalls neu, sie wurde eben nur früher national statt international organisiert. Statt dieses Verhältnis zu durchschauen, schlägt sich Peter Singer auf die Seite des nationalen Kapitals und will es gegen das Internationale ausspielen. Da aber heute nationales wie internationales Kapital wechselseitig von einander abhängig sind, kann seine Milchmädchenrechnung nicht aufgehen. Es wird nicht den nationalen Industrien der Boden unter den Füßen weggezogen, sondern umgekehrt, wären diese Industrien ohne Ankoppelung an den Weltmarkt nicht konkurrenzfähig und damit dem Untergang geweiht.

Weil er auf diesem Feld selbst kein Land sieht, beschränkt er sich auf das Abstottern naiver ethischer Formeln. So meint er, dass sich im Zuge der globalisierten One Economy „die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst" habe, als ob es jemals Aufgabe kapitalistischer Produktion gewesen sei, Würde statt Mehrwert zu produzieren.

Weil Peter Singer es für unmoralisch und nicht etwa ein notwendiges Verhängnis kapitalistischer Vergesellschaftung hält, dass wenige Menschen auf der Welt viel verdienen und andere verhungern, gelte die moralische Pflicht, dass Gutverdienende 10% ihres Einkommens „für die Armen" spenden sollen. Warum ausgerechnet 10% ein „moralischer" Wert sein soll, weiß selbst Singer nicht zu erklären. Ob 9% schon unmoralisch oder 20% die inkarnierte Supermoral sind, bleibt sein süßes Geheimnis. Dass der bekennende Gegner des Christentums am Ende der „Praktischen Ethik" zum biblischen „Zehnten für die Armen" zurückkehrt, dokumentiert die bis ins Delirium gesteigerte Idiotie seiner Globalisierungsethik.

LITERATUR

Peter Singer: Praktische Ethik, Stuttgart 1979/1994 (Reclam)

Peter Singer: one world, 2002, New Haven (Yale University Press)

AStA der Universität Köln (Hrsg.): Warum Peter Singer (nicht) reden darf, Köln 1998

Ernst Klee: Dokumente zur Euthanasie, Frankfurt 1997 (Fischer)

Schöner sterben mit Georg Meggle

Da Singer Jude ist, trugen die Reaktionen auch einen Hauch von Antisemitismus.

Georg Meggle[1]

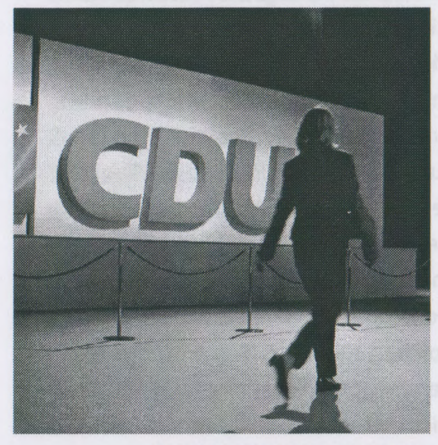
Meggle schreitet zur Tat: Er legt fest, dass es Fälle gibt, in denen gilt: „Es geht zunehmend darum, ob im vorliegenden Fall nicht vielleicht der Tod (das Totsein) selber etwas Gutes ist." (Hervorhebung im Original)[2] Bisher hatte der Philosophie-Professor mit Veranstaltungen zu „Terror und der Krieg gegen ihn" und „Deutschland – Israel – Palästina" ‚nur' theoretisch darüber geplappert und plappern lassen, ob Terrorismus nicht im Prinzip eine tolle Sache wäre. Hier aber – und mit der Einladung ausgerechnet an Peter Singer, doch mal übers Leben (wert oder unwert) unter der Globalisierung zu reden erst recht – fängt Georg Meggle an, vom Trottel zum Wicht zu werden: „Es geht hier [...] nämlich sozusagen um unsere geistige – besser gesagt: um unsere begriffliche – Software, die bereits der Selektion der von uns auch nur in Betracht zu ziehenden Lethal-Alternativen zugrunde liegt."[3] Tatsächlich sollte es aber darum gehen, diese akademisch verbrämten und im lockeren Slang vorgetragenen protofaschistischen Entäußerungen einer Tötungsabsicht zu unterbinden. Wenn die „Selektion der [...] Lethal-Alternativen" auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist es angebracht, die Veranstaltung, auf der diese Tagesordnung verhandelt werden soll, zu verhindern. Das sahen 1989 in der Bundesrepublik noch relativ viele Leute so. Die Veranstaltungen, auf denen Singer seine „Praktische Ethik" vorstellen sollte, wurden großenteils abgesagt; nur Einer sprang ein und lud den Ausgeladenen ein zur Erläuterung der Selektion: Georg Meggle. Er rechtfertigte die Singersche Todes-Ethik mit dem völlig sinnfreien Argument, es ginge ja immer um die Selbsteinschätzung des Wertes des einzelnen Lebens durch den jeweili-

gen „Euthanisanden" (sic!)[4], ohne sich auch nur im Geringsten darum zu kümmern, dass es bei Singer immerzu um die Tötung von Neugeborenen geht, die angeblich keine Person wären und daher auch beim besten Willen nicht in der Lage sein dürften, den Wert ihres eigenen Lebens einzuschätzen. Schon gar nicht auf die strunzdumme und – wäre sie nicht so gefährlich – lächerliche Weise, die Meggle vorschlägt: in Deutschmark: „Wäre sein Leben noch ca 50.000 Mark wert, so wäre das genau der Verlust, den man ihm zufügen würde, wenn man ihm sein Leben nähme."[5] Der Vortrag, den Singer auf Einladung Meggles damals hielt, hatte den Titel „Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht auf Leben?"[6] Im Gespräch mit Meggle sagte Singer dazu: „Wenn er [der Titel] sich im Deutschen tatsächlich liest, als handele es sich um eine Suggestivfrage, die auf die Antwort ‚Nein' abzielt, dann ist auch das gänzlich unbeabsichtigt. Ich dachte, es sei eine neutrale Frage."[7] Meggle widerspricht nicht, weil er der selben Meinung ist: ‚Man wird doch noch über neutrale Fragen, die das Recht auf Leben betreffen, sprechen dürfen.'

Heute und hier soll es aber ja gar nicht um die Beantwortung der Frage: „Gibt es diesem Ansatz zufolge so etwas wie lebensunwertes Leben?"[8] gehen. („Die Antwort ist: Ja."[9]) Heute und hier soll Peter Singer zur „Globalisierungsethik" sprechen. Es werden also sicher keine Sätze gesagt werden, wie: „Wenn der Fötus nicht denselben Anspruch wie eine Person hat, dann hat ihn das Neugeborene offensichtlich auch nicht, und das Leben eines Neugeborenen hat also weniger Wert als das Leben eines Schweines, eines Hundes oder Schimpansen."[10] Statt dessen wird es nur den schon gewohnten antiamerikanischen Mist zu hören geben, der sowieso jeden Tag in allen Zeitungen steht und dessen Vertreter und Vertreterinnen es trotzdem schaffen, sich als Minderheit zu halluzinieren. Das bislang letzte Dream-Team, das unter Georg Meggles Mitwirkung derartige Realitätsverleugnung betrieb, waren er und Noam Chomsky, die zu Ostern feierlich im Gewandhaus gegen die USA und Israel das Wort ergriffen. Das ist Meggles Lieblingspose: Einer, der ‚heiße Eisen' anpackt, der sich auf ‚vermintem Gelände' bewegt, der gegen ‚Denk- und Redeverbote' angeht. Und das sei nur im Rahmen der Universität möglich, weil die Öffentlichkeit – und insbesondere die Medien – „Schwierigkeiten im Umgang mit der Philosophie"[11] hätten. Immer gebe es Proteste gegen die Veranstaltungen, die er, Georg Meggle, so mutig organisiert; und diese Proteste seien oft von Gewalt geprägt, was ihn im Zusammenhang mit den Protesten gegen Peter Singer bewegt zu fragen: „Wird die Krüppelbewegung zunehmend zur Knüppelbewegung?"[12] oder eben auch nicht zu fragen: „(E)benfalls keine Frage, wie das so aufgeklärte Volk auf den so kriminalisierten Singer ohne weiteres weiterhin spontan am liebsten wohl reagieren würde: Ab ins..."[13] Hier, an der Leipziger Universität, hat Georg Meggle endlich das Klima vorgefunden, das er gesucht hat. Dem Rektor und den Prorektorinnen scheint es – wie im Übrigen auch dem StudentInnenrat – völlig egal zu sein, was in den einzelnen von ihnen mitveranstalteten Vorlesungen gesagt wird. Ihre langweiligen und regungslos vorgetragenen Grußworte beschränken sich jeweils auf Phrasen und die wörtliche Wiederholung der dümmsten von Meggles Einleitungssätze aus dem Internet, also erneut „vermintes Gelände" und „Denk- und Redeverbote". Und so wird an der Universität Leipzig geduldet und gefördert, was noch vor 15 Jahren nicht möglich war: die Propagierung des Jihad (des „Heiligen Krieges" gegen die Juden) und die Diskussion mit einem, der die Tötung „lebensunwerten Lebens" fordert.

Als letztens Michael Wolffsohn hier an dieser Universität beklagte, er würde – in Folge seiner Intervention in der „Heuschrecken-Debatte" – E-Mails bekommen, die „braune Brühe" darstellten, „aber eben auch jede Menge roten Mist", sagte Georg Meggle: „Das kennen wir!". Er konnte damit nur diejenigen meinen, die gegen die Veranstaltungsreihe „Deutschland – Israel – Palästina" protestieren, indem sie Flugblätter verteilen oder sich mit Transparenten vor und in den Veranstaltungsorten aufstellen. Antisemitische Drohungen, die Wolffsohn meinte, hat Meggle nicht bekommen. Er halluziniert sich aber als Opfer – wie er den Gegnerinnen und Gegnern der „Praktischen Ethik" Antisemitismus unterstellt, weil Peter Singer Jude ist. Eine solch dämliche Argumentation wird dann gefährlich, wenn sie zur Verteidigung der zur Praxis drängenden Praktischen Tötungs-Ethik dient. Beim Lesen von Meggles Singer-Rechtfertigungs-Texten gewinnt man den Eindruck, der Autor sei daran interessiert, endlich mit der Tötung „lebensunwerten Lebens" zu beginnen. Genau deshalb ist Professor Georg Meggle nicht mehr länger nur ein Dummkopf, sondern er gefährdet in der Pose des einsamen Tabu-Brechers bewusst das Leben von Menschen.

Ein weiteres Beispiel für das perfide Opfer-Gehabe des Georg Meggle ist seine Schilderung des Vorfalls, dass die Saarbrücker Zeitung statt „Dr. Meggle" „Dr. Mengele" schreibt (Eine in der Tat nicht zu rechtfertigende Entgleisung): „Die Reaktion der Zeitung auf meinen Protest: ‚Ein Druckfehler, tut uns leid.' Ich wünsche Ihnen, dass Sie nie in eine Lage kommen mögen, in der Sie nachempfinden können, wie man sich bei einer solchen medialen Vernichtungs-Rezeption fühlt. Sie können das einfach nicht wissen. Lassen Sie sich daher gesagt sein: Vergessen Sie nicht, dass sogar die Worte eines Wissenschaftsjournalisten töten können. Christoph Anstötz, ein engagierter Behindertenpädagoge – wir waren, zusammen an die Wand gestellt, rasch Freunde geworden – hat sich,



kurz nachdem er sich ähnlichen Angriffen ausgesetzt sah, das Leben genommen. Gott sei dank waren damals meine beiden Kinder schon auf der Welt."[14] Im eigenen Fall werden die großen Worte benutzt: „Vernichtungs-Rezeption", „an die Wand gestellt". Gerettet wurde sein Leben, das durch die Zeitung gefährdet worden war, durch seine Kinder. Georg Meggles Leben ist aber gar nicht gefährdet, so wenig wie das von Peter Singer und all den anderen, denen der Tod von Menschen so wichtig ist, dass sie sich nach Kräften bemühen, das Leben nach wert / unwert zu kategorisieren. Auf der Strecke bleibt dabei – wie bei Georg Meggle schon notorisch – auch die Logik: „Wenn wirklich jedes menschliche Leben unendlichen Wert hat, dann hat es dies auch, egal wie lange es währt. Das legt dann aber einen äußerst gefährlichen Schluss ziemlich nahe: Nämlich den, dass es folglich auch egal ist, wie lange es währt. Denn wie einem Leben durch dessen Verlängerung an Wert nichts hinzuzufügen bleibt, so kann es entsprechend durch Verkürzung, und sei diese noch so umfassend, auch nichts verlieren."[15] Dieser Schluss hat die selbe Qualität wie der Folgende: Prämisse (1): Nichts ist besser als der Ewige Frieden. Prämisse (2): Eine Hammelkeule ist besser als Nichts. Schluss: Eine Hammelkeule ist besser als der Ewige Frieden. Auf das Argument in der Äußerung einzugehen, nämlich dem Leben überhaupt bezifferbaren Wert zuzuordnen, hieße sich bereits auf die Wahnsinns-Ethik Meggles einzulassen und ist daher abzulehnen. Der freundlichen Einladung Georg Meggles, zwanglos und tabufrei miteinander ins wissenschaftliche Gespräch zu kommen Folge zu leisten bedeutet in den Fällen, um die es bei den derzeitigen Protesten gegen Veranstaltungen im Rahmen von „Sonntagsgespräch" und „Ringvorlesung Deutschland – Israel – Palästina" geht, die Logik und die Humanität aufzugeben. Daher kann es nicht um Teilnahme an den Diskussionen gehen, sondern allenfalls um deren Verhinderung.

Fußnoten

[1] *Georg Meggle: Bemerkungen zur Singer-Affäre, in: Semit 3/90, Seite 30*

[2] *Georg Meggle: Euthanasie und der Wert eines Lebens, in: Grazer Philosophische Studien, Bd. 41, 1991, Seite 208*

[3] *ebd., Seite 210*

[4] *vgl. ebd, Seite 216ff.*

[5] *ebd., Seite 218*

[6] *Mir leuchtet nicht ein, wie man so Werte bewahren will. Peter Singer im Gespräch mit Christoph Fehige und Georg Meggle, in: Rainer Hegselmann und Reinhard Merkel, Euthanasie. Beiträge und Stellungnahmen, Frankfurt am Main 1991 (Suhrkamp), Seite 153*

[7] *ebd., Seite 169*

[8] *Georg Meggle: Euthanasie und der Wert eines Lebens, in: Grazer Philosophische Studien, Bd. 41, 1991, Seite 216*

[9] *ebd.*

[10] *Peter Singer: Praktische Ethik, Stuttgart 1979/1994 (Reclam), Seite 169*

[11] *www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19722/1.html*

[12] *Georg Meggle: Bemerkungen zur Singer-Affäre, in: Semit 3/90, Seite 32*

[13] *ebd., Seite 31*

[14] *Georg Meggle: Schwierigkeiten der Medien mit der Philosophie, 2005, www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19722/1.html. Anstötz' Engagement hatte unter anderem so ausgesehen: „1990 griff der [inzwischen] verstorbene Dortmunder Behindertenpädagoge Christoph Anstötz die Frage eines amerikanischen Philosophen von 1981 auf, warum man Geistigbehinderte eigentlich nicht ‚essen' dürfe. [...] Der Widerwille, einen Schwerstgeistigbehinderten zu essen, sei analog zum Widerwillen, die eigenen Haustiere zu essen, womit gezeigt werden könne, daß Schwergeistigbehinderten so viele Schutzrechte zuständen wie Haustieren, und das sei doch ein Fortschritt." (http://info.uibk.ac.at/c/c6/bidok/texte/begriff_bioethik.html)*

[15] *Georg Meggle: Euthanasie und der Wert eines Lebens, in: Grazer Philosophische Studien, Bd. 41, 1991, Seite 214*

Kontakt

stop-bioethik@australiamail.com

Das Flugblatt des Bündnis gegen Antisemitismus Leipzig (BgA), das wir im Folgenden dokumentieren, ist aus Anlass einer Veranstaltung entstanden, die im Rahmen der Ringvorlesung „Deutschland-Israel-Palästina" am 4. Juli um 19.00 Uhr im Hörsaal 13 der Universtität Leipzig stattfinden wird. Helga Baumgarten, die Referentin dieses Abends, lebt und arbeitet als Wissenschaftlerin in Ramallah im Westjordanland. Sie reist mit der Lüge, dass die Hamas eine Wohltätigkeitsorganisation sei. Das BgA ruft zur kritischen Teilnahme an der Vorlesung auf.

Bündnis gegen Antisemitismus Leipzig

Die Hamas - zwischen Terror und Unterdrückung

Israel existiert und wird weiter existieren, bis der Islam es ausgelöscht hat, so wie er schon andere Länder vorher ausgelöscht hat.
HAMAS-CHARTA, PRÄAMBEL

I fear my brother and Hamas more than the Israeli police, because if the Israelis catch me, they won't kill me. They will just arrest me. But Hamas will surely kill me.
RAMI, PALÄSTINENSISCHER SCHWULER, DER ALS ILLEGALER FLÜCHTLING IN TEL AVIV LEBT*

Der konsequente Widerstand gegen die israelische Besatzung ebenso wie ihr beispielhaftes sozialpolitisches Engagement begründen den guten Ruf und die starke Position von Hamas in der palästinensischen Gesellschaft.
HELGA BAUMGARTEN

Heute wird uns von Helga Baumgarten erzählt werden, dass das mit der Hamas gar nicht so einfach ist. Auf der einen Seite ist die Organisation für die – sicherlich ganz furchtbaren – Anschläge auf israelische Zivilisten verantwortlich, die immer wieder als Reaktion auf die Gewalt der israelischen Besatzungsmacht verübt werden. Auf der anderen Seite ist es aber die Hamas – und nur die Hamas – die sich insbesondere im Gaza-Streifen um die sozialen Belange der Bevölkerung kümmert. Sie betreibt Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser. Und die Hamas ist – auch das wird Frau Baumgarten sagen ohne zu lachen – eine Organisation, die nach demokratischen Prinzipien entscheidet. Meinen kann sie damit ja nur, dass in der Hamas jeweils abgestimmt wird, ob das zur Verfügung stehende Geld für eine Krankenbehandlung oder für einen Selbstmordanschlag ausgegeben wird. Und genau wegen dieser zwei Gesichter der Hamas – dessen der Wohltätigkeit und dessen der Widerständigkeit, wie Baumgarten sich ausdrücken wird – ist es wichtig, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen beziehungsweise ihn aufzunehmen und in Verhandlungen mit der Hamas und den anderen islamistischen Organisationen zu treten um das herbeizuführen, was Helga Baumgarten und Georg Meggle einen gerechten Frieden nennen werden. Meggle wird sich anschließend bei der „lieben Helga" bedanken und die Veranstaltung deshalb wieder vorzeitig beenden, weil in der „Diskussion" entweder nur schnarchnasige Bestätigungen des Referierten verlautbart werden oder heißspornige Leute zum Beispiel wieder fordern, die „jüdische Lobby in den USA" auch mit Namen zu nennen.

Die Hamas wurde 1987 als Nachfolgerin der Muslimbrüderschaft gegründet. Sie versteht sich als deren palästinensischer Zweig. Direkte Vorläufer-Organisation der Hamas ist die Mujama al-Islami (Islamischer Kongress), deren Gründer, Scheich Ahmed Jassin, bis zu sei-

* in einer Radiosendung von BBC Radio 4 am 30.Mai 2005: www.bbc.co.uk/radio4/factual/gay_divide.shtml

ner Tötung durch die Israelischen Verteidigungskräfte auch als Vorsitzender und „geistiges Oberhaupt" der Hamas fungierte. Der Name Hamas setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der Wortverbindung Harakat al-Muqawama al-Islamiyya zusammen, was übersetzt Islamische Widerstandsbewegung heißt. Das Wort Hamas bedeutet im Arabischen aber auch soviel wie Eifer. Das, was laut Helga Baumgarten die gute und unterstützenswerte Seite der Aktivitäten der Hamas darstellt, das „beispielhafte sozialpolitische Engagement" nämlich, rührt noch aus der Zeit vor 1987, also aus der Mujama, her. Finanzielle Unterstützung dafür gab es zu dieser Zeit aus Saudi-Arabien, Kuweit und Jordanien. Schon damals war das Einrichten von Kindergärten und kleinen Kliniken aber damit verbunden, dass dort und in den ebenfalls durch diese Organisation neu gegründeten Koran-Schulen islamistische Indoktrination stattfand. Vor der Intifada, ab 1980 waren es weniger die israelische Besatzung und der Zionismus, gegen die sich die islamistischen Eiferer wendeten. Vielmehr bekämpften sie zu dieser Zeit die säkularen Bestrebungen der Nationalisten unter den Palästinensern und der palästinensischen Linken. Etwa in die gleiche Zeit fällt der Fehler Israels, diesen islamistischen Bestrebungen gegen die PLO und die PFLP teilweise freie Hand zu lassen in der Hoffnung, dass dies durch interne Zermürbung unter den verschiedenen palästinensischen Fraktionen dem eigenen Sicherheitsbedürfnis dient. Nachdem die Verankerung in der Bevölkerung durch Aktivitäten auf sozialem Gebiet erfolgreich gewesen ist und die Organisation sich gegen säkulare Tendenzen hat durchsetzen können, begann mit dem palästinensischen „Volksaufstand", der Intifada (arabisch: Abschütteln, Loswerden), eine neue Phase: der Kampf gegen Israel und die Juden.

Es ist nicht weniger als eine Lüge, die Hamas als eine Organisation zu bezeichnen, die sich gegen die israelische Besatzung richte. Vielmehr handelt es sich bei ihr – ihrem eigenen Selbstverständnis nach – um „die Speerspitze und Avantgarde" im Kampf gegen den „Weltzionismus". Diese Eigenbeschreibung stammt aus der Gründungscharta der Hamas. Das Schriftstück ist, darauf weist Matthias Küntzel zu Recht hin, bis heute bei der Forschung nach Motiven von Selbstmordattentätern der Hamas niemals in Betracht gezogen worden. Die Charta ist in englischer Sprache auf der Website der Hamas verfügbar. Eine deutsche Übersetzung von Teilen davon hat Küntzel angefertigt. Man kann also wissen, wie die Programmatik der Hamas lautet. Dort ist nicht nur davon die Rede, Palästina von den Juden und der Besatzung zu befreien (und zwar Palästina in den Grenzen, die sich die Hamas halluziniert: Vom Jordan bis zum Mittelmeer), sondern zum Beispiel in Artikel 32 heißt es: „Heute ist es Palästina und morgen können es andere Länder sein. Zionistische Machenschaften setzen sich nämlich endlos fort und werden sich nach Palästina gierig vom Nil bis zum Euphrat ausdehnen. [...] Ihr Komplott wurde in den Protokollen der Weisen von Zion niedergelegt: Ihr derzeitiges Verhalten ist der beste Beweis für das, was dort gesagt wurde."

Damit, dass die Hamas sich in die Tradition der Muslimbrüder stellt, sich als Teil von ihnen definiert und sie als „größte islamische Bewegung der modernen Ära" versteht, knüpft sie auch an das Lebenswerk des langjährigen Führers der Muslimbrüderschaft Amin el-Husseini an, das vor allem darin bestanden hatte, in Kooperation mit den deutschen Nationalsozialisten die Sache des Antisemitismus in der arabischen Welt – und insbesondere in Palästina – voranzubringen. Der islamistische Antisemitismus der Hamas ist denn auch durchaus vergleichbar mit dem deutschen Vernichtungs-Antisemitismus. Er ist eliminatorisch und er begreift die Juden einerseits als übermächtige Kraft, die hinter allen Übeln der Welt steckt und sieht in ihnen andererseits „Untermenschen", die mit tierischen Bezeichnungen belegt werden: „Oh gesamtes Volk, Männer und Frauen, oh Kinder: Die Juden – Brüder der Affen, Mörder des Propheten, Blutsauger, Kriegshetzer – ermorden euch und rauben euch das Leben, nachdem sie eure Heimat und eure Häuser geplündert haben. Nur der Islam kann die Juden zerbrechen und ihren Traum zerstören", heißt es im ersten Flugblatt, das die Hamas herausgegeben hat (Januar 1988).

Das „sozialpolitische Engagement" der Hamas ist nichts Anderes als ein Mittel zum Zweck der Fortsetzung des Djihad. Es fußt auf der Dawa (arabisch: Predigt, Aufruf) und der religiösen Pflicht der Muslime zum Geben von Almosen, die eine der Grundpfeiler des Islam ist. Die Dawa (als Unterorganisation der Hamas) betätigt sich auf sozialem Gebiet und stellt ein Netzwerk von Dutzenden Wohltätigkeitsvereinen im Gaza-Streifen und im Westjordanland dar. Neben der oben bereits erwähnten Errichtung und Unterhaltung von Kliniken und Kindergärten beschäftigt sich die Dawa auch mit der Versorgung von Terroristen und deren Familien: Die Hinterbliebenen eines Selbstmordattentäters erhalten normalerweise eine anfängliche Einmalzahlung von 500 bis 1.000 Dollar, später eine monatliche Zahlung von ungefähr 100 Dollar. Mit dieser Unterstützung der Familien von Selbstmordattentäterinnen und -attentätern fördert die Dawa direkt den islamistischen Terror. Damit ist Baumgartens Behauptung, die Hamas wäre „beispielhaft" in ihrem sozialen Engagement, als weitere dreiste und zynische Lüge anzusehen: Was wäre, wenn sich andere Wohltätigkeitsorganisationen an derartigem Engagement ein Beispiel nehmen würden?

Taktisch scheint es der Hamas bei ihrer sozialen Tätigkeit auch – wie schon zu Beginn der 80-er Jahre – darum zu gehen, sich als Gegengewicht zur eher säkularen PLO zu eta-

blieren und dem islamischen Tugendterror innerhalb der palästinensischen Gebiete weiter zum Durchbruch zu verhelfen. Derzeit geht diese Rechnung teilweise auf, was sich an den Erfolgen der Hamas bei den letzten Wahlen ablesen lässt. Gerade im Gaza-Streifen ist die Macht der Hamas ungebrochen, so sehr sich die derzeitige Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA, unter dem Fatah- / PLO-Mann Mahmud Abbas) auch bemüht, Boden gegen die Islamisten der Hamas zu gewinnen. Derzeit wird durch die PA ziemlich verzweifelt versucht, die Hamas in Verhandlungen einzubinden und sie zu Zugeständnissen bezüglich der Einhaltung der Waffenruhe mit Israel zu bewegen. Das arabische Wort für diese Waffenruhe ist Hudna, was übersetzt soviel wie Sammlung bedeutet. Die Hamas hat bisher tatsächlich noch jede Phase der Ruhe dazu benutzt, Kräfte zu sammeln und neue Terrorakte vorzubereiten. Auch während der derzeitigen Phase der verminderten Terror-Aktivität beobachten israelische Sicherheitskräfte verstärkte Aktivitäten zum Beispiel beim Waffenschmuggel in den Gaza-Streifen.

Das Geld für all die terroristischen Aktionen bekommt die Hamas – wie sollte es bei der elenden wirtschaftlichen Situation in den palästinensisch verwalteten Gebieten anders sein – zum großen Teil aus dem Ausland. Islamistische Pro-Hamas-Wohltätigkeitsorganisationen in Saudi-Arabien, den Golfstaaten und im Westen sammeln jährlich ungefähr 25 bis 30 Millionen Dollar und schicken sie zur weiteren Verwendung im Djihad ins Westjordanland und in den Gaza-Streifen. Einige dieser Organisationen sind der „Weltkongress für die Islamische Jugend", die „Weltislamorganisation" (beide in Saudi-Arabien), die „Interpal" (London) und die in den Niederlanden und bis zum Verbot in Deutschland aktive „Al-Aqsa-Gesellschaft". Interpal überweist jährlich ca. sechs Millionen Dollar. Die Al-Aqsa-Gesellschaft, die auch in Dänemark und Belgien kleinere Dependancen und Konten unterhält, wurde im Jahr 2002 in Deutschland verboten, woraufhin sie ihre Aktivitäten verstärkt in die Niederlande verlegte und dort Hunderttausende von Dollar zur Unterstützung des islamistischen Terrors sammelte.

Die Hamas, die uns heute durch Helga Baumgarten als differenziert zu betrachtende Organisation des palästinensischen Widerstands gegen die israelische Besatzung des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes vorgestellt wird, ist entgegen diesen Behauptungen eine islamistische Terror-Bande, die endlich an ihren eigenen Äußerungen – unter anderem in der Charta der Hamas – gemessen und ernst genommen werden sollte. Das erklärte Ziel der Hamas ist die Beseitigung Israels, die Vernichtung der dort lebenden Jüdinnen und Juden und im nächsten Schritt die Verbreitung des islamischen Tugendterrors über die gesamte Welt. Keinen anderen Zielen dienen alle Aktivitäten, die die Hamas unternimmt. Schon bei der Rede vom Ende der Besatzung durch die „Zionistische Entität", wie sie Israel nennen, geht es ihnen nicht um den Gaza-Streifen und das Westjordanland – also um die tatsächlich besetzten palästinensischen Gebiete – sondern immer um „das ganze Palästina". Das „Ende der Besatzung" bedeutet daher für die Hamas etwas völlig anderes als zum Beispiel für die israelische Friedensbewegung. Während es den Linken in Israel um ein Ende der Truppen- (und Siedler-) Präsenz in Gaza und Westjordanland geht, wollen die Islamisten von Hamas Tel Aviv und Haifa von der Landkarte tilgen. Das wäre das „Ende der Besatzung arabischen Landes durch die Juden" wie es die Hamas anstrebt. Für die palästinensische Gesellschaft bedeutet die Schreckensherrschaft der Hamas und anderer Islamisten die Umsetzung des Sinnspruchs aus einem palästinensischen Schulbuch für die sechste und siebte Klasse: „Die edle Seele hat zwei Ziele: Den Tod und das Streben danach." Wer mit derartigen Organisationen glaubt verhandeln zu müssen oder in einen Diskurs über Frieden eintreten zu können, macht sich mit Antisemiten gemein und unterstützt deren Ziele.

Quellen:

Helga Baumgarten: Islamischer Widerstand, in: junge Welt, 04.08.2004

dies.: Die Eiferer aus dem Gasastreifen. Wie funktioniert die Hamas?, www.libertad.de

Matthias Küntzel (www.matthiaskuentzel.de): Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2002 (ca ira)

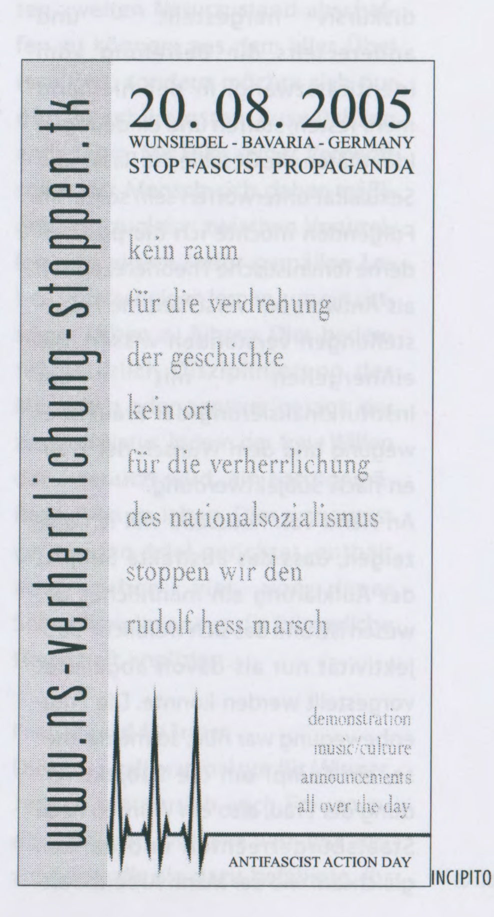
ders.: Sprache der Vernichtung, in: Jungle-World Nr. 49, 2002

ders.: Von Zeesen bis Beirut, in: Jungle-World Nr. 43, 2004

Website der Israelischen Botschaft in Deutschland: www.israel.de

Kontakt

kontakt@israel-soli.de
www.israel-soli.de



Im Folgenden dokumentieren wir in leicht gekürzter Form eine Referat von Andrea Trumann, das am 11. Juni bei der Veranstaltung: „What about capitalism, miss butler" im Leipziger „linxxnet" gehalten wurde. Die vollständige Version des Textes könnt ihr auf unserer Website: http://left-action.de/incipito finden.

Andrea Trumann

Der Wille zur Macht

– die Institutionalisierung der Frauenbewegung

Seit Beginn der 90er Jahre und der breiten Rezeption von Judith Butler wird feministische Theorie und Praxis fast vollständig auf der Grundlage postmoderner und poststrukturalistischer Theoriebildung betrieben. Das Versprechen, mit dem gerade Butler auftrat, war einerseits die Befreiung vom Naturzwang - nicht mal mehr das biologische Geschlecht sollte eine Naturtatsache sein, sondern sozial konstruiert oder diskursiv hergestellt - und andererseits die Befreiung vom Identitätszwang, in der niemand mehr festen, starren und eindeutigen Identitäten wie Geschlecht, Rasse und Sexualität unterworfen sein sollte. Im Folgenden möchte ich die postmoderne feministische Theorierezeption als Antwort auf verschiedene Fragestellungen verstanden wissen, die einhergehen mit der Institutionalisierung der Frauenbewegung und dem Wunsch der Frauen nach Subjektwerdung.

An Hand von Rousseau will ich aufzeigen, dass das abstrakte Subjekt der Aufklärung ein männliches gewesen ist, und das sich weibliche Subjektivität nur als davon abgeleitet vorgestellt werden konnte. Die Frauenbewegung war nun, so meine These, ein Kampf um die Subjektwerdung der Frau, also ein Wunsch nach Staatsbürgerrechten und danach gleichsam wie der Mann Arbeitskraftbehälter zu werden. Dies ging einher mit der Institutionalisierung der Frauenbewegung seit dem Ende der Siebziger Jahre. Aus den Problemen, die sich nun aus der differenzfeministischen Variante[1] des Institutionalisierungsprozesses ergaben, erwuchsen nun meiner Meinung nach postmoderne und poststrukturalistische Theorien, von denen die bekannteste Judith Butler ist. Sowohl differenzfeministischen als auch postmodernen Positionen ist es jedoch, wie zu zeigen sein wird, auf je unterschiedlicher Art und Weise „die Lust zu siegen" und „der Wille nach Macht", der im Laufe der Frauenbewegung zu einer unhinterfragten Teilhabe an staatlicher Herrschaft führte.

Patriachale Subjektform bei Rousseau

Rousseau galt in der Frauenbewegung zu Recht als Vater des Patriachats, war aber gleichzeitig auch Stichwortgeber für differenzfeministische Positionen, ohne dass dies den Frauen bewusst gewesen wäre. Differenzfeministische Positionen setzten sich in der Frauenbewegung Mitte der Siebziger Jahre durch. Nachdem die Frauen in ihrem Kampf um den §218 und ihrer Auseinandersetzung mit Sexualität und Verhütungsmitteln gemerkt hatten, dass in der Sexualität auf ihre Bedürfnisse keine Rücksicht genommen wurde und die Medizin sie auf die Handlanger patriachaler Bevölkerungspolitik und Brutkästen reduzierte, wollten die Frauen eine Sexualität und Medizin schaffen, die ihren eigenen Bedürfnissen angemessen war. Aber was genau waren die eigenen Bedürfnisse? Patriachale Aneignung schien den Körper der Frau seit Jahrhunderten zugerichtet zu haben und die Sozialisation formte jede Frau nach patriachalen Maßstäben. Ironie der Geschichte war nun, dass die Frauen sich trotzdem aufmachten, sich in Selbstuntersuchungsgruppen und Selbsterfahrungsgruppen selbst zu finden. Die Suche nach der authentischen, weiblichen, innersten und ureigensten Identität begleitete jede Aktivität. Diese Denkfigur war von Rousseau übernommen worden, der auch schon die wahren Bedürfnisse gegen die deformierten abgrenzen wollte. Mit dem Rekurs auf Rousseau wird nicht nur offensichtlich, wie die Frauenbewegung aus der männlichen Subjektform ausgeschlossen waren, sondern auch auf welche spezifisch weibliche Weise sie sich auf der Höhe der Zeit die Frauen ihre Teilhabe an der Subjektform erkämpften.

Rousseau war einer der wichtigsten Denker des 18. Jahrhundert. Er war einer der schärfsten Kritiker gegen absolutistische Willkürherrschaft, und wollte dagegen einen Staat auf

naturrechtlicher Basis gründen. Seine Kritik wendete sich vor allem gegen die Entfremdung von den eigentlichen, ursprünglichen Bedürfnissen, die in Vergessenheit geraten waren. Für Rousseau war der Mensch im Naturzustand kräftig, stark und gesund, da ihn noch keine Werkzeuge verweichlicht hätten, er war leidenschaftslos, da er auch seine sexuellen Bedürfnisse ohne Tabu ausleben konnte und er war mitleidig mit Alten und Armen. Allerdings wusste Rousseau durchaus, dass dieser Naturzustand nur eine Setzung ist, von der nichts weiter übrig geblieben war, als die „unbewussten Ansprüche im Herzen jedes zivilisierten Menschen." (Rousseau). Was nun Natur und was Gesellschaftszustand ist, sollte durch logische Schlüsse und empirische Forschung von „Wilden" abgeleitet werden. Erschlossen werden soll der Naturzustand um auf dieser Grundlage Gesetze zu errichten, die die Menschen wieder zu einem sittsamen und tugendhaften Leben im Sinne der Selbsterhaltung anhalten und verhindern, dass sie den falschen Versprechen oberflächlicher Freuden frönen und ihren freien Willen für einen sündigen und gierigen Lebenswandel missbrauchen.

Die Vernunft konnte zum einen dafür eingesetzt werden, sich moralisch zu verhalten, andererseits entsprang auch aus der Vernunft alles menschlich böse. Am Beispiel des Eigentums wird diese Ambivalenz besonders deutlich. Das Eigentum entstand aus der natürlichen menschlichen Fähigkeit zur Vernunft, nämlich der Fähigkeit, nicht nur unmittelbar zur Bedürfnisbefriedigung zu gelangen, sondern Bedürfnisaufschub zu praktizieren, um in planerischer Absicht im Ackerbau und in der Eisenproduktion zu besseren Produkten zu gelangen. Denn Menschen würden nicht arbeiten, wenn sie nicht sicher sein könnten, dass die Früchte ihrer Arbeit auch wirklich ihnen gehören. In diesem menschlichen Stadium bekam jedoch die natürliche Ungleichheit der Menschen erst eine besondere Bedeutung, denn diejenigen, die stärker und/oder klüger waren, konnten aus diesen besseren Ausgangsbedingungen bessere Ergebnisse erzielen und es entwickelten sich Armut und Reichtum, Besitz und Nicht-Besitz. Das bewirkte jedoch eine gegenseitige Abhängigkeit, die in den Kriegszustand aller gegen alle mündete: Die Reichen versuchten, ihren Reichtum durch Ausbeutung ihrer Sklaven und Unterwerfung neuer Sklaven zu vergrößern, aber dieser Reichtum war nicht sicher, da sie jederzeit, ohne Klagen zu können, von den Armen beraubt werden konnten. Konkurrenz, Plünderei und Mord sind also für Rousseau Produkte eines ökonomischen Verhältnisses, dass auf dem Eigentumsrecht fußt, das ein rein gesellschaftliches Gesetz ist. Zugleich ist dieses Eigentumsrecht jedoch eine Notwendigkeit, die in der Vernunftfähigkeit der Menschen angelegt ist, allerdings auch aus der Natur abgeleitet wird: naturgegebene Nicht-Natur. Rousseaus Beschreibung des sekundären Naturzustands verhüllt kaum den Ist-Zustand bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft und wird interessanterweise von ihm als zweite Natur beschrieben, die es dann im Sinne der ersten Natur zu disziplinieren gelte.

Denn das ist das große Verdienst der bürgerlichen Freiheit: Dem hemmungslosen Egoismus der zweiten Natur Einhalt zu gebieten und zwar durch die in ihr liegende Option der Selbstgesetzgebung. Dazu bedarf es bei Rousseau der Staatsgründung. Hierzu müssen die Menschen in einem freiwilligen konstitutiven Akt, dem Gesellschaftsvertrag, auf einen Teil ihrer natürlichen Freiheit zugunsten des auf Selbsterhaltung gerichteten Gemeinwillens verzichten, denn erst so gewinnen sie die wirkliche Freiheit. Sie müssen das Recht des Stärkeren aufgeben, und dagegen die rechtliche Sicherung des Eigentums anstreben. Dass es Herrschaft und Gesetz geben soll, wird also aus der moralischen Maxime des sittlichen Gebrauchs des freien Willens abgeleitet. Rousseau spricht zwar davon, dass er keine Herrschaft wolle, gemeint ist aber nur eine Absage an die Willkürherrschaft im absolutistischen Staat. Sein Ideal ist eine demokratische Herrschaft, in der alle gleichermaßen dem Recht unterworfen sind und die Regierung die Gesetze nur im Interesse des Allgemeinwohls verwaltet. Im Idealfall bräuchte es eigentlich keinen Staat, weil alle die Gesetze internalisiert hätten und sie sich völlig zu Eigen gemacht hätten. Diese Möglichkeit hält Rousseau jedoch für unrealistisch. Denn Rousseau glaubt nicht, den durch Eigentum und Arbeitsteilung bestimmten zweiten Naturzustand abschaffen zu können, aus dem alles Übel resultiert, sondern möchte sich nur dessen schlimmsten Auswüchsen entledigen. Mit Hilfe seiner Vernunft sollte der Mensch sich daher mäßigen und zugleich zwischen Vorurteilen und einem Natur gemäßen Leben unterscheiden lernen, um ein sittsames Leben zu führen. Dies bedeutet natürlich Disziplinierung des Menschen oder genauer gesagt: der zweiten Natur, indem der freie Willen dazu genutzt wird, ein naturgemäßes Leben zu leben. Dies war zuerst gegen den Adel gerichtet, enthält aber schon viel von jener Selbstdisziplinierung, die bürgerliche Herrschaft impliziert.

»Die Frauenbewegung war nun, so meine These, ein Kampf um die Subjektwerdung der Frau, also ein Wunsch nach Staatsbürgerrechten und danach gleichsam wie der Mann Arbeitskraftbehälter zu werden.«

Rousseau und die Frauen

Dies alles galt erst mal nur für Männer. Jedoch hatten sich auch Frauen zu disziplinieren und eine Vernunft auszubilden, die sie dazu befähigte, ihr

eigenes Verhalten und das ihrer Mitmenschen beurteilen zu können. Auch Frauen hatten sich selbst zu disziplinieren und eine Vernunft auszubilden, die sie dazu befähigte, ihr eigenes Verhalten und das ihrer Mitmenschen beurteilen zu können. Das ihrer Natur angemessene Verhalten war auf Grund ihrer Gebärfähigkeit und ihrer naturgegebenen Unterordnung unter den Mann die sexuelle Sittsamkeit, das hieß die Unterwerfung unter den Mann sowie das Bemühen, ihm zu gefallen. Aus dieser natürlichen Bestimmung der Frau ergab sich ihre Pflicht, dem Mann zu gehorchen, ihm die Treue zu halten und den Kindern eine zärtliche und gute Mutter zu sein:

«Zu der Vernunft, welche den Mann zur Erkenntnis seiner Pflichten leitet, gehören nicht viele Stücke. Die Vernunft jedoch, welche die Frau zur Erkenntnis der ihrigen führt, ist noch viel einfacher. Der Gehorsam und die Treue, welche sie ihrem Gatten, die Zärtlichkeit und die Pflege, die sie ihren Kindern schuldet, sind so natürliche und so augenscheinliche Folgen ihrer Stellung, dass sie dem inneren Gefühl, welches sie leitet, ohne aufrichtig zu sein, ihre Zustimmung unmöglich versagen, noch ihre Pflicht verkennen kann, solange ihre Neigung unverdorben ist.» [2]

Um die Bedürfnisse ihrer Familie umgehend erfüllen zu können, schrieb Rousseau ihr als naturgegebene Fähigkeiten Empathie und die Beobachtungsgabe zu, die zu fördern und zu entwickeln waren. Weder brauche die Frau Naturwissenschaft und Begriffsbildung, d.h. Abstraktion, noch habe sie überhaupt die Fähigkeit dazu. Ihre Bestimmung ist es nicht, ein selbständig denkender Mensch zu werden, der sich – wie es Rousseau von den Männern verlangte – von der öffentlichen Meinung und den dort existierenden Vorurteilen unabhängig zu machen habe. Vielmehr ist die Frau von eben dieser Meinung ganz und gar abhängig: Sie muss nämlich nicht nur wirklich treu sein, sondern auch ihr Ruf muss tadellos sein. Sie hat sich «vor dem Urteil der Männer zu beugen», und «muss [...] sich deren Achtung verdienen, vor allem sich aber die ihres Gatten bewahren.»[3] Nicht nur ihre Persönlichkeit muss ihm gefallen, sondern auch ihr Betragen. All diesen Anforderungen kann die Frau jedoch nur dann entsprechen, wenn sie ein Wissen über gesellschaftliche Einrichtungen und die dort geltenden Etiketten besitzt. Es bedarf also der Entfaltung ihres Geistes und ihrer Vernunft in einem Maße, das sie zur Erfüllung der an sie gestellten Ansprüche befähigt. Sie muss sowohl das eigene Gewissen als auch die öffentliche Meinung zur Richtschnur ihres Handelns machen und beide miteinander vergleichen und vereinigen.[4]



Rousseau hat in seinen Vorstellungen über die weibliche Rolle viel von dem vorweggenommen, was sich später für Frauen als Realität erwies: Ihr minderwertiger, nur von Männern abgeleiteter Subjektstatus diente als Legitimation dafür, ihnen ein eigenständiges Leben zu verwehren und sie der Herrschaft des Mannes zu unterwerfen. Aus dieser ihnen gesellschaftlich zugeschriebenen Rolle wollte die Frauenbewegung nun ihre Geschlechtsgenossinnen befreien und dabei nicht nur der Autorität des Ehemannes entkommen, sondern auch den männlich geprägten gesellschaftlichen Strukturen, Wertvorstellungen und Institutionen. Dabei stellten sie jedoch den Subjektstatus nicht in Frage, sondern wollten jetzt selbständige, eigenständige Subjekte werden, solche die sich nicht mehr nach der Männerwelt richteten. Als Bezugspunkt für das Eigenständige sollte die Natur der Frau herhalten. Ähnlich wie bei Rousseau sollte das Wahre, Gute, Schöne und vor allem das Echte in der Natur des Menschen gefunden werden, hier in der nicht-deformierten Natur der Frau. War der Naturzustand bei Rousseau jedoch vor allem eine analytische Kategorie, so glaubte die Frauenbewegung hinter der gesellschaftlichen Hülle der Natur tatsächlich einen authentischen Naturkern zu finden. Ergab die von Rousseau behauptete Trennung von Vernunft und Natur die Denkmöglichkeit sich von den Naturzwängen zu befreien, auch wenn Rousseau diese Freiheit nur nutzen will, um sich den Naturgesetzen wieder unterzuordnen, so wurde im Differenzfeminismus jegliche Ambivalenz dieses Vernunftbegriffes wieder gestrichen, indem das Handeln sich nach der unmittelbaren Körperlichkeit richten sollte. Dadurch jedoch, dass sie das Eigene, Subjektive an ihrer Natur festmachten, in der sie einen Rest nicht deformiertes „Sein" zu finden hofften, geriet die angebliche Selbstfindung zu einem mühevollen Akt der Selbstdisziplinierung, in dem frau sich der „eigenen Natur" wieder anpasste – ohne dass in dieser Unterwerfung auch noch ein Hauch jenes Ideals der Freiheit aufschimmerte, dass im bürgerlichen Projekt der Naturbeherrschung enthalten war. Bei Rousseau war der Akt der Selbstdisziplinierung eine offen ausgesprochene Notwendigkeit um das wahrhaft glückliche Leben zu erreichen, in der Frauenbewegung wurden diese Momente der Selbstdisziplinierung nicht als solche reflektiert, sondern als Befreiung

wahrgenommen. Diese Anpassung an die weibliche Identität war ein Gewaltakt, der zwar von vielen auch als solcher empfunden, aber dennoch mitgetragen wurde: In Selbsthilfegruppen, Selbstuntersuchungsgruppen, aber auch in der ganzen Lebensweise der Frau, die sich den Anspruch zu eigen machte, einer deformierten Männerwelt den Rücken zu kehren. Das Wesen weiblicher Natur lag auch für die Differenzfeministinnen in der Gebärfähigkeit der Frau; Anpassung an die Natur bedeutete Anpassung an die weibliche Gebärfähigkeit. Und so führte dieser Prozess schließlich zu einer Internalisierung von Herrschaft, in dem die Einzelnen genau das spezifische Verhältnis zu sich selbst entwickelten, welches bürgerliche Subjektivität ausmacht. Damit demokratisierte sich jedoch zugleich gesellschaftliche Herrschaft, die der Frau nun nicht mehr als Äußeres entgegentrat. Denn die Frau war nun beides zugleich: Instanz der Herrschaft und disziplinierte Natur. Und die Kontrolle über sich selbst bestand eben hauptsächlich in der Kontrolle der eigenen Gebärfähigkeit und in der Disziplinierung für den Arbeitsmarkt.

2. Der differenzfeministische Weg zur Institutionalisierung

Diese Subjektwerdung der Frau ging dann auch nicht ganz zufällig einher mit dem Wunsch an gesellschaftlicher Macht teilzuhaben, und sich als gute Staatsbürgerinnen zu erweisen.
Eins der Schlagwörter des Feminismus der Siebziger Jahre war die Autonomie. Dies bedeutete neben der Unabhängigkeit von Männern und patriachalen Strukturen auch die Unabhängigkeit vom Staat, die jedoch im einsetzenden Institutionalisierungsprozess immer weiter aufgehoben wurde.
Ein Weg in die Unabhängigkeit war die Frauenprojektebewegung, nur führte der leider immer weiter in die Abhängigkeit vom Staat. Frauenprojekte gab es in allen möglichen Bereichen, aber die meisten Frauenprojekte waren nicht im warenproduzierenden Bereich, sondern in der Sozialarbeit oder an der Universität angesiedelt. Die Frauen machten Frauenberatungsstellen auf, Frauennotrufe und Frauenhäuser sprossen aus dem Boden, der Kampf um Frauenforschungsstellen war in vollem Gange. Es blieb nicht aus, dass diese Arbeit als ehrenamtliche von den Frauen als unbefriedigend empfunden wurde, denn die Frauen versuchten Politik und Existenzsicherung unter einen Hut zu bekommen. Von vielen Frauen wurde das als Ausverkauf begriffen und es entwickelte sich Ende der siebziger Jahre eine heftig geführte Debatte um „Autonomie oder Institutionalisierung".
An den Notrufen und Frauenhäusern kann exemplarisch aufgezeigt werden, wie die Konfliktlinien zwischen Autonomie und Institutionalisierung verliefen. Frauen, die auf Bezahlung bestanden, wollten nicht der traditionellen Frauenrolle gemäß ehrenamtliche Arbeit verrichten. Die Gegnerinnen sahen zum anderen die Gefahr der Bevormundung von Hilfe suchenden Frauen durch die bezahlten Sozialarbeiterinnen. Doch auch die mögliche Einflussnahme seitens des Staates wurde problematisiert durch das Annehmen des Geldes:
„Wenn wir den Staat als Geldgeber und seine Institutionen überhaupt akzeptieren, heißt das dann schon, dass er unsere Arbeit auch bestimmt? Oder heißt es auch, dass wir ihn instrumentalisieren können?"
Die ehemalige Frauenhaus-Initiative Bochum kritisierte generell den Fürsorge-Ansatz der Sozialarbeit. Für sie war Sozialarbeit staatlich institutionalisierte Reproduktionsarbeit, die da einsetzt, wo die Familie gefährdet ist. Die Notwendigkeit der öffentlichen Reproduktion würde bedingt durch Veränderungen der Reproduktionsbedingungen und -verhältnisse und durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Hier ist eine klare Verweigerungshaltung gegen staatliche Institutionen zu erkennen, die im folgenden oft damit denunziert wurden, dass mit einer solchen Haltung gar keine Einmischung möglich wäre.
Die Lust zu siegen, oder auch die Lust sich einzumischen hatte gesiegt. Von einer Verweigerungshaltung gegenüber den gesellschaftlichen patriachalen Institutionen hatte man endgültig die Nase voll.
Auch die Organisation in bürgerlichen Strukturen wurde als strategisches Ziel für die Politikfähigkeit angesehen. In Vereinsstrukturen könnten ABM-Stellen beantragt werden, Veranstaltungen angemeldet und Forschungsanträge gestellt werden.

»Sowohl differenzfeministischen als auch postmodernen Positionen ist gemein, auf je unterschiedlicher Art und Weise „die Lust zu siegen" und „der Wille nach Macht", der im Laufe der Frauenbewegung zu einer unhinterfragten Teilhabe an staatlicher Herrschaft führte.«

Das hieß damals immer noch einen Umgang mit dem Feind zu finden. Es sollte ein Balance-Akt geschaffen werden, die herrschenden Strukturen abzulehnen, aber nicht die Macht.
Der Wille zur Macht scheiterte scheinbar nur noch an der Angst der Frauen, sich durch ihr Frausein einem mannhaften Streben anzupassen.
Immer häufiger war zu hören, dass die von vielen Frauen geteilte Resignation Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre bezüglich des fehlenden Durchsetzens der eigenen Positionen in der Gesellschaft, als auch die Vereinnahmung der eigenen Position in konservativer Variante von etablierten Parteien, der fehlenden Organisationsfähigkeit von Frauen geschuldet sei. So beschuldigt die einflussreiche Feministin und Soziologin Maria Mies viele Frauen, dass sie ein ungeklärtes Verhältnis zur Macht hätten. Macht gelte bei vielen Frauen als etwas negatives, da

Männliches. Sie scheuten Organisationsformen und Institutionalisierung, weil diese zu Kristallisationspunkten von Macht werden könnten. Um die Inhalte gesellschaftlich durchsetzten zu können, müssten die Frauen die politische und wirtschaftliche Macht wollen und erkennen, wo die Macht der Frauen liegt.[5] Dabei sollte es nicht um eine Angleichung an die Männer gehen. Frau wollte sich nicht entscheiden zwischen „männlicher" Karriere und der Verleugnung der Andersartigkeit der Frau, sondern eine eigenständige weibliche Politkultur sollte entwickelt werden, so Gisela Wülfing von den Grünen.

Jegliche Distanz zu der Partei oder der Arbeit in den Institutionen, die in der Debatte noch vertreten worden waren, war somit verschwunden. Eine spezifische Form der Machtausübung, eine erotisierende, lustvolle Ausübung der Macht, die als weiblich galt, sollte gefunden werden. Während die Männer bei der Arbeit und in den Institutionen ihre Gefühle kontrollierten, wollten die Frauen diese gerade einbringen in die Arbeit. Das bedeutet aber auch, dass die ganze Person gefordert wurde. Als Staatsbürgerinnen wollten sie nicht nur wie Rousseau, dass der Einzelwille im Staat aufgehoben werde, um das rechtmäßige Eigentum zu schützen, sondern mit dem Willen zur Macht hatte sich die ganze Frau zu unterwerfen.

Postmoderne Institutionalisierungspraktiken

Der Institutionalisierungsprozess ergriff beinahe alle Bereiche der Frauenbewegung: Quotenregelung, Gleichstellungsbeauftragte, staatlich finanzierte Projekte wie Frauenhäuser und Gesundheitszentren, akademischer Feminismus, Therapeutinnen, Tagungshäuser – so lauteten die Stichworte. Damit hielt der Feminismus Einzug in die Öffentlichkeit: Es gab Fernsehmagazine und Frauenbuchreihen in den großen Verlagen, Karriere Frauen und emanzipierte Frauen in Filmen, Gleichstellungsbeauftragte und die Grünen.

Von der institutionalisierten Frauenpolitik profitierte jedoch nur eine Gruppe: deutsche, gut ausgebildete Frauen. Beim Kampf um Quotierung ging es nur um die Frauenquote, eine Migrantinnen-Quote war nicht vorgesehen; die spezifischen Ausgrenzungsmechnismen, die Migrantinnen daran hinderten, politisch in Deutschland zu partizipieren oder in besser bezahlte Arbeitsplätze zu gelangen, wurden kaum wahrgenommen. Dieses Nicht-Wahrnehmen der Interessen von Migrantinnen und die damit einhergehende Ausgrenzungen waren keinesfalls Zufall, sondern geradezu eine Notwendigkeit um als deutsche Frau Politik machen zu können. Folglich wurde das Verhältnis zum Staat dann auch immer weniger in Frage gestellt, allein das patriachale am Staat sollte bekämpft werden. Dass sich der Staat immer um eine spezifische Identität konstituiert, die auf Ausgrenzung beruht, wurde nicht gesehen. Dies war erst das Verdienst postrukturalistischer Theoriebildung wie derjenigen von Judith Butler. Doch zu zeigen sein wird, dass diese Identitätskritik Butlers keineswegs zu einer Delegitimierung von Geschlecht, Familie und Identität führten und eine Absage an lobbyistische Politik, sondern nur zu deren Flexibilisierung.

Judith Butler:
Identität als Knotenpunkt

Bei Butler geht es um die Frage der Repräsentation des Subjekts Frau in der Frauenbewegung. Die Frauenbewegung habe Herrschaft affimiert, indem sie von einem ontologischen Subjekt Frau ausgegangen sei und geglaubt habe, alle Frauen zu repräsentieren. Dies wäre jedoch in Wirklichkeit erst ein Effekt der Institutionalisierung gewesen. Denn sollte am Anfang jede Frau für sich sprechen und galt kraft ihrer eigenen Erfahrung als Expertin, so sollte jetzt eine für alle Frauen geltende Frauenpolitik durchgesetzt werden. So gab es bald keine autonome Frauenbewegung mehr, sondern nur noch Expertinnen, die für andere Frauen Politik machten. Diese arbeiteten eng mit den universitären Frauenstudien zusammen, die versuchten, Erkenntnisse über „die Frau" in der Gesellschaft zu gewinnen. Dabei wurden freilich die Ergebnisse über eine bestimmte soziale Gruppe - nämlich weiße mittelständische Frauen - verallgemeinert. Alle anderen Frauen fielen als Forschungsstand heraus.[6] Das findet nun Butlers Kritik.

Denn einheitliche, naturgegebene Geschlechtsidentitäten würden durch den regulierenden Apparat der Heterosexualität erst hervorgebracht, und zwar nur solche die auf Kohärenz und Kontinuität aufbauen. Butler weist dann mit Rekurs auf den Ödipuskomplex nach, dass dabei die gleichgeschlechtliche Liebe und die gegengeschlechtlichen Identifizierungen in diesem Identifizierungsprozess ausgeschlossen werden müssen.

Hier gibt sie sicherlich richtige Hinweise über die Konstitution bürgerlicher Subjektivität, bleibt jedoch dabei vollkommen unhistorisch und kritisiert allein Kohärenz und Naturalisierung.

Das hat dann zur Folge, dass sie nicht Identitätskategorien an sich angreift, deren grundsätzliche Infragestellung sie schlichtweg für unmöglich hält, sondern lediglich deren Bedingtheit reflektiert wissen will:

„Nichts von alledem ist so gemeint, dass Identität geleugnet, überwunden oder ausgelöscht werden soll. Niemand kann der Forderung ‚überwinde dich selbst' ganz entsprechen. Die Forderung, die konstitutiven Zwänge, mit denen die kulturelle Lebenstüchtigkeit zustande gebracht wird, radikal zu überwinden, wäre eine eigene Form der Gewalt. Wenn allerdings eben diese Lebenstüchtigkeit die Folge einer Verwerfung, einer Unterordnung oder eines Ausbeutungsverhältnisses ist, dann

wird die Aushandlung zunehmend komplex. Diese Analyse will deutlich machen, dass eine Ökonomie der Differenz Berechtigung hat, in der Matrizen, die Knotenpunkte, an denen unterschiedlichste Identifikationen gebildet und verschoben werden, ein Revidieren jener Logik des ausgeschlossenen Widerspruchs erzwingen, nach der die eine Identifizierung immer nur auf Kosten einer anderen erkauft wird. In Anbetracht der komplexen Vektoren der Macht, die den Personenkreis irgendeiner auf Identitätsbasis operierender politischer Gruppe konstituieren, erzeugt eine Koalitionspolitik, die eine Identifizierung auf Kosten einer anderen erforderlich macht, zwangsläufig einen gewaltsamen Riss, einen Dissens, der darauf hinauslaufen wird, die durch Gewalt und Ausschließung hervorgebrachte Identität auseinander zu reißen."[7]

Die Frage, die sie sich stellt, ist: Durch welche Verleugnungen und Ausschlüsse wird die eigene Identität gebildet? Dabei könne es weder darum gehen, alle Ausschlüsse wieder ins Subjekt hineinzuholen, da dies auf eine Art Imperialismus hinauslaufe, der sich alles Äußerliche einverleiben will. Noch soll von einer „Pluralität von Identifizierungen" gesprochen werden. Das Subjekt ist nicht Lesbe, Frau oder weiße Mittelschichtsfrau, sondern soll als Knotenpunkt begriffen werden, in dem die Forderungen der verschiedenen Zuschreibungen sich miteinander verbinden. Zuschreibungen wie Frau oder Migrantin würden oft als sich gegenseitig ausschließend erfahren und als gewaltförmige Akte erlebt, denn hier müssten die verschiedenen Anteile des Selbst verleugnet werden. In der Identitätspolitik der Frauen und Migrantinnen würde das noch einmal reproduziert. Genau das soll durch die Reflektion darauf, wie die eigene Subjektivität entstanden ist, vermieden werden.

Ein Überwinden der Identitätskategorien liegt außerhalb ihrer Vorstellungskraft und jeder Versuch der Transzendenz wird als Anmaßung denunziert, die nur gewaltförmig sein könnte.

Zur Kritik an Butlers Identitätskonzeption

Postmoderne Theorie versteht sich gemeinhin als Kritik am bürgerlichen Subjekt der Aufklärung, das sich als autonom verstanden hatte und somit nicht auf die Bedingung seiner Entstehung reflektiert hätte. Bei dieser sicherlich richtigen Kritik wird jedoch vergessen, dass in der Konzeption des autonomen Subjekts zumindest noch der Wunsch aufgehoben war, die Welt nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Das Ideal des postmodernen Subjekts soll zwar die Bedingungen von Identität reflektieren, jedoch nur, um sich den Zwang von Identität vollkommen zu unterwerfen.

So stimmt es zwar, dass im bürgerlichen Subjekt notwendigerweise Ausschlüsse mitgesetzt waren, aber ganz anders als Butler sich das dachte. Keine heterosexuelle Matrix hat Schuld, sondern diese sind in den bürgerlichen Idealen von Freiheit und Gleichheit notwendig enthalten. Dies kann Butler wohl nicht angreifen, weil sie das Rechtssubjekt nicht in Frage stellt, sondern nur mitreflektiert wissen will, dass dieses immer von der juridischen Macht produziert wird. Die bürgerlichen Ideale von Freiheit und Gleichheit, die Autonomie versprachen, waren notwendig verbunden mit dem Ausschluss derjenigen, die nicht zu den Freien und Gleichen gezählt wurden.

Diese Autonomie bleibt jedoch in der bürgerlichen Gesellschaft immer Schein, der keine wirkliche Unabhängigkeit bedeutet, sondern nur die Unterwerfung unter das gesellschaftliche herrschende Allgemeine, das heißt die den Staat repräsentierende Vernunft, die die Identität des bürgerlichen Subjektes ausmachte. Gleichheit ist eben nur zu haben durch die Ausgrenzung all dessen, was im Subjekt nicht im Sinne der Vergleichbarkeit als Arbeitskraft und Staatsbürger aufgeht, und das als unkontrollierbare Natur erscheint. Der Zwang diese im Sinne der Verwertbarkeit zu disziplinieren, führt zu dem Hass auf alle diejenigen, die angeblich das leben können, was man sich selbst versagen muss, auf die vermeintliche Faulheit der Schwarzen, die angeblich ausschweifende Sexualität der Homosexuellen, die vermutete Anhäufung von Geld ohne Arbeit bei den Juden und die angenommene sexuelle Macht der Frauen über die Männer. Diese Zweiteilung macht die bürgerliche Subjektivität unter der herrschenden Konkurrenz so prekär, und die oft wahr gemachten Bilder über die Anderen funktioniert oft als Negativfolie, für das was passieren kann, wenn die eigene Natur nicht mehr diszipliniert werden kann.[8]

> **»Gleichheit ist eben nur zu haben durch die Ausgrenzung all dessen, was im Subjekt nicht im Sinne der Vergleichbarkeit als Arbeitskraft und Staatsbürger aufgeht, und das als unkontrollierbare Natur erscheint.«**

Daraus ziehen postmoderne Theoretikerinnen jedoch nicht den Schluss die Identitäten abschaffen zu wollen, sondern entscheiden sich für Realpolitik und wollen die verschiedenen Identitätsformen anerkannt wissen. Zudem soll der Einzelne nicht mehr auf einer dieser Identitäten festgelegt sein, sondern zwischen verschiedenen hin- und herwechseln können. Doch gleichzeitig ist er vollkommen auf diese, wenn auch vielfältigen Zuschreibungen festgelegt. Eine Differenz zwischen der individuellen Person und den komplexen, vielfältigen Zuschreibungen gibt es nicht mehr.

In den postmodernen Theorien gibt es zwar ein Bewusstsein darüber, dass Handlungsfähigkeit überhaupt erst durch die Unterordnung unter dieses Allgemeine erreicht wird - wird man doch erst durch die Identifizierung zum Subjekt. Dies wird jedoch als Notwendigkeit hingenommen, die

zu reflektieren sei.
„In dem Maße, wie das Benennen des Mädchens transitiv ist, das heißt den Prozess initiiert, mit dem ein bestimmtes zum Mädchen werden erzwungen wird, regiert der Begriff oder vielmehr dessen symbolische Macht die Formierung einer körperlich gesetzten Weiblichkeit, die die Norm niemals ganz erreicht. Dabei handelt es sich jedoch um ein Mädchen, das gezwungen wird, die Norm zu zitieren, um sich als lebensfähiges Subjekt zu qualifizieren und ein solches zu bleiben. Weiblichkeit ist deshalb nicht das Ergebnis einer Wahl, sondern das zwangsweise Zitieren einer Norm, einer Norm, deren komplizierte Geschichtlichkeit untrennbar ist von den Verhältnissen der Disziplin, der Regulierung, des Strafens. Tatsächlich gibt es kein jemand, die oder der eine geschlechtliche Norm aufnimmt. Diese Zitierung der geschlechtlichen Norm ist vielmehr notwendig, um als jemand lebensfähig zu werden, wobei die Subjektbildung abhängig ist von dem früheren Vorgang der Legitimierung geschlechtlicher Normen."[9]
Diese Unterordnung unter das Allgemeine scheint in postmodernen Vorstellungen auch noch viel umfangreicher zu sein als es sich zur Zeit der bürgerlichen Aufklärung gedacht wurde. Um freier und gleicher Bürger zu werden musste der Mensch sein Recht auf den Kampf um Selbsterhaltung aufgeben, um durch die Unterwerfung unter den Staat zum freien Bürger zu werden, der in der Privatsphäre nur sein eigenes Interesse verfolgen muss, und so Wohlstand für alle zu erreichen. Das auch hier die Freiheit kaum mehr als Schein ist, war die Ideologie bürgerlicher Aufklärung, denn auch der bürgerlich Fabrikbesitzer ist bei Strafe seines Untergangs dem Kapitalgesetzt unterworfen. Das was die Identität des Subjekts ausmachte war seine Vernunft, die den Staat repräsentierte und sowohl für die objektive Erkenntnisfähigkeit bürgte, als auch die eigene Natur zu disziplinieren hatte. Der Identitätsbegriff wie er in der Postmoderne üblich geworden ist, beinhaltet dagegen nicht nur die allen Menschen potenziell gegebene Vernunft, sondern den ganzen Menschen, der aus der Unterwerfung unter die Verknüpfungen der verschiedener Zuschreibungen, eine individuelle Identität mit je spezifische Denk-, Fühl-, Handlungs- und Körperpraktiken und –weisen hervorbringt.

»Die postmodernen Theoretikerinnen ziehen nicht den Schluss, die Identitäten abschaffen zu wollen, sondern entscheiden sich für Realpolitik und wollen die verschiedenen Identitätsformen anerkannt wissen.«

In der Postmoderne wird die Unterordnung unter das gesellschaftlich herrschende Allgemeine mit ein bisschen Zähneknirschen als Notwendigkeit angenommen. Und diese Unterordnung unter den Staat, die Nation, die Geschlechterhierarchie, die Heterosexualität und die kapitalistische Ökonomie versteht sich selbst als subversiv, weil sie gegen die Zwänge der Naturalisierung für flexiblere und entnaturalisierte Identitätsformen eintritt, die den Einzelnen zu sich ständig wandel- und veränderbaren Subjekten machen. Negiert wird der eigene subjektive Wille zum Mitmachen, zur Selbsterzeugung als ein funktionierendes Mitglied dieser Gesellschaft. Der Zwang zur Disziplinierung erfolgt auch in der Vorstellung postmoderner Theorie von einem Außen, von der Allgemeinheit, die jedoch nun als Sprache daherkommt und nicht mehr in Gestalt des Staates oder der Vernunft als seiner Repräsentantin. So sind mit dem «Ende des Subjektes», wie es die Postmodernen ausgerufen haben, auch all jene bislang nicht eingelösten Versprechen über Bord geworfen worden, an denen die Aufklärung noch festhielt: Der subjektive Wille und die Freiheit, die auch beinhaltete, dass die Einrichtung der Welt auch in die eigenen Hände gelegt werden kann. Geblieben dagegen ist das herrschaftsförmige Allgemeine, jetzt in Form der Sprache, durch die das Wesen des Einzelnen bis in seine privatesten Bereiche hervorgebracht werden soll. Der Einzelne wird zum programmierten Computer, zum verarbeitenden System, das die Daten umformt.

FUSSNOTEN

[1] *Differenzfeministische Positionen waren auch schon auf poststrukturalistischen Theorien aufgebaut gewesen. So war zum Beispiel eine der meist rezeptiertesten TheoretikerInnen des Differenzfeminsmus Luce Irigaray Lacanianerin. Doch kommen Luce Irigaray und Judith Butler trotz ähnlicher theoretischer Referenzen auf vollkommen verschiedene Ergebnisse. Auch wenn es inhaltlich nicht ganz richtig ist, sollen im folgenden Judith Butler und Adepten unter dem Begriff Poststrukturalistisch zusammengefasst werden, und die Luce Irigaray Adeptinnen unter Differenzfeminismus gefasst werden.*

[2] *Jean-Jacques Rousseau: „Emile", 1910; S. 378*

[3] *ebenda*

[4] *ebenda, S. 365-383*

[5] *Maria Mies: Autonome Frauenbewegung und die Organisationsfrage. Köln 1982.S.2-7.*

[6] *Vgl. Sabine Grimm: „Über feministische Intellektuelle", In: Eichhorn, Cornelia, Grimm, Sabine: „Gender Killer – Texte zu Feminismus und Politik", Berlin 1994; S. 153-166*

[7] *Judith Butler: „Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts." Berlin 1995, S. 161*

[8] *Vgl. Joachim Bruhn: „Unmensch und Übermensch." In: „Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie des Subjekts", Freiburg 1994; S. 77-108*

[9] *Butler, 1995, S. 306*

Let's be s-heroes

Das Ladyfest Dresden findet vom 7.-10. Juli 2005 rund um das AZ Conni statt. Ein kleiner Vorgeschmack: es wird Workshops, Lesungen, Partys, Konzerte u.v.m. geben. Es werden u.a. Bridge Markland, Monotekktoni, The Dederons, Bini Adamczak und Bernadette la Hengst auftreten. (mehr Infos und Programm: www.ladyfestdresden.tk)

Es grüßt das Tal der Ahnungslosen. Nun auch ein Ladyfest in Dresden. Viel wurde schon diskutiert. Viele Diskussionen wurden dank der Ladyfestgruppe Leipzig schon geführt. Das Konzept Ladyfest legitimiert sich von selbst.

Who's that LADY

„Hier sind wir alle Fans und Heroines zugleich! DON`T FALL IN LOVE WITH THE STAR, BE THE STAR! Hier definieren wir Feminismus neu, jenseits von Zwangsheterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit! WHATEVER YOUR GENDER MAY BE, BE PART OF THE LADYFEST! Hier finden und erfinden wir neue und alte künstlerische Ausdrucksformen! Hier bilden wir neue Szenen und Freundschaften! Hier entwickeln wir Strategien gegen das, was uns der Mainstream als richtig oder falsch vorgibt. Hier kreieren wir eigene Körperbilder - andere als die, die uns die Medien vorgaukeln. RIOT DON`T DIET! Hier schaffen wir Räume, die frei sind von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus. Frei von kapitalistischen Verwertungsstrategien. Frei von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Klasse, des Gewichts, der Sexualität. DIESEN ORT DEFINIEREN WIR SELBST. Hier bringen wir uns alle mit unseren Ideen, Wünschen, Vorstellungen, Träumen und Anliegen ein! BE PART OF THE LADYFEST!!!"[1]



Diese euphemistische Darstellung soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch das Ladyfest sich in einem Spannungsfeld der eigenen Ansprüche und gesellschaftlichen Verhältnissen befindet.

Anknüpfend an die dekonstruktivistischen Theorien soll Ladyfest ein Ort sein, an dem eine Absage an Zwangsheterosexualität und binäre Geschlechternormierungen möglich bleibt , indem dekonstruktivistischen Praxen ein Podium geboten werden und durch die Workshops ein Selfempowerment unter diesem Label angestrebt wird. Bridge Markland, die Sissyboyz und der Gender Fuck Workshop sollen diesen Anspruch beim Ladyfest Dresden unterstreichen.

Aber auch den strukturellen Zwängen eines sexistischen Mainstreams, der auch von Subkulturen reproduziert wird, soll auf dem Ladyfest begegnet werden. Eine Netzwerkstruktur, die mit den Ladyfesten einhergeht, soll Künstler_Innen und Musiker_Innen eine Möglichkeit zum Austausch und gegenseitigem Unterstützen ermöglichen. Jenseits von einem exklusiven Status des <Anderen> können hier feministische und queere Beiträge von LADIES verschmelzen. Der Gedanke des Do-It-Yourself soll geschlechtsspezifischen Sozialisationsstartegien entgegenwirken, indem jede_r künstlerische und praktische Kenntnisse erwerben kann, z. B Tontechniker_Innen-Workshop, Street Art und Improvisation .

Die Musikszene ist generell betrachtet monogeschlechtlich. Christiane Rösinger[2] bringt diese Situation metaphorisch auf den Punkt: „In der Popkultur herrscht ein ähnlich ausgewogenes Geschlechterverhältnis wie in der KFZ-Meisterinnung oder

der Astronautenszene."[3] Frauen sind in der Musik unterrepräsentiert - egal ob Musikerinnen, Technikerinnen oder Musikjournalistinnen. „In Deutschland sind nur 10 Prozent aller bei der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) angemeldeten Musiker Frauen. Davon sind 8 Prozent Sängerinnen, [d.h. nur 2 Prozent spielen Instrumente oder bedienen Technik]."[4] Diese Zahlen machen deutlich, dass Frauen im Pop weiterhin als exotische Wesen und <heiße Ware> gelten. Sie werden von den Medien meistens über ihre „Geschlechtsstrategien" wahrgenommen. Männliche Musiker werden in der Regel weit weniger sexualisiert, ihnen wird eine allumfassendere Geltung zugestanden. In diesem Sinne ist Mainstream-Pop ein Spiegel der vorherrschenden Geschlechterverhältnisse. Die Rezeption von Frauen im Musikbusiness beweist, dass die üblichen Kategorien, gut und schlecht, bei Frauen nicht greifen, sondern dass die Charakterisierungen hinsichtlich der Unterschiede zwischen Powerfrau und Kindfrau überwiegen. „Die Klassifizierung einer Künstlerin bezieht sich in hohem Maße zuerst auf ihr Geschlecht und sekundär auf ihr Tun."[5] Luca Skywalker[6] brachte diese Tendenz bei einer Veranstaltung in Leipzig zur konstruktiven Begleitung der Musikmesse PopUp im Conne Island mit dem Titel „Können wir jetzt endlich mal über Musik sprechen..." auf den Punkt.

Ladyfest dient jedoch nicht ausschließlich dem Thematisieren patriachaler Strukturen im Mainstream und dem Entgegentreten in den subkulturen Szenen, sondern will ebenfalls die Ideen einer dekonstruktivistischen Theorie und Praxis stärken.

Die Lady ist eine ironische Selbstettiketierung, die voreilige Eingrenzungen unterbinden soll. Mit dem Selbstbewusstsein, das die Riot Grrrls Anfang der Neunziger mit ihrem „revolution girl style" an den Tag legten, wurde nun ein weiterer Begriff aus dem bürgerlichen Begriffsrepertoire umgewandelt und zu neuer Kenntlichkeit adaptiert. „Nachdem Lady für ultra-feminine Oberschichtfrauen steht und eigentlich aus dem feministischen Vokabular verbannt war, wird da dem Umdeutung–Approprierungs-Spielchen einmal kräftig über die Schulter gelacht und das ganze zum Exzess geführt."[7] „Eine Lady ist in diesem Sinne, eine, die Respekt einfordert, sich ihrer Fähigkeiten bewusst ist und nicht mehr um Anerkennung kämpfen muss. Ladies machen ihre Musik selbst, eignen sich ihre Produktionsmittel selber an, bauen eigene Vertriebsstrukturen auf, tauschen sich aus, bilden sich untereinander fort, knüpfen Netzwerke, um sich selbst den Platz zu verschaffen, den das Mainstream-, wie alternative Musikbusiness, immer noch allzu oft verweigert."[8] Die Diskussion um Gender wird auf den Ladyfesten aufgegriffen. Der Gedanke widersetzt sich den klassischen Geschlechterkonstruktionen und deshalb werden weder die Organisator_Innen noch die Besucher_Innen auf ein biologisches Geschlecht reduziert. Die Transgender-Ideen wurden zur Prämisse in der Konzeption des Ladyfests und führten zur Losung >If you feel like a lady!<. In dieser Losung werden praktisch alle Menschen unabhängig von ihrem biologischen Geschlecht mitgedacht.

Das Ladyfest Dresden wendet sich mit dieser Begriffsbezeichnung ausdrücklich an Menschen jeden Alters, jedweder Herkunft, Kultur und Geschlecht, die der Gedanke einer starken selbstbewussten feministischen Bewegung durch Kunst und Aktivismus eint.

Ladyfest verknüpft demnach Strategien gegen strukturelle patriachale Herrschafts- und Machtverhältnisse und die Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit. „Es [das Geschlecht] braucht bekanntlich TrägerInnen, es begegnet uns nur in Gestalt der empirischen Subjekte, der Männer und Frauen, die uns umgeben und die wir selbst sind. Handeln, auch politisch, können nur sie - und daran ändert sich gar nichts dadurch, dass dieses Subjekt nicht <von Natur> aus da ist, sondern selbst gesellschaftliches Produkt. Dasselbe gilt für die geschlechtliche Zuordnung dieser Subjekte: Frausein ist eben kein bloßer Schein obwohl sie es geworden sind und immer noch täglich werden müssen. Sie sind Menschen, die unter den jeweiligen Zuschreibungen, Festlegungen, Hierarchien und Diskriminierungen leiden müssen."[9]

Ladyfest ist sich der Zuschreibungen hinsichtlich der Geschlechter bewußt und soll dennoch eine Möglichkeit sein, Subjekte, jenseits der binären Geschlechtsidentitäten poltisch handlungsfähig zu machen. Nicht ausschließlich ein Raum in der Nische ist Anspruch dieser Politik, sondern ein gesellschaftlicher Beitrag zur Emanzipation.

FUSSNOTEN

[1] *Ladyfestprogrammheft Hamburg 2003*

[2] *Britta- Sängerin und Labelinhaberin von Flittchen Records*

[3] *Plesch, Tine: Frauen in der Popkultur. Online im Internet, URL: http://conne-island.de/nf/101/11htm, [Stand: 15.12.2004]*

[4] *Grether, Kerstin: Material Girl. Geschlechterkonstruktionen im Pop, In: Kemper, Peter u.a. (Hrsg.): >Alles so schön bunt hier<. Die Geschichte der Popkultur von den Fünfzigern bis heute. Leipzig 2002, S. 344-353, S. 345.*

[5] *Osment, Harley Joe: What's pop?, In: fieber-Werkstoff für Feminismus und Popkultur, Heft 3, S. 16-20, S. 18*

[6] *DJane aus Hamburg, gleichnamiger Beitrag, In: testcard- Beiträge zur Popgeschichte, Nr. 8, S. 50-56.*

[7] *Eismann, Sonja: „Plastikmädchen-Texte zu Feminismus und Pokultur- The Lady is a Grrrl" 2000, Online im Internet, URL: http://www..t0.or.at/~eismann/lady-girl.html*

[8] *http://www.ladyfesthamburg.org/her VI.html*

[9] *Achinger, Christine/ Dagmar Brunow/ Janina Jentz/ Regina Mühlhäuser: Gender-Bending hörbar machen. Schlagt das Geschlecht, wo ihr es hört?, In: testcard. Beiträge zur Popgeschichte Nr. 19, S. 108-121, S.119.*

Freundeskreis Henry Morgenthau[1] Halle/Saale

Deutsche Geschichten (Bomber Harris you forgot this town)

Wie in vielen deutschen Städten, so gibt es auch in Halle in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen, die dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor 60 Jahren gedenken sollen. Wie auch in anderen deutschen Städten, so wird auch hier den Opfern des Krieges gedacht. Und wie auch in anderen Städten in der BRD meint dies vornehmlich deutsche Opfer. In der Veranstaltungsreihe zum 60. Jahrestag des Sieges der Alliierten über die deutsche Barbarei, organisiert von einigen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Grüppchen sowie der Stadt Halle, werden einerseits die tatsächlichen Opfer des Krieges der Deutschen kaum erwähnt und andererseits wird von den Tätern weitgehend geschwiegen. Statt für die Rettung der wenigen überlebenden Juden in Europa und für die Beendigung des Krieges den Alliierten dankbar zu sein, wird ständig gefordert, man müsse jetzt endlich auch den ‚deutschen Opfern' des Krieges gedenken dürfen, ungeachtet der Tatsache, dass dies nie ‚verboten' war und schon längst praktiziert wurde.

Eine deutsche Ausstellung

Vom 4. Mai bis 12. Juni findet im Löwengebäude der Universität die Ausstellung „Kriegskinder. Halle und der 2. Weltkrieg" statt. Wie so häufig bei billiger Propaganda, müssen auch hier wieder die Kinder herhalten, um zu zeigen, wie schlimm Krieg ganz allgemein sei, so dass die Besonderheiten des deutschen Vernichtungskriegs gegen die Welt und die Juden getrost unter den Teppich gekehrt werden können. Im Faltblatt zur Veranstaltung heißt es daher ganz scheinheilig, als müsste man dies extra erwähnen, „Auch in Halle wurden jüdische Kinder deportiert, und Behinderte starben in Euthanasieanstalten". Auffallend hierbei sind die passiven Verben in diesen Sätzen, als hätte niemand diese Taten aktiv vollbracht, als wurden jüdische Kinder nicht von Deutschen aufgetrieben, denunziert und deportiert, sondern von einer höheren Macht, die einfach so über Deutschland hereingebrochen sei. So soll ganz allgemein „am lokalen Beispiel Halles" gezeigt werden, „was der Krieg den Menschen, was Menschen Menschen angetan haben". Nicht einmal der Hauch einer Unterscheidung zwischen Tätern, also Hallensern, und Opfern, also die Juden von Halle, bleibt noch übrig, wenn einfach nur ganz allgemein Menschen anderen Menschen etwas antun. Die Männer, die Auschwitz betrieben oder an der Ost- oder irgendeiner anderen Front der Vernichtung den Rücken frei hielten, werden zu „gefallenen Vätern", um die ihre „hungernden" Kinder „trauerten". Ist dieser Opfermythos erst konstruiert, lässt es sich mit der ‚Last der Vergangenheit' doch gleich viel einfacher leben: „Kriegs- und Nachkriegszeit historisieren sich, sie rücken immer weiter in die Vergangenheit" heißt es in jenem Faltblatt zur Ausstellung. Nicht nur der Krieg ist vorbei, auch die Nachkriegszeit soll zur Vergangenheit zählen. Die Kontinuitäten, die von Nazi-Deutschland bis in die Gegenwart der postnazistischen BRD reichen, können so schlichtweg geleugnet werden.

Ein deutsches Stück Halle

So soll 60 Jahre nach der Beendigung der Nazi-Herrschaft das unverdiente Glück Halles gefeiert werden, nicht von den alliierten Bombern dem Erdboden gleichgemacht geworden zu sein. Dass nur die Bombenangriffe auf Dresden und co. die Mordmaschinerie aufhalten und den Einmarsch der Alliierten zu Lande vorbereiten konnten, passt da nicht so recht in das Geschichtsbild der Hallenser. Das hallesche Amtsblatt titelte: „Halle drohte das Schicksal Dresdens". Dass nicht die deutsche Barbarei Ursache für die Bombardierung deutscher Städte war, sondern dass alliierte Angriffe zu ‚Schicksal' umgelogen werden, ist Ausdruck eines Unvermögens oder besser Unwillens, den Krieg gegen Deutschland als einen antifaschistischen und notwendigen zu erkennen. Die Vorreiter der Tabu-Brüche und die linksintellektuellen Erneuerer Deutschlands von der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt organisierten folgerichtig eine Veranstaltung in diesem Zusammenhang mit dem Titel: „Befreiung durch Bomben? - 60 Jahre Kriegsende und die neue deutsche Erinnerungskultur". Mit dem Fragezeichen soll so das Selbstverständliche in Frage gestellt werden. Doch warum es ‚fraglich' ist, ob eine Befreiung durch Bomben möglich sei, wird klar, wenn man erahnt, wen die Heinrich-Böll-Stiftung dort ‚befreit' sehen will. Befreiung meint hier offensichtlich nicht die Befreiung Europas und der Juden von dem mörderischen Terror der Deutschen, sondern die Befreiung der Deutschen von den Nazis.

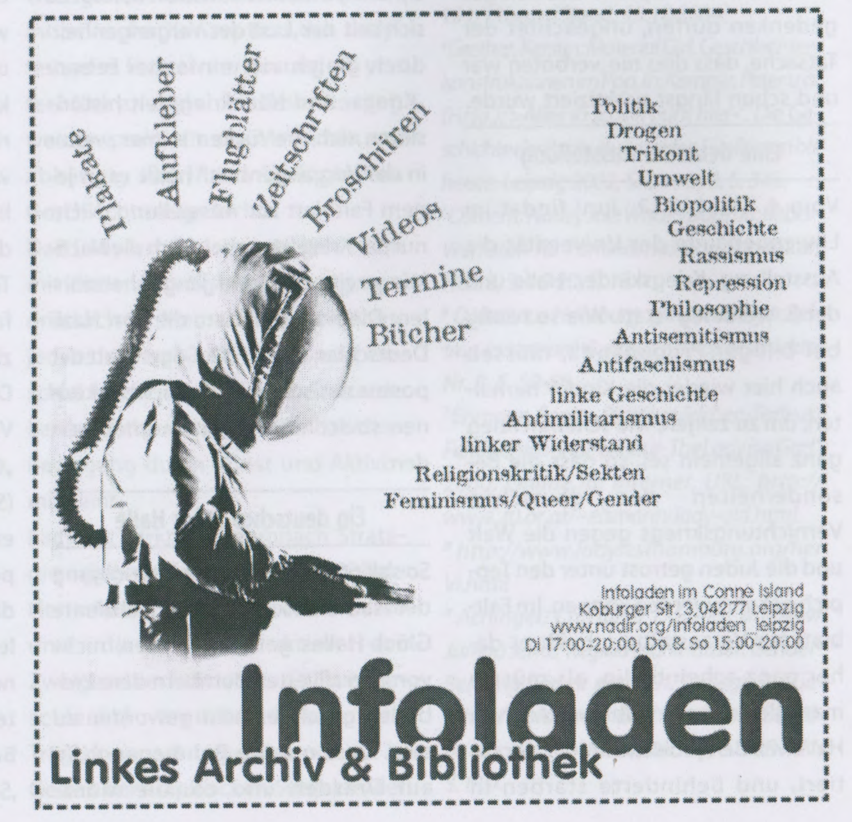
Der Höhepunkt dieser Veranstaltungsreihe jedoch war die „Gedenkveranstaltung der Stadt Halle (Saale) zum 60. Jahrestag des Kriegsendes" am 17. April, bei der man mit politischen Autoritäten aufwartete, die dem Gedenken eine größere Relevanz verschaffen sollten. Neben einem Grußwort des Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer hielt Egon Bahr, Bundesminister a. D., ‚Sicherheitsexperte', rechter Sozialde-

mokrat und Kanzlerberater, eine Festrede. Allein die Buchtitel Bahrs[2] zeigen, dass er sich sein ganzes Leben um nichts als um Deutschland scherte und somit den halleschen Planern des Stadtgedenkens als authentisches Sprachrohr des Volksmundes dienen kann. Bahr hat jedoch auch darüber hinaus so einiges zu bieten: „Wir müssen lernen, wieder eine normale Nation zu sein" ist nicht nur der Titel eines Interviews, welches Bahr am 4. November 2004 der neurechten Zeitung ‚Junge Freiheit' gab, sondern zugleich sein Kampfruf, den ohnehin schon die Mehrheit der Deutschen befolgt. Deutschland solle wieder eine normale Nation werden, heißt letztendlich, sich von der Vergangenheit - also zwei angezettelte Weltkriege inklusive systematische Vernichtung der Juden - in der Gegenwart nicht mehr beirren zu lassen. Deutschland solle wieder seinen Platz in der ‚Völkerfamilie' in Form eines ständigen Sitzes im UN Sicherheitsrat einnehmen, und ausgestattet mit den ‚Erfahrungen des Nationalsozialismus' seine Stimme erheben gegen jedwedes ‚Unrecht' dieser Welt. Schließlich habe man aus der Vergangenheit gelernt. Nach Auschwitz direkt befragt, bringt Bahr sein Verständnis von Deutschland auf den Punkt, indem er sagt, dass „die Vergangenheit [...] die Zukunft nicht behindern [darf]". Die vermeintlich gezogenen Lehren aus der Vergangenheit und die Bedeutung für die Gegenwart, drückt Bahr mit folgendem Scheinwiderspruch aus: „Man kann es als Ironie der Geschichte bezeichnen, daß immerhin pazifistische Kräfte nun sogar bereit sind, Soldaten einzusetzen". Gerade Bahr meint diesen Pazifismus jedoch ernst und tritt gegen eine Militarisierung der Politik ein. Dies bedeutet nicht nur eine Kampfansage an die USA, die barbarischen Regimes, wie dem Husseinschen mit Waffeneinsatz den Garaus machten, sondern auch die Präsentation Europas als friedliebende Alternative zu den USA: „Das Modell, das die EU der Welt bietet, ist [...] ganz unverwechselbar und gar nicht bedrohlich. [...] Seine militärische Schwäche ist seine Stärke. Wenn Europa seinen Prinzipien treu bleibt, wird sein Aufstieg zu einem friedlichen, bedeutenden Faktor auf dem Globus unaufhaltbar sein. (...) Europa braucht nicht die Fähigkeit, einen Irakkrieg zu führen. Europa hat die Fähigkeit, der Welt das Modell eines 'European Way of Life' anbieten zu können." Dies heißt, dass Europa anerkennen muss, dass sich „jedes Land (...) nur im Rahmen seiner kulturellen Tradition entwickeln (kann), die Europa respektieren muß". Appeasement gegenüber den islamistischen Terror, freundliches Wegsehen bei ‚Eigenheiten' diverser ‚Kulturen' wie Tugendterror, Folter, Steinigung und Mord sind die Folge solcher Forderungen. Dieses Anbiedern als Alternative zur westlichen Zivilisation, dieses Gemeinmachen und Zusammenarbeiten mit den islamistischen Terrorbanden und -regimes wie im Nahen und Mittleren Osten ist eine europäische Kampfansage an Israel und die USA. Aus Bahrs Munde klingt die Drohung wie folgt: „Amerika befindet sich im Krieg. Europa nicht. Das ist ein Unterschied, der künftig noch krasser werden wird". Bahr war schon immer bis ins Mark deutsch, genau deshalb eignete er sich so besonders für die Festrede auf der Gedenkveranstaltung der Stadt Halle. Daher erwarteten die Veranstalter zu Recht von ihm, dass er das sagen würde, was ihnen und dem Publikum auf der Seele brennt: die Vergewisserung, dass die deutsche Vergangenheit entsorgt ist, so dass man sich wieder ganz ungeniert deutsch fühlen darf.

FUSSNOTEN

[1] *Morgenthau war vor und während des Krieges einer der aktivsten Antifaschisten und Befürworter eines Krieges gegen Nazi-Deutschland in den USA. Er entwickelte einen Plan, nachdem Deutschland nach dem Krieg de-industrialisiert und in ein Agrarland umgewandelt werden sollte. Auch setzte er sich aktiv für die Rettung der europäischen Juden ein, was ihm in letzter Instanz mit dem WRB (War Refugee Board) bei der Rettung von zehntausenden von Ungarischen Juden 1944 gelang.*

[2] *„Wandel durch Annäherung" „Was wird aus den Deutschen?", „Sicherheit für und vor Deutschland", „Deutsche Interessen", „Der Nationalstaat - überlebt und unentbehrlich", „Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal"*



- I want to talk about this magazine
> it's called INCIPITO
- it is a political magazine > it looks at issus out of a left point of view
- you can buy it every month and it cost 2,50€
- the layout of the cover change every time and is always up to date > in a funny way
- (goldenes Exemplar) this for example: copy ~~example~~ presents artikels about the Olympia Cup at this time in Leipzig
- on the second ~~site~~ page is the Index
> and you can see all topics in summerie
> there ~~is~~ are little summeris ~~at~~ on the cover
- on the next page there is the Editorial
- than come a corner which refused short artikels / stays from other magazines with funny aspects
- and than on the following ~~sites~~ pages artikels / comments on aktuell political thinks
- for example: ~~in~~ S 50 > Gartenzwerg this artikel kritisis Olympia, ~~and the~~ stress in performance in Sport and the context between Sport and Kapitalism
> because sports in Kapitalism isn't just for fun but the performance counts
- in this magazine you can see a lot of text and it is on high level, it's a quality magazine I think just for interested people

- there are not so much pictures but you find a lot of advertising for left project and meeting
- only the cover is colored because of the high cost of color print and also you buy this magazine because of they text and not the colours and also pictures
- On the back page there are some ironic pictures, textes or quotation
- there are 250 circulations every month
- sometimes there are some little extras like a cd or anythingelse
- the editors are a group of young people
- and the target group are all intrested people in this topics
- you can buy this magazine also in Dresden, Halle
- and if you want more information then you can contact the e-mail adress

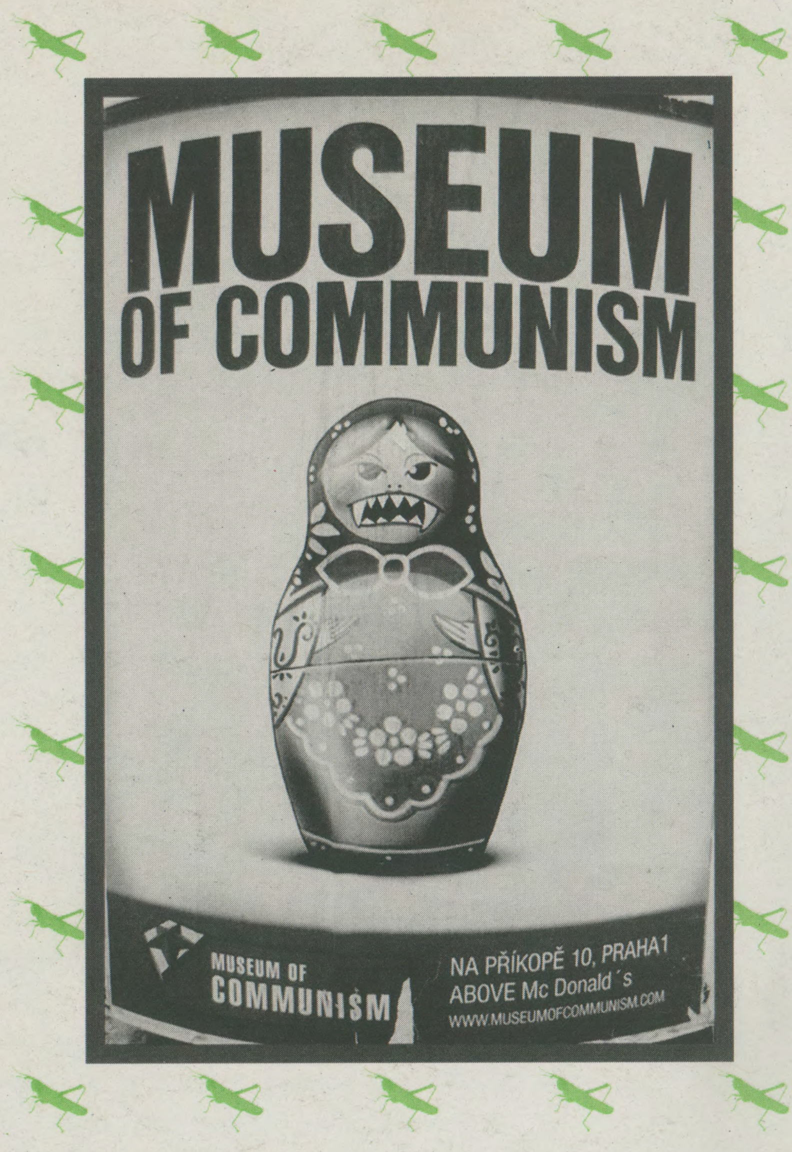






Der Papierkorb unserer Layoutabteilung: Diese Cover-Entwürfe konnten unseren hohen Ansprüchen an Form und Inhalt nicht genügen. Wenn du Vorschläge für ein tolles Motiv (Haustier, bester Freund, Lieblingsband o.ä.) hast und keine Scheu, dass wir uns entweder kaputtlachen oder es gar nicht erst anschauen, ja dann bist du herzlich eingeladen, dein Motiv an folgende Adresse zu schicken (bitte ausreichend frankieren):

c/o Incipito
229 West 43rd Street
New York, NY 10036
United States of America



Verkaufsstellen

AJZ Döbeln ● B12 ● Buchladen König Kurt (Dresden) ● Conne Island ● Connstanze ● Culton ● el libro ● Giesserstr. 16 ● Infoladen ● Lazy Dog ● Libelle ● LiWi ● Mellory ● Mrs. Hippie ● Plaque ● Reilstr. 78 (Halle) ● Shahia ● Similde ● Uni-Imbiss ● Weltladen Stockartstrasse ● Zeitungsladen am Augustusplatz

Post

incipito
Bornaische Str. 3d
04277 Leipzig

Internet

www.left-action.de/incipito
incipito-kontakt@left-action.de